

25. Sitzung
am Dienstag, dem 14. Mai 2013

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung	1203
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	1203

Fragestunde

1. Spielplatz Schenkendorfstraße Anfrage der Abgeordneten Hamann, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 16. April 2013	1203
2. Fachliche und organisatorische Unterstützung der Jugendbeiräte durch die Senatskanzlei Anfrage der Abgeordneten Frau Neddermann, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. April 2013	1205
3. Überlastungs- und Gefährdungsanzeigen bei der Feuerwehr Bremen Anfrage den Abgeordneten Tuncel, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 16. April 2013	1206
4. Hundenauslaufflächen Anfrage der Abgeordneten Imhoff, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. April 2013	1206
5. Pflegekonzept Hohehorst Anfrage der Abgeordneten Frau Neumeyer, Bensch, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 2. Mai 2013	1209
6. Zulassung von geduldeten Ausländern zu einer Beschäftigung Anfrage der Abgeordneten Frau Grönert, Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 3. Mai 2013	1210

- 7. Beschulung von Flüchtlingskindern in der Thomas-Mann-Straße**
Anfrage der Abgeordneten Frau Grönert, Dr. vom Bruch, Frau Neumeyer,
Röwekamp und Fraktion der CDU vom 3. Mai 2013 1212

- 8. Schimmelmais im Hafen**
Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schaefer, Fecker, Dr. Güldner
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Mai 2013 1213

Aktuelle Stunde

Stein auf Stein, statt Steine im Weg - Bau des Lesum-Parks zügig ermöglichen

- Abg. Frau Neumeyer (CDU) 1215
- Abg. Werner (Bündnis 90/Die Grünen) 1216
- Abg. Pohlmann (SPD) 1218
- Abg. Rupp (DIE LINKE) 1220
- Senator Günthner 1220
- Abg. Bensch (CDU) 1222
- Senator Dr. Lohse 1223

Unterrichtsausfall an Bremer Schulen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 4. Februar 2013
(Drucksache 18/284 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 12. März 2013

(Drucksache 18/307 S) 1226

Stadtteile am Fluss über den Fluss verbinden

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. April 2013
(Drucksache 18/317 S)

- Abg. Pohlmann (SPD) 1227
- Abg. Werner (Bündnis 90/Die Grünen) 1228
- Abg. Strohmam (CDU) 1229
- Abg. Rupp (DIE LINKE) 1229
- Senator Dr. Lohse 1230
- Abstimmung 1231

Parkplatzsituation für Menschen mit Behinderungen verbessern

Antrag der Fraktion der CDU

vom 16. April 2013

(Drucksache 18/319 S)

Abg. Frau Grönert (CDU)	1231
Abg. Frau Schmidtke (SPD)	1233
Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	1234
Abg. Rupp (DIE LINKE)	1235
Senator Dr. Lohse	1235
Abstimmung	1237

Zukunftsweisendes Konzept für Bremens Grünflächen vorlegen - Kein Personalabbau, keine Reduzierung der Grünanlagen und keine Absenkung der Pflegestandards

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 17. April 2013

(Drucksache 18/321 S)

Attraktive Grünflächen erhalten - Umweltbetrieb Bremen neu aufstellen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 13. Mai 2013

(Drucksache 18/330 S)

Abg. Rupp (DIE LINKE)	1237
Abg. Gottschalk (SPD)	1239
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	1240
Abg. Imhoff (CDU)	1241
Abg. Rupp (DIE LINKE)	1242
Abg. Gottschalk (SPD)	1243
Senator Dr. Lohse	1244
Abstimmung	1246

Brandschutz in der Fläche gewährleisten - Zügig mit dem Bau einer neuen Wache im Bremer Nordosten beginnen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 23. April 2013

(Drucksache 18/325 S)

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	1247
Abg. Senkal (SPD)	1248
Abg. Frau Neumeyer (CDU)	1249
Abg. Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	1250
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	1251
Senator Mäurer	1252
Abstimmung	1254

**Bebauungsplan 2437
für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen
zwischen Saarburger Straße und Stößerstraße**

Mitteilung des Senats vom 23. April 2013

(Drucksache 18/326 S) 1254

Mehr Wohnungen für Flüchtlinge statt Übergangwohnheime

Mitteilung des Senats vom 23. April 2013

(Drucksache 18/327 S)

Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)	1254
Abg. Frau Tuchel (SPD)	1255
Abg. Frau Grönert (CDU)	1256
Abg. Tuncel (DIE LINKE)	1257
Staatsrätin Friderich	1258

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 18
vom 8. Mai 2013**

(Drucksache 18/329 S) 1258

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Bernhard, Erlanson, Kastendiek,
Frau Motschmann.

Präsident Weber**Vizepräsident Ravens**
Vizepräsidentin Schön**Schriftführerin Grotheer**
Schriftführerin Dr. Mohammadzadeh

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung **Günthner** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Staatsrat **Dr. Joachim** (Senatskanzlei)

Staatsrätin **Friderich** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Münch** (Senator für Inneres und Sport)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 25. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute, 13.00 Uhr, entnehmen können. Diesem Umdruck können Sie auch den Eingang gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um den Tagesordnungspunkt 13, Attraktive Grünflächen erhalten - Umweltbetrieb Bremen neu aufstellen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 18/330 S.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Zukunft der Wohnungslosenpolitik in Bremen
Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2013
Drucksache 18/328 S

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Juni-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Entscheidungspraxis im Rahmen des § 34 Baugesetzbuch beim Bauamt Bremen-Nord
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 8. Januar 2013
2. Gefährdung der Hortversorgung durch Umwidmung von Hortplätzen in U3-Plätze
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 4. April 2013
3. Was wird aus dem Hornbach-Gelände? Was unternimmt der Senat, um den Verkehrsfluss auf der Neuenlander Straße zu verbessern und die Anwohnerinnen und Anwohner zu entlasten?
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 25. April 2013
4. Bremens Grünanlagen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. April 2013

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen acht frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Spielplatz Schenkendorfstraße**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Hamann, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Hamann!

Abg. **Hamann** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist dem Senat bekannt, dass infolge einer Begehung des Spielplatzes an der Schenkendorfstraße in Schwachhausen eine Schaukelanlage stillgelegt werden musste, da ein Tragebalken abgängig ist?

Zweitens: Beabsichtigt der Senat eine kurzfristige Abhilfe, um das Spielgerät für die Kinder schnellstens wieder verfügbar zu machen?

Drittens: Auf welchen Spielplätzen in der Stadtgemeinde Bremen bestehen vergleichbare Probleme, dass Spielgeräte aus Kostengründen nicht instand gehalten werden können und für die Benutzung gesperrt werden müssen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich Ihre Frage im Detail beantworte, erlaube ich mir, zum besseren Verständnis das Verfahren kurz zu erläutern.

Wenn im Rahmen der vorgeschriebenen Sicherheitskontrollen durch die Unterhaltungsträger beziehungsweise andere beauftragte Fachkräfte Mängel festgestellt werden, müssen diese entsprechenden Geräte vorübergehend stillgelegt werden, um die Benutzer nicht zu gefährden. Das zuständige Sozialzentrum erhält eine Mitteilung und veranlasst schnellstmöglich eine Reparatur. Meistens können Stilllegungen vermieden werden, da gravierende Schäden durch die Kontrollen rechtzeitig festgestellt werden können.

Ist das Gerät komplett abgängig, kann eine Ersatzbeschaffung erfolgen, sofern die Nutzer dies wünschen und die Mittel im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen. In der Regel ist die Ersatzbeschaffung schon geplant, bevor das Gerät stillgelegt werden muss.

Bei einer Neuanlage oder Teilsanierung von Spielplätzen wird in jedem Fall ein Partizipationsverfahren vorgeschaltet. Diese Ergebnisse sind bindend für die Planung und Grundlage der Finanzierung. Das jeweilige Sozialzentrum muss ergänzende Mittel einwerben. Da es Antrags- und Bewilligungsfristen gibt, kann dies etwas Zeit beanspruchen.

Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Die teilweise Stilllegung der Schaukelanlage ist dem Sozialzentrum bekannt. Es gibt weitere Schaukeln auf dem Spielplatz. Ein Antrag auf Impulsmittel wurde gestellt. Die Prüfung hat ergeben, dass die Mehrfachschaukel irreparabel ist. Die außerdem vorhandene Doppelschaukel kann repariert werden. Darüber hinaus gibt es auf dem Spielplatz noch eine Kleinkindschaukel.

Zu Frage 3: Auf den folgenden Spielplätzen wurden Geräte aus Sicherheitsgründen abgebaut, werden aber in Kürze repariert beziehungsweise ersetzt: Spielplatz Ulrichsstraße: Ersatz eines abgebauten Spielgerätes für Kleinkinder und eines Gerätes für Schulkinder. Spielplatz Bocholter Straße: Ersatzbeschaffungen sind geplant, Finanzierung noch nicht vollständig.

Weitere Ersatzbeschaffungen, ebenfalls im Bremer Osten, können zurzeit nicht erfüllt werden, da die aktuell verfügbaren Mittel nicht auskömmlich sind: Spielplatz Malerstraße: Alle Geräte wurden aus Sicherheitsgründen abgebaut, ein Impulsmittelantrag wurde gestellt. Spielplatz Osterhop: Renovierungsbedarf, WiN-Antrag wurde gestellt. Spielplatz Kölner Straße: Ersatz von Seilbahn und Reck. Spielplatz Posthauser Straße: Ersatz einer Schwingboje. Spielplatz Stellichter Straße: Ersatz eines Recks. Spielplatz Mülheimer Straße: Nur noch ein Gerät vorhanden, Anträge zur Komplementärfinanzierung wurden gestellt, sind noch nicht entschieden. Spielplatz Vorkampsweg: Neugestaltung in Folge einer Kanalsanierung geplant, Stiftungsmittel wurden beantragt.

Weitere Schadensmeldungen liegen nicht vor. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Hamann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Hamann** (SPD): Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin Linnert, dass Sie das Verfahren noch einmal so ausführlich dargestellt haben! Im ersten Teil sprachen Sie davon, dass es eventuell schon klar war, dass das Gerät dort abgängig ist und man es entsprechend rechtzeitig nachbestellt hat. Ist das bei der Anlage dort schon geschehen? Wissen Sie davon etwas?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Bei der Anlage weiß ich es nicht, tut mir leid. Mir ist nur bekannt, dass zum Teil auch aus den Kindergärten, wenn die Spielplätze darüber betreut werden, Schadensmeldungen bei den Sozialzentren erfolgen und man sich dann um ein Verfahren bemüht. Ob das aber hier der Fall ist, weiß ich nicht. Ich richte es aber Frau Senatorin Stahmann aus, und sie wird es Ihnen dann in der Deputation berichten.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Hamann** (SPD): Frau Bürgermeisterin Linnert, das wäre ganz gut, denn auf den genannten Spielplätzen sind sehr viele Kinder betroffen - ich rede jetzt nicht nur vom Spielplatz Schenkendorfstraße -, und wenn wir wirklich das Ziel verfolgen, dass die Menschen herkommen, hier bauen und mit ihren Kindern wohnen sollen, dann müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass sie ordnungsgemäß funktionieren.

Sie sprachen in Ihrer Antwort davon, dass Mittel beantragt worden sind. Kann man etwas über den Zeitrahmen sagen, wann mit einer Bewilligung und Instandsetzung zu rechnen ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Nein, aber das müssten die Haushaltsmittel des Jahres 2013 sein, würde ich einmal vermuten. Ich kann mir nicht vorstellen, wenn es sich um Haushaltsmittel handelt, dass es ewig dauert. Ansonsten müsste man Ihre Frage einmal zum Anlass nehmen, bei den Haushaltsberatungen für die Haushalte 2014/2015 zu den Projekten nachzufragen, die ich vorgelesen habe und bei denen man noch nicht weiß, wie sie finanziert werden, um zu erfahren, ob in den Ressorthaushalten vorgesehen ist, dort für Ersatz zu sorgen. Ich finde, das müsste man jetzt bei den Haushaltsberatungen in den Deputationen erreichen.

Präsident Weber: Frau Bürgermeisterin, eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Ahrens! - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Gibt es jährliche Begehungen auf den Spielplätzen, oder wie ist es dazu gekommen, dass diese vielen Spielplätze mit den Spielgeräten aufgefallen sind, zum Teil abgängige Spielgeräte dabei waren oder man Reparaturaufträge formuliert hat?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Meines Wissens nach handelt es sich um ein ganz normales Verfahren. Es gibt regelmäßige Begehungen, und immer dann, wenn festgestellt wird, dass ein Spielgerät nicht mehr in Ordnung ist und eine Gefahr beinhaltet, wird es abmontiert. Wenn es sich auf dem Gelände eines Kindergartens befunden hat, werden sie informiert, und dann kümmert sich das jeweilige Sozialzentrum um eine Ersatzbeschaffung. Nur, wenn außer der Reihe etwas aufgefallen ist, weil sich Bürgerinnen und Bürger beschwert haben oder weil dem Kindergarten aufgefallen ist, dass etwas nicht sicher ist, können sie sich auch bei den Sozialzentren melden. Es gibt aber selbstverständlich regelmäßige Überprüfungen, denn die Freie Hansestadt Bremen hat beispielsweise auch eine Haftung.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Sie sagen, dass es regelmäßige Begehungen gibt. Das heißt, bei der Vielzahl der Spielplätze, die wir im Land Bremen haben, ist es völlig normal, dass immer ein Teil der Spielgeräte abgängig ist. Das heißt, wir müssten im Haushalt eigentlich einen gewissen Betrag als grundsätzliche Vorsorge für die Spielplätze schon eingestellt haben. Meine Frage lautet: Ist das der Fall, oder ist das nicht der Fall?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Aus der Antwort habe ich entnommen, dass man in vielen Fällen auf WiN-Mittel beziehungsweise Mittel der Stiftung „Wohnliche Stadt“ setzt. Ich weiß, dass manchmal Beiratsmittel herangezogen wurden und es manchmal auch Eigenmittel der Kindergärten gewesen sind. Ob es einen extra Haushaltsposten bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen gibt, der eigens nur dafür vorhanden ist, das weiß ich nicht, aber auch das können wir in Erfahrung bringen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Ich habe eine Bitte! Vielleicht können Sie das dann in der Deputation auch gleich entsprechend berichten lassen.

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Ja, es gibt ja die Haushaltsberatungen, und dort können Sie selbstverständlich das alles verlangen und Auskunft erhalten.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Fachliche und organisatorische Unterstützung der Jugendbeiräte durch die Senatskanzlei**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Neddermann, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Neddermann!

Abg. Frau **Neddermann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welcher Personalbedarf ergibt sich aus der vom Senat in der Antwort auf die Kleine Anfrage „Kinder- und Jugendbeteiligung im Land Bremen“, Drucksache 18/740, angekündigten personellen Verstärkung der Fachberatung zur Unterstützung der Jugendbeiräte?

Zweitens: Zu wann plant der Senat, diese Stelle zu besetzen?

Drittens: Welche anderen Möglichkeiten sieht der Senat, die fachliche und organisatorische Unterstützung der Jugendbeiräte weiter zu verbessern?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Joachim.

Staatsrat Dr. Joachim: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Jahr 2010 wurde befristet eine Fachkraft im Umfang von 19,6 Stunden zur gesamtbremischen Unterstützung/Koordinierung der Arbeit der Jugendbeiräte eingestellt. Zudem werden die fünf Jugendbeiräte in der Stadt Bremen durch personelle Ressourcen örtlich spezifisch unterstützt. In einigen Ortsämtern begleiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ortsamtes den Jugendbeirat, in anderen Fällen unterstützen Fachkräfte der Jugendhilfe oder Studierende auf Honorarbasis den Jugendbeirat.

Zu Frage 2: Die Begleitung der einzelnen Jugendbeiräte wird weiter örtlich spezifisch geschehen, zum Beispiel durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ortsamtes oder durch Honorarkräfte.

Eine Verstetigung sowie die Prüfung der Verstärkung der personellen Ressource in der Senatskanzlei wird derzeit unter Einbeziehung der Ergebnisse der Eckwertberatungen für die Haushaltsjahre 2014/2015 in die Wege geleitet.

Zu Frage 3: Neben der Fachkraft in der Senatskanzlei kann die fachliche und organisatorische Unterstützung der Jugendbeiräte durch Fortbildungen, Seminare und anlassbezogene Veranstaltungen erfolgen. Ein Beispiel ist in diesem Zusammenhang die Ende Februar 2013 zur Unterstützung der Jugendbeiräte und weiterer Mitbestimmungsprojekte für junge Menschen im Rathaus durchgeführte Veranstaltung „Wem gehört die Stadt“.

Die gleichnamige Ausstellung, in der 18 Jugendbeteiligungprojekte vorgestellt werden, dient auch der Unterstützung von Jugendbeiräten. Sie wurde im April 2013 an der Gesamtschule West gezeigt und im Unterricht behandelt. Ein Beteiligungskoffer zur Durchführung und Entwicklung der Jugendbeteiligungprojekte im Stadtteil ist derzeit in Arbeit.

Der Senat erwartet, dass die Jugendbeiräte in ihren Stadtteilen weiterhin auch von den Einrichtungen der Jugendarbeit und von den Schulen Unterstützung erhalten. Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen wird die sozialpädagogische und gegebenenfalls organisatorische Unterstützung von jugendlichen Partizipationsprozessen, wie beispielsweise in Jugendbeiräten, auch in dem gerade begonnenen Prozess der Neuaufstellung des Konzepts der stadtteilbezogenen Jugendförderung als Leitorientierung fortentwickeln und im durch den Haushaltsgesetzgeber gesetzten Rahmen umsetzen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Überlast- und Gefährdungsanzeigen bei der Feuerwehr Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Tuncel, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Vogt!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie haben sich die Überlast- beziehungsweise Gefährdungsanzeigen bei der Feuerwehr Bremen in den vergangenen zwei Jahren entwickelt?

Zweitens: Welche Gründe haben diese Anzeigen durch die Feuerwehrbelegschaft nach Auffassung des Senats?

Drittens: Welche Maßnahmen werden unternommen, um dem Problem der Überlastung zu begegnen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Seit dem 29. September 2012 sind insgesamt 20 Überlastanzeigen eingegangen. Zuvor sind keine zu verzeichnen gewesen.

Zu Frage 2: 19 der genannten Überlastanzeigen beziehen sich auf den Rettungsdienst. Die Einsatzfrequenzen waren auf der Wache 1 teilweise so hoch, dass innerhalb der Dienstschichten ausreichende Erholungsphasen nicht mehr zusammenhängend gewährt werden konnten.

Zu Frage 3: Durch Umsteuerungsmaßnahmen wurde kurzfristig für Entlastung gesorgt. Seitdem liegen keine weiteren Überlastanzeigen vor. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Hundeauslaufflächen**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Imhoff, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte Herr Kollege Imhoff!

Abg. **Imhoff** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie viele Entwürfe ortsrechtlicher Regelungen mit dem Ziel der möglichen Festlegung von Hundeauslaufflächen hat der Senat, wie in der Drucksache 18/34 S beschlossen, seit September 2011 vorgelegt?

Welche weiteren Maßnahmen hat der Senat seit dem einstimmigen Beschluss der Stadtbürgerschaft vom 27. September 2011 in Bezug auf die Ausweisung von Hundeauslaufflächen im Stadtgebiet getroffen?

Welche konkreten Planungen für die Ausweisung von Hundeauslaufflächen bestehen zurzeit?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Beschluss der Stadtbürgerschaft zielte darauf, über eine Novellierung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter diesen Entscheidungskompetenzen einzuräumen sowie im Gesetz über die öffentliche Ordnung und im Feldordnungsgesetz eine Ausnahmeregelung vom Anleingebot zu schaffen. Die Ortsämter und Beiräte haben zwischenzeitlich das Thema diskutiert und verschiedene Standortvorschläge für Hundeauslaufflächen unterbreitet. Nach eingehender Prüfung ist leider keine dieser Flächen als geeignet anzusehen. Eine konkrete Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung und des Feldordnungsgesetzes ist bisher noch nicht eingeleitet worden.

Zu Frage 2: Es wurden keine weiteren Maßnahmen zur Ausweisung von Hundeauslaufflächen ergriffen, weil zunächst das Ergebnis der Prüfung der von den Beiräten vorgeschlagenen Flächen abgewartet werden sollte.

Zu Frage 3: In einem weiteren ressortübergreifenden Gespräch sollen die beabsichtigten ortsrechtlichen Regelungen für die Ausweisung von Hundeauslaufflächen vorbereitet werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Imhoff, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Imhoff** (CDU): Herr Senator, seit September 2011 sind fast eineinhalb Jahre vergangen, und da frage ich mich natürlich: Haben Sie nicht auch selbst die Initiative ergriffen, um vielleicht zu schauen, wenn die vorgeschlagenen Flächen nicht infrage kommen, wo solche Flächen für Hunde geschaffen werden können, oder haben Sie eigene Vorschläge oder eigenen Flächen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Wir haben die Initiative durchaus ergriffen. Flächen, die wir vom Ressort aus geprüft haben, sind Flächen des Sondervermögens Infrastruktur, das wir im Bau- und Umweltressort verwalten. Allerdings hat sich dort leider ergeben, dass es häufig zu Konflikten mit anderen Nutzungen kommt, insbesondere mit Spaziergängern, die keine Hundehalter sind und Angst vor Hunden haben. Diese Konflikte führen dazu, dass es schwierig ist.

Viele unserer Parks haben keine so großen Flächen, dass man dort große Flächen abteilen könnte. Man könnte möglicherweise über Parks sprechen wie Wätjens Park, Knoops Park oder den Weseruferpark Rablinghausen, die größer sind. Wir besprechen allerdings diese Dinge auch immer mit den Beiräten und haben bisher leider

häufig, trotz einer Vielzahl von Vorschlägen, die schon gemacht wurden, vom Beirat am Ende wieder eine Absage bekommen. Das heißt, die Thematik wird kontrovers in Bremen diskutiert und ist schwieriger, als wir es selbst geglaubt haben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Imhoff** (CDU): Habe ich es richtig verstanden, dass Sie praktisch keine Möglichkeiten sehen, weil Sie entweder selbst Vorschläge haben und der Beirat nicht will oder andersherum, in Bremen Hundeauslaufflächen auszuweisen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Das würde ich jetzt abschließend so noch nicht sagen. Es ist aber so, dass es vielfach schwierig ist. Es gibt noch weitere Sondervermögen hier in Bremen, die bei anderen Ressorts angesiedelt sind, wie zum Beispiel - das haben wir auch schon einmal in der Deputation berichtet - das Sondervermögen Hafen, das Sondervermögen Gewerbeflächen, das Sondervermögen Immobilien und Technik, das Sondervermögen Überseestadt, aber auch die WFB oder bremenports, die über Flächen verfügen, bei denen man zumindest über Zwischennutzungen nachdenken könnte, nur haben wir, wenn wir dies dort angesprochen haben, bisher keine positiven Signale bekommen. Das ist die Situation.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Imhoff** (CDU): Herr Senator, Sie haben mir jetzt anscheinend recht gegeben, dass es keine Hundeauslaufflächen geben wird. Wenn Sie keine positiven Signale haben und wenn Sie mit den Beiräten zu keiner Einigkeit kommen, dann müssen Sie das hier auch bitte sagen. Gibt es welche, oder gibt es keine?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Wir sind noch nicht am Ende der Debatte angekommen. Es ist ein Thema, das in der gesamten Stadt diskutiert wird. Wir werden jetzt, das ist der Antwort des Senats, die ich verlesen habe, zu entnehmen gewesen, gemeinsam mit dem Innenressort die angesprochenen gesetzlichen Regelungen auf den Weg bringen. Wir hatten gehofft, zu diesem Zeitpunkt schon konkrete Flächenvorschläge zu haben, auf die sich die gesetzlichen Regelungen beziehen können. Das ist das, was wir von uns aus leisten können. Ich denke, wir werden dann in der Stadtgesellschaft und auch mit den Beiräten mit vereinten Kräften noch einmal schauen, wo wir diesem Bedürfnis, Hun-

deauslaufflächen zu schaffen, nachkommen können. Ich würde die Hoffnung noch nicht aufgeben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Imhoff** (CDU): Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt!

Wenn Sie noch weiteren Abstimmungsbedarf haben, dann frage ich Sie: Was wollen Sie den Hundehaltern mit auf den Weg geben, die seit eineinhalb Jahren warten, dass etwas passiert, dass Flächen geschaffen werden, auf denen sie ihre Hunde laufen lassen können?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich kann den Hundehaltern im Moment so konkret nichts mit auf Weg geben. Wie gesagt, wir haben vom Ressort aus Flächen vorgeschlagen. Möglicherweise kann man mit den Beiräten an der einen oder anderen Stelle noch einmal nachverhandeln, das wird jetzt die nächste Stufe sein. Es sind mühsame Prozesse, und es ist eine Frage der demokratischen Willensbildung in Bremen, auch in den Stadtteilen, wie man sich dort letztlich entschließt. Wir können uns die Flächen sozusagen nicht aus den Rippen schneiden.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Neddermann!

Abg. Frau **Neddermann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, hält der Senat generell Hundeauslaufflächen für sinnvoll?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ja, ich halte sie für sinnvoll! Nach dem Tierschutzgesetz müssen wir sie schaffen. Wir wollen es auch tun, wir stellen nur fest, in einer dicht besiedelten Großstadt sind Flächen nicht in dem Maße frei verfügbar, wie man sich dies vielleicht wünschen würde.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Neddermann** (Bündnis 90/Die Grünen): Muss es nach der Auffassung des Senats immer nur geschlossene, also umzäunte Flächen für Hunde geben, oder kann es auch sogenannte Mischformen in Bremen geben, wo bestimmte Flächen für den Freilauf von Hunden mit Schildern ausgewiesen werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Wir gehen bisher davon aus, dass es wahrscheinlich notwendig sein wird, diese Flächen zu umzäunen, um einfach sicherzustellen, dass Spaziergänger dann nicht von Hunden bedroht werden. Ich mache an dieser Stelle kein Geheimnis daraus, dass ich selbst Angst vor Hunden habe, weil ich in meinem Leben mehrfach gebissen worden bin. Es gibt unterschiedliche Menschen, das ist einfach so. Es gibt Hundehalter und Hundehalterinnen mit ihren berechtigten Interessen, auch den Interessen der Tiere nach dem Tierschutzgesetz, und es gibt andere Menschen. Da müssen wir eine Regelung finden.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Ahrens!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Sie haben gerade gesagt, dass die Hundeauslaufflächen nach Ihrer Meinung eingezäunt werden müssen. Diese Meinung teile ich persönlich auch vor dem Hintergrund, dass wir vielfach Kinder haben, die sich ebenfalls auf den Grünflächen bewegen und die aufgrund ihres Alters teilweise noch nicht in der Lage sind, sich adäquat in Gegenwart eines Hundes zu verhalten. Wenn sie ihm an die Nase fassen, dann kann auch der ruhigste Hund manchmal etwas unwirsch werden. Insofern meine Frage: Meinen Sie, dass sich dadurch, dass wir Hundefreilaufflächen haben, dann auch das Problem der Hundexkrementen ein Stück weit lösen wird, die wir teilweise auf den Flächen haben, auf denen sich gerade die kleinen Kinder bewegen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich denke, das sind zwei unterschiedliche Problemfelder. Ob die Menge von Hundexkrementen, die leider in vielen Bereichen des Stadtgebiets

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Bei uns kann man sich in den Grünanlagen vor lauter Tieren nicht mehr bewegen!)

von den Tieren und von ihren Haltern hinterlassen werden, nennenswert rückläufig sein wird, wenn wir die Hundeauslaufflächen haben, da bin ich mir nicht sicher.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Ich glaube tatsächlich, dass es da zu einer Entlastung kommen könnte, denn ein solches Gebiet für Hundehalter ist sehr attraktiv. Insofern glaube ich schon, dass dort mit ein bisschen mehr Geschwindigkeit gearbeitet werden sollte, weil Sie damit mehrere Probleme

lösen. Es ist meine Bitte, dies auch noch einmal in den Senat mitzunehmen!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich habe jetzt keine Frage gehört, ich will trotzdem darauf antworten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben offensichtlich einen Bedarf in den verschiedenen Stadtteilen, deswegen müssen wir solche Flächen flächendeckend haben. An dem jetzigen Punkt, an dem wir sehen, wie schwierig es ist, habe ich im Moment keine sehr große Hoffnung, dass wir in allen 22 Stadtteilen Flächen ausreichender Größe haben werden. Darauf bezog sich meine Antwort, dass ich keine nennenswerte Entlastung erwarte.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Wenn man nicht sofort alle 22 Stadtteile versorgen kann, können Sie vielleicht mit ein paar Stadtteilen beginnen!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf das **Pflegekonzept Hohehorst**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Neumeyer, Bensch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Neumeyer!

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Werden die Vertragsverpflichtungen zur Pflege der Außenanlagen des Gutes Hohehorst, die 1979 zunächst mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und seit 1981 mit der Drogenhilfe Bremen e. V. vereinbart wurden, von Bremen erfüllt?

Wie ist derzeit die Grünpflege auf dem Gut Hohehorst geregelt, und gibt es ein Pflegekonzept für die Grünanlagen über das Jahr 2013 hinaus?

Welche Kosten sind jeweils in den Jahren 2008 bis 2013 für die Pflege der Grünanlagen angefallen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Für das Gut Hohehorst besteht seit 1981 ein Erbpachtvertrag mit der Dro-

genhilfe Bremen e. V. Anfang 2011 ging die Drogenhilfe Bremen e. V. in die Therapiehilfe Bremen gGmbH auf. Die Hohehorst gGmbH und in der Folge STEPS-SUCHTREHA Bremen gGmbH waren beziehungsweise sind die Nutzer.

Eine Anlage zu dem Erbpachtvertrag ist ein vom Bauamt Bremen-Nord ursprünglich für die Friedrich-Ebert-Stiftung aufgestelltes Grünpflegekonzept. Die im Pflegekonzept enthaltenen Vorgaben zur Unterhaltung der Grünflächen sind durch die Erbpachtberechtigte umzusetzen. Eine Kontrolle der Grünpflege ist gemäß Vertrag vom Bauamt Bremen-Nord, Gartenbauabteilung, vorzunehmen. Nachfolge des Bauamtes Bremen-Nord für den Bereich Grünpflege ist der Umweltbetrieb Bremen. Im Zuge des organisatorischen Übergangs der ehemaligen Gartenbauabteilung auf Stadtgrün Bremen, später Umweltbetrieb Bremen, wurden Aufgaben aus diesem Vertrag nicht übertragen, Pflegeaufträge wurden dem Betrieb gleichfalls nicht erteilt.

Nach Auskunft der Erbpachtberechtigten erfolgt die Unterhaltung der Grünanlagen - insbesondere des Waldes - in enger Abstimmung mit dem ortsansässigen Forstamt. Die Kosten der Grünpflege, einschließlich der Vorhaltung eines Pflegefuhrparks, trägt vertragsgemäß die Erbpachtberechtigte. Diese Belastung stellt neben internen organisatorischen Veränderungswünschen einen der Gründe dar, weshalb die Erbpachtberechtigte den Standort aufgeben möchte. Der aktuell bis zum Jahresende 2013, spätestens bis zum Frühsommer 2014 verlängerte Vertrag endet zu dem Zeitpunkt. Für die Vertragsdauer ist das bestehende Pflegekonzept maßgebend. Nach Beendigung der Nutzung wird über eine Nachfolgenutzung beziehungsweise einen Verkauf der Immobilie zu entscheiden sein.

Zu Frage 3: Es ist dem Senat nicht bekannt, welche Kosten der Erbpachtberechtigten entstanden sind. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Neumeyer, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Frau Bürgermeisterin, das Grundstück soll ja verkauft werden. Sind Sie mit mir einer Meinung, dass man schneller einen Käufer oder einen Investor finden würde, wenn das Gelände in einem ordnungsgemäßen Pflegezustand wäre?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Es ist immer besser, wenn vertraglich geregelte Verpflichtungen von denjenigen, die Pflichten übernommen haben, auch eingehalten werden. In diesem Fall würde sich das sogar finanziell für Bremen auswirken.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Sie sind da also mit mir einer Meinung. Waren Sie in letzter Zeit einmal auf dem Gut Hohehorst, und sind Sie auch mit mir einer Meinung, dass der jetzige Pflegezustand nicht gerade ein Aushängeschild ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Ich habe mich in der Vorbereitung auf diese Anfrage zwar nicht zum Gut Hohehorst begeben, mir aber berichten lassen, dass es dort nicht so schön aussieht.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Sehen Sie vonseiten des Senats Einflussmöglichkeiten, dass dies geändert wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Ja, ich glaube, dass wir uns mit der für das Gut Hohehorst beziehungsweise für die Drogenhilfe zuständigen Senatorin zusammenschließen und dem Pächter noch einmal deutlich machen sollten, dass er vertraglich verpflichtet ist, dort einen tolerablen Zustand herzustellen. Nun habe ich aber gehört, dass finanzielle Probleme eine Ursache dafür sind, dass man es dort nicht so in Schuss hält, wie es eigentlich vertraglich geregelt ist, sodass wir zwar darauf hinwirken können, aber natürlich beachten müssen, dass wir, wenn wir die Schraube überdrehen, am Ende auch nichts erreichen werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Kann ich davon ausgehen, dass Sie sich bemühen werden einzuwirken, damit der Pflegezustand sich verbessert?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Wir werden selbst die STEPS-SUCHTREHA Bremen gGmbH noch einmal daran erinnern, dass sie verpflichtet ist, ihren Vertrag einzuhalten.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Bevor ich die sechste Anfrage aufrufe, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne eine Gruppe Schülerinnen und Schüler des Politikurses des Kippenberg-Gymnasiums.

Seien Sie ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Zulassung von geduldeten Ausländern zu einer Beschäftigung**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Grönert, Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Grönert!

Abg. Frau **Grönert** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat das derzeitige Zulassungsverfahren von geduldeten Ausländern zu einer Beschäftigung in Bremen, insbesondere hinsichtlich der Verfahrenslänge und der zeitnahen Information der Antragsteller und potenziellen Arbeitgeber?

Wie beurteilt der Senat, dass in der Beschäftigungsverfahrensverordnung des Bundes ausdrücklich sogar Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung für geduldete Ausländer vorgesehen sind, um diesen eine schnellere Aufnahme einer Beschäftigung zu ermöglichen, und wie werden diese Regelungen in Bremen umgesetzt?

Welche Auswirkungen hat nach Ansicht des Senats die personelle Besetzung des Ausländeramtes in Bremen auf die aktuell unbefriedigende Situation bei der Erteilung von Beschäftigungserlaubnissen für geduldete Ausländer, und wie lange dauert ein solches Verfahren derzeit in Bremen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3: Geduldeten kann eine Beschäftigung nur mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit erlaubt werden. Die Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung in Paragraph 14 a Beschäftigungsverfahrensverordnung haben sich nach Auffassung des Senats bewährt. Erfahrungsgemäß teilt die Bundesagentur für Arbeit ihr Ergebnis innerhalb einer Woche mit. In vielen Fällen wird aber wegen der zu erfolgenden Vorrangprüfung die Zustimmung nicht erteilt. Erteilte Zustimmungen werden von der Ausländerbehörde Bremen prioritär weiterbearbeitet. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Grönert, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Grönert** (CDU): Meines Wissens ist es so, dass der Antrag nicht unbedingt innerhalb der vorgeschriebenen zwei Wochen bearbeitet wird. Dies wird begründet mit der Tatsache, dass die Ausländerbehörde unterbesetzt ist. Wissen Sie etwas davon?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ja, noch einmal, das Beschleunigungsgebot sagt, wenn innerhalb von zwei Wochen einem Antrag die Zustimmung nicht erteilt wird, dann gilt sie als erteilt. Das hat dazu geführt, dass in der Tat aufseiten der Bundesagentur für Arbeit innerhalb von einer Woche die Bescheide erstellt sind, aber einschränkend sind die meisten Bescheide ablehnend, insofern „Steine statt Brot“, und das ist eigentlich das Hauptproblem. Wir diskutieren eigentlich, ob es wirklich richtig und sinnvoll ist, dass über diese ganzen Anträge die Bundesagentur für Arbeit in Duisburg entscheidet; sie hat nämlich eine Außenstelle in Duisburg, die für Bremen zuständig ist, das nur einmal so am Rande.

Wir haben ja nun gehofft, dass ab Juli dieses Jahres die Reform der Verordnung dazu führt, mehr Ausnahmen zu erreichen. Es gibt einige kleine Fortschritte zum Beispiel im Bereich derjenigen, die hier einen Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen bekommen. Da ist die Vorrangprüfung der Bundesagentur für Arbeit gefallen, aber auch das ist nur ein sehr kleiner Tropfen. Meine Hoffnung wäre einfach, dass wir diesen Spuk irgendwann beenden.

Noch ein letztes Wort zur Situation in der Ausländerbehörde! In der Tat arbeiten wir daran, dass auch dort die Verfahren beschleunigt werden. Das ist aber ein Prozess, bei dem wir uns Zeiten gesetzt haben, bis wann wir dies realisieren wollen. Aber erst einmal müssen wir die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einarbeiten, schulen, qualifizieren, und das dauert noch an.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Grönert** (CDU): Ich würde gern wissen: Welche Zeit haben Sie sich gesetzt? Ich danke für die ausführliche Antwort, die hat sich aber ja nicht auf meine Frage bezogen!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Das kann vorkommen!

(Heiterkeit)

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Grönert** (CDU): Herr Senator, ich hatte gefragt, in welchem zeitlichen Rahmen dies verbessert werden soll.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Wir haben uns vorgenommen, dass wir in diesem Jahr die wesentlichen personellen Veränderungen auch umsetzen. Wir sind mitten in diesem Prozess, die gesamte Ausländerbehörde völlig neu aufzustellen. Zusätzliches Personal ist vom Senat und der Bremischen Bürgerschaft bewilligt worden, und jetzt kommt es einfach darauf an, die neuen Auszubildenden zu qualifizieren. Ich denke, wenn wir uns in einem halben Jahr mit diesem Thema erneut beschäftigen sollten, sieht es anders aus.

Ich muss aber sagen, wir haben neue Probleme bekommen. Die Zahl der Duldungen läuft nicht so, wie ich es mir erhofft habe, dass wir irgendwann einmal bei 1 000 Duldungen sind. Die Zuwanderung in jüngster Vergangenheit hat uns wiederum vor neue Probleme gestellt, und das müssen wir auch noch mit erledigen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Grönert [CDU]: Danke, jetzt nicht! Vielleicht in einem halben Jahr!)

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mohammadzadeh!

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, diese Beschäftigungsverfahrensverordnung ist Bundesrecht, Sie haben es auch gesagt. Aus dieser Verordnung geht eine Zwei-Wochen-Frist hervor. Gibt es auch andere Regelungen, weil in der Anfrage der CDU von einem Beschleunigungsverfahren die Rede ist? Gibt es nur die Zwei-Wochen-Frist, die vorgesehen ist und die in Bremen eine Woche dauert?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ja, aber nicht nur in Bremen! Generell wissen wir, dass die Bundesagentur für Arbeit innerhalb von einer Woche reagiert. Aber die Frage ist natürlich, wenn ich nur ablehnende Bescheide bekomme, was sagt mir das, wenn ich dann schnell bin, aber schlecht!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben ja vorhin beschrieben, dass ab Juli geplant ist, die geduldete Aufenthaltser-

laubnis an eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis heranzuführen, was wir uns in Bremen ja wünschen, und wir wollen auch viel dafür tun, damit es eine Verbesserung im Hinblick auf das Beschäftigungsverhältnis gibt. Was bedeutet das genau, und was passiert dabei?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Dieses neue Recht soll voraussichtlich zum 1. Juli 2013 in Kraft treten - wir haben uns im Bundesrat damit beschäftigt -, und darin sind eine Reihe von Ausnahmetatbeständen geschaffen. Insgesamt ist jedoch mein Eindruck, auch das ist nur ein reines Stückwerk geblieben, weil man nicht bereit ist, einmal etwas grundsätzlich Neues zu machen, sondern diese alte Rechtslage wird immer wieder fortgeschrieben, bisschen angepasst, es kommen dann noch einmal drei Ausnahmeregelungen hinzu, aber das alles ist keine Ausländerpolitik aus einem Guss. Ich setze einfach darauf, dass wir im Herbst vielleicht eine neue Situation haben, sodass wir das einmal vernünftig regeln können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Grönert!

Abg. Frau **Grönert** (CDU): Herr Senator, Sie haben eben gesagt, dass die Bundesagentur für Arbeit innerhalb einer Woche antwortet. Das hat mich jetzt doch noch auf eine weitere Frage gebracht. Wie lange dauert es, wenn die Menschen hier den Antrag stellen, bis der Antrag bei der Bundesagentur für Arbeit eingereicht ist, und wie lange dauert es, wenn der Antrag nach einer Woche von der Bundesagentur für Arbeit entschieden wurde, bis die betroffenen Menschen Bescheid bekommen. Wie lange dauert also das gesamte Verfahren hier in Bremen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Wir haben gesagt, wenn der Bescheid der Bundesagentur für Arbeit vorliegt, dann muss es ganz zügig gehen. Wir haben das Problem, dass es in der Vergangenheit in der Tat, je nach dem, in welchem Bereich die Anträge bearbeitet werden, Rückstände gegeben hat, die dazu führten, dass manchmal im Einzelfall bis zu vier Wochen die Anträge nicht befördert worden sind. Wir halten es für nicht hinnehmbar, und deswegen werden wir dies auch zukünftig ändern.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Beschulung von Flüchtlingskindern in der Thomas-Mann-Straße**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Grönert, Dr. vom Bruch, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Grönert!

Abg. Frau **Grönert** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie viele Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren leben derzeit im Übergangwohnheim in der Thomas-Mann-Straße, bitte aufgeschlüsselt nach unter Sechsjährigen, Grundschulkindern, Kindern bis 15 Jahre und über Sechzehnjährigen?

Wo und in welchem Umfang werden diese Kinder und Jugendlichen im Moment beschult, und erhalten sie nur Deutschunterricht, oder werden ihnen auch reguläre Unterrichtsinhalte der entsprechenden Klassenstufen vermittelt?

Hält der Senat das derzeitige Angebot der Beschulung dieser Kinder und Jugendlichen für ausreichend, und wenn nein, bis wann werden welche Maßnahmen getroffen, um die Situation entsprechend zu verbessern?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Notaufnahmeeinrichtung Thomas-Mann-Straße ist eine Dependence der Landesaufnahmeeinrichtung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Flüchtlinge in der Steinsetzerstraße. Die Verweildauer in der Aufnahmeeinrichtung soll gemäß Asylverfahrensgesetz maximal drei Monate betragen. Danach beziehen die Betroffenen üblicherweise einen Platz in einer Gemeinschaftsunterkunft der Stadtgemeinde Bremen oder Bremerhaven. Die Anmietung von eigenem Wohnraum ist ebenfalls möglich.

Wegen des vorgesehenen kurzen Aufenthalts in den Aufnahmeeinrichtungen werden die schulpflichtigen Kinder nicht beschult. Aus pädagogischen Gründen sind kurzfristige Schulwechsel für die betroffenen Kinder, die oftmals vielfältige Fluchterlebnisse zu verarbeiten haben, nicht zumutbar. Nach dem Wechsel aus der Landeseinrichtung sollen Kinder und Jugendliche im jeweiligen Stadtteil sofort in Schulen mit Vorkursen aufgenommen werden.

Wegen des derzeit steigenden Zuzugs auch von Familien mit schulpflichtigen Kindern und der

Herausforderung für die benötigten Wohn- und Beschulungskapazitäten gelingen die zeitlichen Abläufe aktuell nicht so schnell wie vorgesehen. Der Senat ist bemüht, mit dieser Situation durch Zwischenlösungen bestmöglich umzugehen.

Zu Frage 1: In der Einrichtung Thomas-Mann-Straße leben derzeit 31 Kinder und Jugendliche im Alter bis zu 18 Jahren. Davon befinden sich 21 im schulpflichtigen Alter von 6 bis 18 Jahren. Elf Kinder sind zwischen sechs und zehn Jahre alt, acht sind 11 bis 15 Jahre, und zwei sind 16 bis 18 Jahre alt, 13 Kinder und Jugendliche, darunter acht schulpflichtige, werden die Einrichtung im Laufe dieser Woche verlassen und in angemieteten Wohnraum umziehen.

Zu Frage 2: Die Kinder werden derzeit in altersmäßig abgestuften Unterrichtseinheiten in der Thomas-Mann-Straße beschult, wobei sich diese Beschulung ausschließlich auf die erste Aneignung von Deutschkenntnissen bezieht.

Zu Frage 3: Angesichts der Gesamtsituation ist der Senat bemüht, das Angebot an der Thomas-Mann-Straße kurzfristig zu erweitern und möglichst viele Kinder nach den Sommerferien 2013 in entsprechende Schulen mit Vorkursen einzugliedern, sofern absehbar ist, dass sie länger als drei Monate in der Einrichtung verbleiben. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde steht unter dem Betreff „**Schimmelmais im Hafent**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Schaefer, Fecker, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Schaefer!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welchen Mengen lagert verschimmelter und mit Aflatoxinen verunreinigter Mais im Hafent in Bremen?

Zweitens: Wie, wo und wann soll der verschimmelte Mais fachgerecht entsorgt werden?

Drittens: Welche Schutzmaßnahmen gegen eine Gefährdung müssen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Umgebung bei der Lagerung, Umlagerung und Entsorgung des mit Aflatoxin vergifteten Maises getroffen werden, und wer kontrolliert deren Einhaltung?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Es lagern circa 25 000 Tonnen mit Aflatoxin B1 belasteter Futtermais in Bremen.

Zu Frage 2: Wie, wo und wann der Futtermais entsorgt wird, kann derzeit noch nicht beantwortet werden. Das auch für Bremen zuständige Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, Laves, in Oldenburg hat im Februar 2013 angeordnet, dass dieser Mais als Futtermittel nur in Verkehr gebracht, bewegt, verarbeitet oder verfüttert werden darf, wenn der Nachweis der Verkehrsfähigkeit entsprechend der geltenden gesetzlichen Regelungen erbracht wird. Diese Anordnung gilt sowohl für den in Bremen als auch für den in Brake lagernden Mais.

Bisher hat die Eigentümerfirma nur für die in Brake lagernde Partie eine Nachbeprobung zum Nachweis der Verkehrsfähigkeit als Futtermittel beantragt, konnte jedoch den Nachweis nicht erbringen. Für den in Bremen lagernden Mais kann die Eigentümerin gemäß der Anordnung des Laves den Nachweis der Verkehrsfähigkeit noch erbringen.

Wenn der Mais keiner rechtlich zulässigen Zweckbestimmung zugeführt werden kann, so ist er als Abfall zu entsorgen. Hinsichtlich der Anforderungen an die Entsorgungswege und die Nachweisführung werden in Bremen die gleichen Anforderungen wie in Niedersachsen gestellt. Der Eigentümerfirma sind die Zuständigkeiten in Bremen bekannt.

Zu Frage 3: Derzeit ruht der aflatoxinbelastete Mais in einer geschlossenen Halle. Verantwortlich für die Durchführung des Arbeitsschutzes ist der Unternehmer. Die Gewerbeaufsicht des Landes Bremen und die Berufsgenossenschaft Handel und Warendistribution sind tätig geworden und haben das Notwendige veranlasst. Sie werden bei Bedarf auch weiter tätig. Zum Schutz der Beschäftigten werden zum Beispiel Atemschutz, staubarmes Arbeiten, das Verbot der Nahrungsaufnahme und die Trennung von Arbeits- und Straßenkleidung vorgeschrieben. Dazu kommt noch eine arbeitsmedizinische Untersuchung. Die zu treffenden Maßnahmen hängen insbesondere davon ab, was mit dem Mais anschließend geschehen soll. Für die Überwachung ist die Gewerbeaufsicht des Landes Bremen zuständig. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Dr. Schaefer, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie haben gerade gesagt, dass die 25 000 Tonnen des verschimmelten Maises in einer geschlossenen Halle lagern. Das heißt, geht man davon aus, dass für die Umgebung keine Gefährdung ausgeht, weil es zu keiner Staubbentwicklung kommen kann, die aus den Lagerhallen nach außen austritt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Das ist richtig, davon gehen wir aus.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben gesagt, dass Sie noch keine Angaben machen können, wie, wo und wann der verschimmelte Mais entsorgt werden kann, weil die Angaben der Eigentümerfirma noch fehlen. Wären Sie bereit, wenn klar ist, wie mit dem Mais verfahren werden soll oder Ihre Behörde dann auch zum Zug kommt, der Deputation zu berichten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Das wollen wir selbstverständlich tun. Wir wollen möglichst schnell einen Zugriff bekommen, damit wir hier handeln können. Wie gesagt, bisher ist die Abfalleigenschaft objektiv noch nicht festgestellt worden, deswegen haben wir noch keinen Zugriff, noch keine Zuständigkeit.

Die Gewerbeaufsicht Oldenburg hatte im Vorgriff schon einmal eine abfallrechtliche Verfügung erlassen, obwohl der Besitzer des Maises noch die Möglichkeit hat, diesen Nachweis zu erbringen, womit wir nicht rechnen, aber er hat die theoretische Möglichkeit solange, bis es dann geschehen ist.

Die Gewerbeaufsicht hat verfügt, dass der verschimmelte Futtermais unverzüglich einem Entsorgungsverfahren zuzuführen und das Ganze mit entsprechenden Nachweismitteln zu versehen ist. Dagegen hat die Eigentümerin beim Verwaltungsgericht Oldenburg einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz gestellt. Diese Anordnung wurde durch das Verwaltungsgericht Oldenburg bestätigt. Das heißt, wir rechnen damit, dass wir kurz davor sind. Es kann aber auch sein, dass die Eigentümerin noch einmal Beschwerde einreicht, sodass und wir noch eine weitere juristische Schleife drehen müssen, bevor dann diese Abfalleigenschaft festgestellt wird.

Wie gesagt, wir bereiten jetzt schon vorsorglich für den Fall einen Bescheid vor, dass er objektiver Abfall wird, um dann den Eigentümer aufzufordern zu handeln. Wir werden selbstverständlich auch der Deputation berichten.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Imhoff!

Abg. **Imhoff** (CDU): Herr Senator, können Sie mir vielleicht noch einmal erklären, warum dieser Mais nicht in einer Biogasanlage verwertet werden kann?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Wir haben diese Prüfung hier nicht vorgenommen. Sie ist von den niedersächsischen Behörden, soweit ich es weiß, vorgenommen worden. Ich gehe davon aus, dass das Handling in dieser Firma nicht so beschaffen ist, dass man sicher ausschließen kann, dass die Sporen über Abluft ins Freie gelangen, bevor der Vergärungsprozess eingetreten ist, oder aber, das mag auch sein, da bin ich aber unsicher, dass nach der Vergärung diese Sporen noch vorhanden sind, dass sie noch irgendwie aus dem Prozess entweichen können. Das wäre für mich die einzig vorstellbare Erklärung, warum die Verwertung nicht möglich ist. Ich kann mir aber durchaus vorstellen, dass ein thermisches Verfahren, bei dem die organische Substanz vollständig zerstört wird, hier wirkungsvoller ist als ein Biogasverfahren, das ja zunächst einmal ein biologisches Verfahren im Vorfeld hat.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Imhoff** (CDU): Können Sie uns zur nächsten Deputation das Ergebnis der Niedersachsen nachreichen? Das wäre ganz nett.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Wir können dort noch einmal die Begründung dieser Bewertung anfordern, um uns selbst ein Bild zu machen für unsere Entscheidung, was wir letztlich machen wollen. Das ist ein guter Vorschlag.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Saffe!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): War eigentlich bekannt, dass der Mais belastet war, als er nach Bremen kam, oder wurde die Belastung erst entdeckt, als er schon in dieser Halle im Hafen lagerte?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Mir war das nicht bekannt.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit Beantwortung dieser letzten Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Kastendiek, Bensch, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

„Stein auf Stein, statt Steine im Weg - Bau des Lesum-Parks zügig ermöglichen“

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Günthner und Herr Senator Dr. Lohse.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Neumeyer.

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Bereits im Jahr 2002 hat die Bundeswehr die Nutzung des circa 8,7 Hektar großen Geländes der Wilhelm-Kaisen-Kaserne in Lesum aufgegeben. Danach hat ein intensiver Diskussionsprozess über Möglichkeiten und Chancen der Nutzung stattgefunden. Mit PROCON kam dann endlich ein Investor, der ein nachhaltiges Konzept vorgelegt hat.

Der Lesum-Park beinhaltet mehrere begrüßenswerte Inhalte, so soll neben dem Gesundheitszentrum ein einzigartiger behindertengerechter Supermarkt in der Nähe der Stiftung Friedehorst erbaut werden. Des Weiteren werden 40 Wohneinheiten entstehen, die auch für Bremen - es wird immer von der Regierung gesagt, wir haben zu wenige Wohnungen -, sehr wünschenswert sind. Für Bremen-Nord ist dies ein wahrer Glücksfall, da durch dieses Großprojekt Arbeitsplätze entstehen, von denen es in Bremen-Nord auch nicht genug gibt.

Dem Investor wurde für sein Projekt eine zügige Bearbeitung vonseiten der Behörden zugesagt, doch jetzt musste ich letzte Woche in der Zeitung lesen, dass drei von vier Anträgen von der Baubehörde nicht beschieden wurden und der Bau-träger seit zwei Jahren auf sein Baurecht wartet. Das nenne ich Bauverhinderungspolitik, Herr Senator Dr. Lohse!

(Beifall bei der CDU)

Ihre Baubehörde schaltet und waltet in dieser Stadt, wie es ihr beliebt, und Sie schauen nur zu. Ein Projekt nach dem anderen geht in Bremen und insbesondere in Bremen-Nord zugrunde, sei es das BWK-Gelände, von dem Wirtschaftssenator Günthner sagt, dass es dort qualmen und rauchen darf, aber der grüne Bausenator eine industrielle Nutzung blockiert, sei es das Baugebiet Alte Molkerei, wo nicht zügig entschieden wird und der Investor abspringt, seien es die Baugebiete Blumenhorster Straße oder Am Bodden-Nord in Blumenthal.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Also Lesum/Heidelbergbad wird schon gebaut!)

Wir sprechen jetzt über die, die nicht gebaut werden.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber man könnte auch einmal aufzählen, was gebaut wird!)

Natürlich wird in Bremen-Nord gebaut, Frau Kollegin, aber wir könnten auch noch mehr Baugebiete in Bremen-Nord bestücken!

(Beifall bei der CDU)

Das alles sind Maßnahmen, die Bremen-Nord aufwerten würden, die aber nicht zustande kommen, weil das Bauamt eine nicht zu akzeptierende Verhinderungspolitik betreibt. Es gibt dort viele Bedenken-träger. Vollkommen fassungslos macht mich auch, dass es aufseiten der Stadt für den Lesum-Park kein zentrales Projektmanagement gibt. Reden der rote Wirtschaftssenator und der grüne Bausenator nicht miteinander? Ich verstehe es nicht, das Projekt wird seit Jahren geplant, und erst jetzt überlegen Sie sich, dass sich die Staatsräte aus dem Bau- und dem Wirtschaftsressort einmal zusammensetzen sollen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das tun sie doch immer!)

Ist das Ihr Ernst? Würde ich dies aus einer anderen Stadt hören, würde ich sagen Anfängerfehler, aber die SPD ist seit 60 Jahren in Bremen in der Regierung, solche Anfängerfehler dürfen da nun wirklich nicht passieren.

(Beifall bei der CDU)

Erst vor wenigen Wochen noch hörte ich den Bürgermeister auf der Messe BRE NOR sagen, dass der Lesum-Park ein Schlüsselprojekt für Bremen-Nord sei und er sich für dieses Projekt einsetzen werde.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Das tut er auch! - Abg. Frau Garling [SPD]: Wenn er das sagt!)

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

Wo ist der Bürgermeister? Leider ist er nicht anwesend, aber vielleicht wird ihm ja das, was ich ihm ausrichten möchte, erzählt. Muss der Karren immer erst komplett in den Dreck gefahren werden, bevor der Bürgermeister ihn wieder herausholt? Ich weiß es nicht. Mir macht Folgendes sorgen: Wenn das schon die Verfahrensweise mit einem Schlüsselprojekt ist, wie werden dann erst andere Bauprojekte gehandhabt, die eine geringere Bedeutung haben?

Aus meiner Sicht ist vor allem die willkürliche Auslegung des Paragraphen 34 Baugesetzbuch für diese Entwicklung zuständig. Entspricht eine Baumaßnahme nicht dem Geschmack des Bauamtes, so wird nicht gebaut. Zum Beispiel sollen beim Lesum-Park Teile des Grundgesundheitszentrums zu hoch sein und sich daher nicht in die Umgebung einpassen, obwohl der Bau, der dort vorher stand, höher war. Es ist aber vollkommen inakzeptabel, dass der Geschmack von Behördenmitarbeitern darüber bestimmt, ob ein Zentrum für Gesundheit, Wohnen und Einkaufen gebaut wird oder nicht.

(Beifall bei der CDU)

Es ist auch vollkommen inakzeptabel, dass der Geschmack von Behördenmitarbeitern darüber entscheidet, ob Arbeitsplätze entstehen, die würde der neue Park für Bremen-Nord nämlich schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Dass auch die SPD mit der Auslegung des Paragraphen 34 Baugesetzbuch nicht zufrieden ist, wissen wir ja bereits aus der Kleinen Anfrage von Herrn Pohlmann vom 8. Januar dieses Jahres. Wie der Senat jedoch denkt, wissen wir nicht, denn die Antwort auf diese Anfrage steht seit zwei Monaten aus. So wird hier in Bremen sowohl mit Investoren als auch mit Abgeordneten umgegangen, und das ist nicht richtig!

(Beifall bei der CDU)

Schade ist, dass die Antwort noch nicht vorliegt, sie würde mich nämlich in diesem Zusammenhang sehr interessieren. Das Bauamt Bremen-Nord prüft noch, und ich fürchte, dass es auch noch eine ganze Weile prüfen wird, wenn dort nicht endlich jemand auf den Tisch haut.

Den Bedenkträgern dieser Stadt muss endlich klar gemacht werden, dass sie sich auch verheben können. Die dann entstehenden Lasten müssen allerdings leider alle Bürgerinnen und Bürger tragen. Der Bürgermeister ist zwar nicht anwesend, aber trotzdem habe ich eine Aufforderung an den Bürgermeister. Der Bürgermeister hat ja

den sogenannten Rathausarbeitskreis Bremen-Nord gegründet, der unter seiner Leitung stattfindet, aber leider kümmert sich dieser Arbeitskreis scheinbar nicht um diese für Bremen-Nord wichtigen Projekte. Deshalb fordere ich Herrn Böhrnsen auf, und das tue ich als Bremen-Norderin: Kümmern Sie sich um die Belange Bremen-Nords, wir brauchen mehr als Inszenierungen in den Sitzungen des Arbeitskreises, machen Sie dieses Schlüsselprojekt zur Chefsache, bekommen Sie Ihre Behörden in den Griff, und machen Sie Schluss mit der Behinderungspolitik! - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Werner.

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Stein auf Stein, Stein auf Stein, das Häuschen wird bald fertig sein“, so, wie im Kinderlied, stellen Sie sich Baupolitik vor, so stellen Sie sich die Stadtentwicklung und die Wirtschaftspolitik vor, Steine aufeinander, Beton muss fließen, egal wie, und dann hoffen, dass es hält, und dann schauen wir strahlend auf das vollendete Werk. Das ist eine schöne Vorstellung wie im Sandkasten. Ich muss aber sagen, mich beeindruckt und begeistert ja an der Politik und besonders an der Stadtgestaltung eher, dass sie gerade nicht so einfach ist, sondern dass dabei viele Interessen berücksichtigt, viele Puzzleteile zusammengeführt werden und auch passen müssen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

damit das nämlich nicht nur für den schönen Moment der Eröffnung gelingt, sondern haltbar und lange brauchbar ist.

Stadtentwicklung wirkt ja nach, und auch die Situation in Bremen-Nord, wie es heute dort aussieht, ist ja nicht nur eine große Herausforderung für die Baupolitik und die Stadtentwicklung, darüber sind wir uns ja einig, sondern auch das Ergebnis von Stadtentwicklungspolitik. Vielleicht war in der Vergangenheit das Motto ein bisschen zu sehr „Stein auf Stein, egal wie“. Das gilt sowohl für manche Bauvorhaben als auch für die Situation und die Geschichte des Bauamtes Bremen-Nord, die ja eigentlich das Thema Ihrer Initiative ist, wie man letzte Woche ausgiebig von Herrn Kastendiek in der Zeitung lesen konnte und wie Sie jetzt eben auch noch einmal angedeutet haben, Frau Neumeyer!

Wenn es darum geht, Baugenehmigungen und überhaupt Stadtentwicklung zu beschleunigen, um möglichst schnell etwas Greifbares und Sicht-

bares zu haben, teile ich diese Sehnsucht natürlich. Mit der Forderung haben Sie mich ganz schnell auf Ihrer Seite.

Jetzt haben Sie dieser Aktuellen Stunde aber die Überschrift gegeben „Gewerbeentwicklungsgebiet Lesum-Park“. Es gibt Bürgerschafts- und Deputationsbeschlüsse dazu, was da passieren soll, es gibt eine Ausschreibung mit sachlichen und fachlichen Anforderungen und Kriterien, es gibt ein Entwicklungskonzept, es gibt Nachbarn, Kooperationspartner, zum Beispiel die Stiftung Friedehorst, ein Umfeld aus Grünanlagen, das angrenzende Niedersachsen, die besondere Wohnungsmarktsituation in Bremen-Nord

(Abg. Frau Neumeyer [CDU]: Und kein Projektmanagement!)

- ja, nur ein kleines! -, der Baumbestand soll erhalten bleiben. Wir haben gerade ein Zentren- und Nahversorgungskonzept beschlossen, das in zwei Wochen gemeinsam mit den Umlandgemeinden unterzeichnet werden soll.

Man hat eine Menge geplant und gewollt, und ich möchte für die Grünen ganz klar sagen, wir wollen auch weiterhin, dass sich dort vor allem Unternehmen der Gesundheitswirtschaft ansiedeln, Betriebe aus einer Innovationsbranche, wie es so schön heißt, die die Wirtschaftsförderung Bremen und der Wirtschaftssenator für Bremen identifiziert haben. Es gibt viele Interessen, und das meine ich, wenn ich sage, als Bild der Stadtpolitik ist mir ein Puzzle lieber als Sandkisten und Matschburgen. Wenn wir das Thema hier heute groß debattieren, dann hätte ich über all das gern etwas erfahren. Wenn sich an diesen Rahmen- und Geschäftsgrundlagen, warum auch immer, irgendetwas verändert hat, dann würde ich das gern wissen.

Sie haben eben in Ihrer Rede den Supermarkt und 40 Wohnungen erwähnt, das ist beides völlig in Ordnung, geplant und richtig, und das Ganze haben Sie dann mit einem kleinen rhetorischen Trick „Industrie“ genannt. Ein Supermarkt und Wohnungen sind aber keine Industrie. Vielleicht können die beiden Senatoren ja gleich für ein bisschen Erhellung sorgen. Die CDU hat das noch nicht erklärt.

Man hört nun, dass die Abstimmung zwischen dem Bauträger und der kooperierenden Stiftung Friedehorst, mit den Fachabteilungen des Bauressorts und mit der WFB zäh ist, das höre ich wie Sie auch, mühsamer und langwieriger ist, als der Investor sich das wünscht und als wir uns das alle wünschen. Wir hören von Supermärkten, wir hören von Wohnungen. Nachbarn haben Widersprüche gegen die Bebauung geäußert - das ist, glau-

be ich, nicht nur eine „Geschmacksfrage“ des Bauamtes oder von Mitarbeitern des Bauamtes -, und es wurden nicht vorgesehene Baumfällungen beobachtet. Ein bisschen weniger konkret reden wir in der Tat von der innovativen Gesundheitswirtschaft vor Ort, und wir Grünen hoffen sehr, dass dies nur eine Momentaufnahme ist, meine Damen und Herren.

Vielleicht haben Sie auch recht, dass es gut sein kann, sich die Entscheidungsstrukturen und Zuständigkeiten in Sachen Bau- und Stadtentwicklung noch einmal anzuschauen, das ist ja immer wieder gut, das finde ich auch. Bevor man daraus aber einen Generalverdacht gegen jede Entscheidung und am liebsten gleich gegen das ganze Bauamt Bremen-Nord macht und sich „Stein auf Stein“ zusammenwerkelt, muss man sich auch einmal über die übergeordneten Strukturen unterhalten und diese anschauen. Wir haben hier ein Projekt, das die Wirtschaftsförderung entwickelt, nicht das Bauamt Bremen-Nord und im Übrigen auch nicht der Bausenator, was ich ja gern immer wieder kritisiere. Ich frage mich immer wieder naiv und gern, wie Sie schon wissen, ob es sinnvoll und schlau ist, dass wir im Grunde zwei Ressorts für Stadtentwicklung in Bremen haben. Ich finde es nicht so überzeugend. Sie, die CDU, wollen jetzt beim Bürgermeister ein drittes ansiedeln, das finde ich noch weniger überzeugend.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die vorhandenen Strukturen müssen eine vernünftige Arbeit leisten. Es gibt eine Lenkungsgruppe für das Projekt Lesum-Park, die im Übrigen nicht das Bauamt Bremen-Nord und nicht das Bauressort leitet. Wenn die Leitung dieser Lenkungsgruppe, die aus zwei Senatsressorts, dem Bauamt Bremen-Nord, der Wirtschaftsförderung, dem Investor und, ich glaube, auch der Stiftung Friedehorst besteht, ausgerechnet dem Investor selbst überlassen wird, dann frage ich mich schon, ob das stadtpolitisch und demokratietheoretisch so sinnvoll ist, ob wir das wirklich so wollen. Mich macht es stutzig, ich finde es nicht überzeugend. Ich finde es, glaube ich, nicht gut. Wenn, dann würde ich gern davon überzeugt werden, was daran so sinnvoll ist! Ich sage ganz klar, wer dort erst einmal Bäume fällt, vollendete Tatsachen schafft und gleich noch das Umweltamt als zusätzlichen Akteur auf den Plan ruft, der überzeugt mich in der Funktion der Leitung dieser Lenkungsgruppe schon einmal gar nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Trotzdem noch einmal ganz klar: Die Grünen stehen hinter dem Projekt Lesum-Park, wie es geplant ist. Ich lese im Gewerbeentwicklungsplan -

auch den haben wir hier erst vor drei Wochen vom Senat vorgelegt bekommen -, dass der Investor, ich zitiere, „das Gelände unter dem Label ‚Lesum-Park - Gesundheit, Leben und Bildung‘ vermarktet wird“, wofür die Stiftung Friedehorst eine idealer Anker für die Entwicklung eines gesundheitlich orientierten Nutzungskonzepts von beachtlicher gesundheitspolitischer, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Bedeutung sei. Nun hoffe ich, dass unter dem Label „Lesum-Parks - Gesundheit, Leben und Bildung“ dann auch Gesundheit, Leben und Bildung stattfinden wird und nicht ein Supermarkt und Krankenkassenbüros mit Wohnungen darüber entstehen, denn, ich zitiere, das „Konzept eines Gesundheitsparks mit überregionaler Ausstrahlung“ ist mehr als Supermarkt, Büros und Wohnungen.

Wichtig für den Strukturwandel und für die Spezialisierung der Wirtschaft in Bremen-Nord sind gerade die Industrieanteile und viele Dienstleistungen, auch wenn das Wort Park ja oft so ein bisschen ein grünlich klingender Euphemismus ist. Wenn es heute andere Einschätzungen und Entwicklungen dazu gibt als vor einem Jahr oder vor drei Wochen, dann würde ich gern davon überzeugt werden, was man da anders machen kann und will, klar, aber in einem geordneten Verfahren, in einer nachvollziehbaren Abwägung. Wirtschaftspolitische, umweltpolitische, bau- und gesundheitspolitische Korrekturen sind auch nicht Aufgabe des Bauamts Bremen-Nord. Dort möge dann der Senat die beiden Senatoren bitten, uns in beiden Deputationen zu berichten.

Für Juni ist eine Deputationsbefassung mit dem Lesum-Park vorgesehen, das war auch schon vor Ihrer sogenannten Aktuellen Stunde so. Insofern zeigt das auch wieder Ihren oppositionellen Fantasiereichtum, hier immer einmal etwas forsch auf die Tagesordnung zu setzen, dass das wenigstens ganz kurz und ein bisschen wie im Sandkasten nach Ihrer eigenen Initiative aussieht. Ich höre aber, der Senat und der Investor tun Ihnen den Gefallen und scheinen auch in den drei aktuellen Fällen vor einer Einigung zu stehen. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gern das aufnehmen, was meine Vorrednerin und mein Vorredner gesagt haben. Die Tätigkeit der Projektentwickler und die Tätigkeit des Bauamts Bremen-Nord sind schon des Öfteren hier im Hause diskutiert worden. Ich empfinde es so, dass es eine unangemessen lange Zeit ist, das ist fachlich richtig dar-

gestellt worden, in der diese Fragen der Entwicklung des Lesum-Parks nicht entschieden worden sind. Dies muss man aufarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Fakt ist, dass das Bauamt Bremen-Nord von vier Bauvoranfragen drei mit der Begründung des Paragraph 34 Baugesetzbuch abgelehnt hat. Das ist ja auch die Ausgangslage der medialen Darstellung und auch der Diskussion in Bremen-Nord, aber insgesamt auch in der Stadtteilpolitik, in der politischen Frage der Bewertung, wie das insgesamt in Bremen-Nord weitergeht.

Der Kollege Werner hat in seinem Beitrag eben die Frage aufgeworfen, und auch ich habe ein großes Interesse daran zu erfahren, wer denn dort jetzt zuständig ist. Ich glaube, das ist erst einmal zweitrangig. Wichtig ist doch, dass die Entwicklung des Lesum-Parks - und das ist vollkommen richtig dargestellt worden - auf dem Gelände der ehemaligen Wilhelm-Kaisen-Kaserne für Bremen und insbesondere für Bremen-Nord von einer ganz entscheidenden wichtigen Bedeutung ist. Dies muss umgesetzt werden. Wenn hier gesagt wird, Beton muss fließen, dann darf das nicht das alleinige Kriterium sein. Selbstverständlich darf es das nicht sein, es muss städtebaulich mit eingebunden sein. Unter dem Strich müssen wir aber auch solche Projekte dann erfolgreich umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist unser Anspruch, dafür stehe ich hier, und das habe ich sowohl in der Deputation als auch von diesem Rednerpult aus gesagt. Es geht um die Ansiedlung von Dienstleistungen im Gesundheitsbereich, es geht um die Schaffung eines Supermarktes und von 40 Wohnungen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal fachlich darauf hinweisen, weil das bisher in der Debatte noch nicht bewertet worden ist, dass gerade die Größe des Einzelhandels auch in der Stadtteilpolitik, im Stadtteilbeirat eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat. Dort gab es unterschiedliche Positionen. Ich möchte aber deutlich machen, dass es für uns als SPD-Bürgerschaftsfraktion in erster Linie mit darum geht, die vorhandene Einzelhandelsstruktur in Vegesack selbst zu schützen. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, der in diesem Prozess mit berücksichtigt werden muss.

Meine Damen und Herren, die Anwendung des Paragraphen 34 Baugesetzbuch durch das Bauamt Bremen-Nord war wiederholt Gegenstand der öffentlichen Berichterstattung. Uns geht es darum, noch ein Stück weit zu prüfen. Dieser Paragraph 34 des Baugesetzbuches soll Möglichkeiten aufzeigen,

wie man bestimmte Entwicklungen vorantreiben kann, die sich auch in die Bebauung, in die Struktur der einzelnen Bereiche einbetten. Ich glaube, das ist ein wichtiges Instrument, und man sollte es auch so verstehen, dass es das tragende Element im Bereich von Paragraph 34 Baugesetzbuch ist, um eben auch hier ohne großen Verwaltungsaufwand im weitesten Sinne Projekte umzusetzen. Das ist wichtig, und das sollten wir auch so sehen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang sei auch noch einmal erwähnt, dass es zum Thema Bauamt Bremen-Nord schon mehrere Petitionen gegeben hat, die eingereicht worden sind, und zumindest bei einer hat die Stadtbürgerschaft den Senat um Abhilfe gebeten. Zur Erinnerung, es war der 20. November 2012, wo das Thema unter der Überschrift „Aussetzen einer Bauvoranfrage durch das Bauamt Bremen-Nord“ von der SPD-Bürgerschaftsfraktion in die Fragestunde eingebracht worden ist. Nach Behandlung dieser Anfrage und deren Berichterstattung in der Presse erreichten mehrere Abgeordnete meiner Fraktion weitere Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Unternehmen aus Bremen-Nord, die ihre Anträge ebenfalls schleppend und zu wenig nachvollziehbar behandelt sahen. Das ist doch eine ernstzunehmende Fragestellung, und ich glaube, das müssen wir auch ganz unabhängig von dieser aktuellen Fragestellung aufarbeiten. Es ist die Aufgabe der Politik, nachzufragen und zu Lösungen zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Seit Januar 2013, meine Vorrednerin hat es schon angeführt, ist eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion mit dem Titel „Entscheidungspraxis im Rahmen von Paragraph 34 Baugesetzbuch beim Bauamt Bremen-Nord“ eingebracht. Wir warten gespannt darauf, wie die Ergebnisse dort ausfallen, und wir hoffen, dass dort auch Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Ich glaube, Bremen-Nord hat dies nicht verdient. Ich möchte das an dem Projekt Lesum-Park deutlich machen. Es kann nicht sein, dass möglicherweise, ohne dass man jetzt sagt, wo die einzelnen Fehlentwicklungen sein mögen, solch ein Projekt gefährdet wird. Ich teile das vollkommen, dies ist für Bremen-Nord, aber auch für den Stadtteil Lesum in der Signalwirkung von entscheidender Bedeutung. Wir brauchen hier ein ressortübergreifendes Verwaltungshandeln, das die Realisierung eines solchen Projektes schnellst möglichst ermöglicht. Das muss auch die Anforderung der Politik an alle Verwaltungen sein.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich halte mich beim Thema Zuständigkeiten einmal heraus. Es kann ja gleich seitens des Senats berichtet werden, wer dort den Hut aufhat und wie, ich glaube aber, vom Ergebnis her muss das dabei herauskommen. Ich hätte mir gewünscht, dass sich das Verwaltungshandeln des Bauamts Bremen-Nord grundlegend verbessert hätte. Das, was wir für Bremen-Nord benötigen, ist ein Alle-Mann- und ein Alle-Frau-Manöver zur strukturellen Stärkung dieser Region. Das ist ja auch die politische Linie dieses Arbeitskreises, angesiedelt im Rathaus, dieser Koalition und dieses Senats. Ich glaube, dort müssen wir diese Fragen einbetten, und das muss unsere Zielsetzung sein, das heißt, hier müssen ressortübergreifend Kräfte gebündelt und auch entsprechend erfolgsorientiert eingesetzt werden. Ich bin mir sicher, dass der Bausenator und auch der Wirtschaftssenator dies genauso sehen und dass dies auch vom Senat mitgetragen wird.

Eine Bemerkung noch an den Bausenator! Hier muss doch jetzt auch von der Verwaltung, von der Ressortspitze aus gehandelt werden. Man braucht hier eine klare Orientierung und eine klare Anweisung an die Verwaltung in Bremen-Nord, wie man diese Fragen umzusetzen hat. Einen guten und umfassenden Service an nur einer Anlaufstelle vor Ort, das war ein entscheidender Grund für die Eigenständigkeit des Bauamts Bremen-Nord.

Ich kann mich noch daran erinnern, ich war schon in diesem Hause, das war im Jahr 2004, in den Zeiten der Großen Koalition, da haben die SPD- und die CDU-Bürgerschaftsfraktion ein Papier verabschiedet „Einigung zur Zukunft des Bauamtes Bremen-Nord“. Daraus möchte ich einige Punkte vortragen, zu denen von den damaligen Fraktionsvorsitzenden Kastendiek und Böhrnsen sowie von Bausenator Eckhoff, etwas gesagt wurde: Es soll gewährleistet sein, dass dieses Bauamt gerade auch im Bereich einer unmittelbaren Vor-Ort-Tätigkeit, einer Servicefunktion, gestärkt wird. Angefangen von der Großen Koalition über Rot-Grün, ich möchte das einmal ganz wertfrei sagen, über alle Parteigrenzen hinweg, haben wir zurzeit ein Problem,

(Beifall bei der SPD)

nicht nur heute, sondern das hatten wir auch in der Vergangenheit! Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang bitte und erwarte ich vom Senat heute hier auch die Aufklärung, wie es mit diesem Projekt Lesum-Park weitergeht. Ich bin der festen Überzeugung, wir brauchen eine operative Tätigkeit unserer Verwaltung, die sich auch an den Erfolgen orientiert. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es noch eines Hinweises bedurft hätte, dass diese Aktuelle Stunde doch nicht ganz so nutzlos oder aus der Luft gegriffen ist, wie soeben vom Vorredner behauptet, dann war es der Beitrag von Herrn Pohlmann, der deutlich macht, dass es dort in der Tat ein Problem gibt. Ich will zu diesen Ausführungen wenige Bemerkungen machen!

Es gibt nach meinem Kenntnisstand für die Umnutzung der Militärbrache ein vergleichsweise gutes Konzept. Gesundheit, Wohnen, Arbeit, Supermarkt, das alles passt ganz gut zusammen, meine ich. Es ist abgestimmt mit der Stiftung Friedehorst, und es sieht gut aus. Dort hat sich jemand Gedanken gemacht und geplant. Es ist für Bremen-Nord natürlich wichtig, dass dieses Projekt zügig und ohne Verzögerung umgesetzt wird.

Ich will auch nicht verhehlen, dass ich weiß, dass solche Projekte oftmals in einem Spannungsverhältnis entstehen. Es kommt ein Investor und sagt, ich habe gute Ideen, bringe viel Geld mit und baue Dinge, die im ersten Augenblick zumindest in der Planung schön aussehen. Dann verlangt er dafür sozusagen einen Freibrief für alles, und man spürt häufig die Neigung, dass das Beteiligungsverfahren und die gesetzlichen Vorschriften möglichst ausgesetzt werden sollen. Dann sagt er, wenn das alles hier so lange dauert, gehe ich wieder. Das ist sozusagen die eine Flanke.

Die andere Flanke ist, dass es Verwaltungen gibt, die auf eine bestimmte Art und Weise arbeiten und aus unterschiedlichen Gründen einfach nicht in der Lage sind, etwas zügig abzuarbeiten. In diesem Spannungsfeld stehen wir hin und wieder.

Mein Eindruck ist, dass in diesem Fall die Vorplanung und das, was dort geplant wird, vernünftig ist und dass wir das brauchen. Ich habe mich informiert, dort wird jetzt seit zwei Jahren geplant. Man plant seit zwei Jahren ein Gebäude für ein Gesundheitszentrum, seit zwei Jahren stellt man einen Bauantrag und nach zwei Jahren bekommt man die Information, das Gebäude ist zu hoch.

(Abg. Bensch [CDU]: Reicht doch!)

Ich frage mich: Wie kann das sein? An welcher Stelle hat wer geschlafen?

Es muss doch klar sein, selbst wenn es im Baugesetzbuch einen vergleichsweise vagen Para-

graphen 34 gibt, der meines Erachtens zu Recht sagt, Neubauten müssen sich in die Umgebung einpassen, dann darf man dort nicht irgendein Gebäude bauen, das optisch und landschaftlich gar nicht dorthin passt. Selbst wenn es einen solchen Paragraphen gibt, der ungefähr so exakt ist wie ein Gummiband lang, dann müsste man doch in der Lage sein, zumindest dem Planer vorher schon zu sagen, schau einmal, dort haben Sie drei Stockwerke zu viel. Das verstehe ich nicht. Man muss mir erklären, ob es ein Einzelfall ist oder ob es in irgendeiner Weise Systematik hat, dass Paragraphen so ausgelegt werden und Investoren und Planer so lange warten und keine Informationen bekommen, bis das Bauamt Bremen-Nord kommt und dann einer sagt, nein, tut mir leid, das geht nicht, das ist zu hoch. Ich verstehe das nicht. Herr Pohlmann hat schon gesagt, dass man nun unbedingt handeln muss.

Was mir dann aber wieder unklar ist: Das ist schon länger bekannt. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir diesem Hause und auch der Politik keinen Gefallen tun, wenn wir immer wieder solche Fälle haben, bei denen wir versuchen, Dinge zunächst auf die lange Bank zu schieben oder unter den Teppich zu kehren, bis sie dann so hoch kochen, dass wir insgesamt das Verfahren oder die entsprechenden Einrichtungen der Stadt in Misskredit bringen, die dann offensichtlich oder möglicherweise Fehler gemacht haben. Soweit dürfen wir es nicht kommen lassen, sondern wir müssen zügiger reagieren. Wir müssen nicht nur versuchen, den Schuldigen zu suchen, sondern wir müssen Lösungen finden und herausbekommen, ob es Einzelfälle sind oder ob wir an der rechtlichen Grundlage, der Systematik etwas ändern müssen.

Eine Antwort erwarte ich heute eigentlich nicht vom Senat, vielleicht muss man darüber auch noch einen Augenblick nachdenken. Dafür erwarte ich aber eine Antwort in den entsprechenden Deputationen, und zwar nicht nur mit einem lapidaren Satz nach dem Motto, das haben wir immer so gemacht, sondern ich möchte gern die einzelnen Sachverhalte so detailliert dargestellt haben, dass ich mir ein Bild machen kann, ob es Einzelfälle sind oder Systematik ist. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Günthner.

Senator Günthner¹⁾: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für diese engagierte Debatte. Ich finde, das darf man auch vorwegschicken, sie wird dem Thema durchaus gerecht, weil Bremen-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Nord für uns wirtschaftspolitisch von herausragender Bedeutung ist und weil es auch von herausragender Bedeutung ist, dass ein Projekt, wie der Lesum-Park, zum Erfolg geführt wird. Insofern würde ich das, was wir in der letzten Woche sehen konnten, eher als kleineren Stolperer auf einem insgesamt guten und positiven Weg werten.

Ich möchte noch einmal hervorheben, dass seit dem Jahr 2004 die Wilhelm-Kaisen-Kaserne militärisch nicht mehr genutzt worden ist,

(Abg. Frau Neumeyer [CDU]: 2002!)

und das, was hier schon eingefordert worden ist, nämlich eine umfassende Beteiligung, ein umfassender Dialog, um zu einer abgestimmten Planung zu kommen, ist dann auch gemacht worden. Die Voraussetzung dafür war, dass im Mai 2011 die Fläche durch den Bund an den Investor veräußert werden konnte.

Seit Mai 2011 sitzen jetzt der Investor - dem gehört im Übrigen die Fläche, deswegen sitzt er sozusagen im Fahrersessel -, das Wirtschaftsressort, federführend das Bauamt Bremen-Nord, die WFB, die Stiftung Friedehorst und das Ortsamt in einer gemeinsamen Lenkungsgruppe. Die Lenkungsgruppe ist deswegen so angelegt, weil wir Wert darauf gelegt haben, dass möglichst alle Fragestellungen, die bei einem Projekt dieser Größenordnung und Komplexität natürlicherweise auftreten, im Rahmen dieser Lenkungsgruppe dann auch bearbeitet werden können.

Dafür ist es notwendig, sich anzuschauen, dass wir und Herr Kollege Dr. Lohse im Moment dabei sind, einen Bebauungsplan aufzustellen, der die rechtlich sicheren Rahmenbedingungen dafür schaffen wird, dass das, was dort geplant wird, dann auch umgesetzt werden kann.

Mir ist ebenfalls wichtig hervorzuheben, dass wir mit PROCON ein exzellentes Unternehmen gefunden haben, das hoch qualifiziert ist, um dieses Projekt mit dem Engagement, das dahintersteht, auch voranbringen zu können und es zu einem Erfolg zu machen. Deswegen ist es ausgesprochen ärgerlich gewesen, dass es in der vergangenen Woche zu Irritationen gekommen ist. Ich will aber hier darauf hinweisen, dass es uns gelungen ist - vielleicht durch ein Alle-Mann-Manöver -, uns noch einmal zusammenzusetzen und zu sagen: Lassen Sie uns weniger darüber reden, welche Probleme man beschreiben kann, sondern lassen Sie uns mehr darüber reden, wie wir zu Lösungen kommen können, denn gemeinschaftlich ist es doch unser Wunsch und Wille, dass wir den Lesum-Park voranbringen und wir zügig dorthin kommen.

Ich würde es gar nicht so negativ abtun, dass dort Stein auf Stein gesetzt werden kann, da es beispielsweise bei dem Verwaltungsgebäude, das dort geplant wird, um 70 Arbeitsplätze geht, da es bei dem Ärztehaus auch um Arbeitsplätze geht, da es natürlich exzellent in der direkten Nähe zur Stiftung Friedehorst liegt - deswegen ist sie auch von Anfang an eng in dieses Projekt eingebunden gewesen - und da es darum geht, das für die Region zu tun, was man an der Stelle bewegen kann.

Deswegen haben wir, nachdem die Bauvoranfragen, die der Investor gestellt hat und mit dem wir in einem engen Dialog stehen, abschlägig beschieden worden sind, daran gearbeitet. Der Investor hat sich gegen die Ablehnungen gewehrt, wie es im normalen Verfahren so ist. Wir haben dann noch einmal miteinander gesprochen. Wir sind zu dem Ergebnis gelangt, dass zwei Bauvoranfragen positiv beschieden werden können, dass wir uns bei dem Thema Einzelhandel insgesamt auf einem guten Weg befinden und dass ein weiteres Thema, nämlich das Torhaus, zurückgestellt wird, bis der Bebauungsplan entsprechend fertig ist.

Das zeigt, dass die Häuser, die das Thema voranbringen, lösungsorientiert herangegangen sind. Das beschreibt das, was ich als kleines Stolpern in der letzten Woche beschrieben habe. Ich bin Wirtschaftsminister, ich bin nicht für das Ressort Umwelt, Bau und Verkehr zuständig, auch nicht für das Bauamt Bremen-Nord, deswegen gestatten Sie mir, dass ich auf den Teil der Debatte nicht eingehe, er muss an anderer Stelle geführt werden. Ich will aber darauf hinweisen, dass ich es als Wirtschaftsminister - das Gleiche gilt aber auch für den Bürgermeister, der mit seiner Arbeitsgruppe ja auch deutlich gemacht hat, von welcher herausragenden Bedeutung die wirtschaftsstrukturpolitische Entwicklung in Bremen-Nord ist - es zu einem Schwerpunktthema des Senats gemacht habe, dass wir es nicht zulassen, dass es hier zu Verzögerungen und zu einem Stolpern kommt, sondern dass wir lösungsorientiert arbeiten.

Dazu gehört dann auch, mit einem Investor zu reden. Herr Rupp hat es ja beschrieben: Natürlich ist es so, dass der Investor Vorstellungen hat, und diejenigen, die im Bauamt Bremen-Nord für die Auslegung der Gesetze zuständig sind, haben möglicherweise andere Vorstellungen, und dann muss man gemeinsam Lösungen finden. Es ist meine Auffassung von Politik, dass man lösungsorientiert herangeht und man insbesondere Investoren, die ein in Bremen-Nord so prominentes Gelände entwickeln, deutlich macht, dass sie in dieser Stadt, dass sie in Bremen-Nord herzlich will-

kommen sind. Wir legen ihnen keine Steine in den Weg, sondern wir helfen ihnen dort, wo wir ihnen helfen können. Wir moderieren die Prozesse dort, wo sie moderiert werden müssen, und wir kommen zu guten Lösungen.

Insofern können Sie jetzt sehen - nach dem kleinen Stolperer in der vergangenen Woche -, dass wir eine gute Lösung erreicht haben. Das ist eindeutig lösungsorientiert für Bremen-Nord, und so wollen wir die anderen Schwerpunktprojekte in Bremen-Nord auch voranbringen. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bensch.

Abg. **Bensch** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst, bevor ich aus Sicht der CDU noch einmal ein paar Worte zu dem Thema Lesum-Park sage, auch noch einmal ein Dankeschön an Herrn Pohlmann richten. Ich finde, das war eine sehr starke und gute parlamentarische Rede, denn sie zeigt, dass auch eine Regierungsfraktion noch in der Lage ist, die Senatsverwaltung zu kritisieren. Das kommt nicht allzu oft vor, und deswegen an dieser Stelle recht herzlichen Dank! Ich habe mich sehr darüber gefreut, Herr Pohlmann!

(Abg. Pohlmann [SPD]: So sind wir Sozialdemokraten! - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Glaube ich sofort! - Abg. Rupp [DIE LINKE]: Wenn Sie nicht anders können, dann geht das auch!)

Das zeigt schon, dass man hier auch noch einige Abgeordnete hat, die ihre Aufgabe sehr ernst nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Ich könnte genauso sagen, Herr Werner, und das meine ich in der Tat ernst, ich fand es sehr befremdlich, wie Sie sich geäußert haben. Uns als Opposition unsere Instrumente abzusprechen, und zwar nach dem Motto, wir machen aus irgendeinem Larifari eine Aktuelle Stunde, das gehört sich nicht, denn das ist unredlich und zeigt, dass die Fraktion der Grünen in weiten Teilen eine regelrechte Bremen-Nord-Allergie hat,

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch totaler Quatsch, Herr Bensch! - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich persönlich habe nur Heuschnupfen!)

und das lehnen wir als CDU ab.

(Beifall bei der CDU)

Dass Sie eine Bremen-Nord-Allergie haben, das haben Sie bei den Koalitionsverhandlungen doch bewiesen. Herr Bürgermeister Böhrnsen wollte einen Sanierungsbeauftragten für Bremen-Nord und konnte ihn nicht durchsetzen, weil sie ihn verhindert haben. Das zeigt das gespaltene Verhältnis der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Bremen-Nord.

(Beifall bei der CDU)

Daher bin ich dem Bürgermeister auch dankbar, dass er zumindest einen Rathausarbeitskreis eingesetzt hat. Das zeigt doch die Notwendigkeit. Frau Dr. Schaefer, Sie zeigen auf die Senatsbank, weil er nicht hier ist.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, ich zeige auf Ihre Kollegin!)

Äußern Sie sich mit einer Zwischenfrage, ich antworte gern!

Ich sage noch einmal ganz deutlich, die Reden von Herrn Pohlmann und vom Wirtschaftssenator haben deutlich gemacht, es gibt hier eine große Koalition im Hause, die aus SPD, CDU und sogar aus Teilen der LINKEN besteht, aber die Grünen gehören nicht dazu, wenn es um die wirtschaftliche Fortentwicklung von Bremen-Nord geht. Das muss hier einmal ganz deutlich gesagt werden.

(Glocke)

Präsident Weber: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Werner?

Abg. **Bensch** (CDU): Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, Herr Werner!

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Verstehe ich Sie richtig, dass Sie anders als Ihre Kollegin Frau Neumeyer die Lenkungsgruppe effektiv und sinnvoll arbeitend finden?

Abg. **Bensch** (CDU): Ich kann Ihnen dazu Folgendes sagen: Ich habe gesagt, dass ich es gut finde, dass der Bürgermeister eine eingesetzt hat, das finde ich gut!

(Abg. Werner [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, ich meine nicht die Bürgermeistergruppe, sondern die Lenkungsgruppe!)

Jeder, der im Beteiligungsverfahren mitarbeitet, ist völlig zu Recht dort und soll auch beteiligt werden.

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Darum ging es aber nicht bei meiner Kritik, was den Rathausarbeitskreis angeht.

Ich wollte noch einmal zur Sache Folgendes sagen: Viele haben gar nicht vor Augen, wenn es hier um die Diskussion des Lesum-Parks geht, dass es nicht nur um einen barrieregerechten Supermarkt oder 40 barrierefreie Wohnungen geht, es geht um den Neubau der Wache des Arbeiter-Samariter-Bundes und letztendlich um drei Stockwerke, die gebaut werden. Ich will einmal ganz kurz sagen, was im Erdgeschoss sein soll: ein Apotheker, eine orthopädische Schuhmacherpraxis, ein Hörgeräteakustiker, ein medizinisches Warenhaus und eine Cafeteria. Im ersten Stock, jetzt wird es richtig medizinisch, soll eine chirurgische Praxis mit zwei OPs, eine Praxis für Gynäkologie, eine Praxis für Neurologie, eine Praxis für Hals-Nasen-Ohrenheilkunde und eventuell noch eine Praxis für Allgemeinmedizin entstehen.

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Warten Sie einmal ab! Im zweiten Stock, also somit auf der dritten Ebene, sollen zwei große zahnmedizinische Praxen entstehen. Wer jetzt einen Investor - und Investoren fallen gerade in Bremen-Nord nicht vom Himmel - Steine in den Weg legt, der soll hier nicht als Parlamentarier die schlechte Bauverhinderungspolitik des grünen Ressorts verteidigen, er soll als Parlamentarier, Herr Werner, etwas in der Hose haben und sein eigenes Ressort durchaus auch kritisch begleiten. Das erwarte ich von Ihnen als Parlamentarier und nicht immer Ja und Amen zu dem sagen, was Ihre verantwortlichen Behörden verhindern.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber nicht der Bausenator, der da federführend ist!)

Deswegen sind wir als CDU so sensibel für die Belange von Bremen-Nord. Deswegen sind wir auch gesundheitswirtschaftlich sensibel und freuen uns, dass wir zumindest die große Regierungsfraktion an unserer Seite haben. Hier ist sehr deutlich geworden, wer für den Lesum-Park ist und wer eher zögerlich für den Lesum-Park ist. Wir haben als CDU dazu beigetragen, dass das Thema auf der Tagesordnung steht, dass in der Öffentlichkeit genau beobachtet wird, wer jetzt noch Steine in den Weg legt und wer, statt Steine in den Weg zu legen, dieses Projekt fördert.

Ich danke dem Wirtschaftssenator und Herrn Pohlmann noch einmal für die Äußerungen. Bei Ihnen wissen wir, wir haben Sie, was den Lesum-Park angeht, an unserer Seite. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es freut mich außerordentlich, dass der Abgeordnete Bensch meint, neue Verbündete in diesem Hause gefunden zu haben. Ich möchte dazu sagen, ich bin auch Ihr Verbündeter. Ich sage das hier ganz deutlich, ich bin auch für die Entwicklung des Lesum-Parks, für die Entwicklung des BWK-Geländes, und ich bin auch für viele andere Entwicklungen in Bremen-Nord, und mein Haus und ich setzen uns auch konsequent dafür ein.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Neumeyer [CDU]: Ihre Fraktion auch?)

Ich möchte dies im Folgenden erläutern. Jedes Bauvorhaben beinhaltet einen latenten Konflikt. Wenn Investoren von allein das bauen, was sich die Stadtgesellschaft wünscht, dann bräuchten wir keinen Bauleitplan, kein Baugesetzbuch und auch keine Bauverwaltung, die diese Dinge genehmigt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Nur DIE LINKE meint, dass wir immer das, was die Investoren machen, sofort umsetzen sollen!)

Nein, so habe ich den Abgeordneten Rupp auch nicht verstanden!

Das heißt, wir stehen immer vor dem Zwiespalt, dass wir auf der einen Seite das Verwertungsinteresse eines Investors haben, der so viel Nutzen wie möglich aus seinem Grundstück herausziehen möchte. Er möchte groß bauen, er möchte hoch bauen, er möchte eine bestimmte Nutzung, die hohe Umsätze bringt, beispielsweise Einzelhandel. Dem zieht die Stadtpolitik Grenzen, setzt dem einen Rahmen und sagt, wir möchten Gesundheitswirtschaft entwickeln, wir haben das Zentren- und Einzelhandelskonzept, in dem steht, wie viel Quadratmeter Verkaufsfläche in welchen Stadtteilen sein dürfen. Wir können darüber reden, ob das immer das richtige Maß ist.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir doch gemeinsam beschlossen!)

Wir haben auf der anderen Seite die Interessen der Nachbarn und Anwohner, diese sind zu berücksichtigen, und sie sind anders zu berücksichtigen, wenn ich mich in einem Verfahren nach Paragraph 34 Baugesetzbuch befinde, bei dem ich das Einfügungsgebot beachten muss, also wenn ich einen neuen Bauleitplan mache und einen neuen

Bebauungsplan aufstelle in den parlamentarischen Gremien. Das eine ist eine Verwaltungsentscheidung, die Anwohnerinteressen abwägen muss, das andere ist eine politische Entscheidung von Parlamenten.

Welche Rolle hat jetzt die Bauverwaltung? Die Bauverwaltung ist das Pendant des Bauantragstellers, des Investors. Die Bauverwaltung hat die Aufgabe, das Baugesetzbuch, das bundesweit gilt - auch das ist von Parlamenten beschlossen -, und die Landesbauordnung richtig anzuwenden und das, was die Stadt politisch über Bürger schaftsbeschlüsse, Deputationsbeschlüsse, über Ausschreibungen, die gemacht werden, in denen Ziele festgesetzt werden, beschließt, umzusetzen. Das ist die Aufgabe der Bauverwaltung, und daran ist die Bauverwaltung so lange gebunden, bis diese Ziele, die die Stadtpolitik vorgibt, geändert werden.

Die Bauverwaltung hat mehrere Funktionen. Sie ist Ansprechpartner des Investors, des Antragstellers, gleichzeitig koordiniert sie die Abstimmung mit den verschiedenen anderen Behörden. Das sind Prozesse, die manchmal länger dauern, es muss nicht an der Bauverwaltung liegen, es kann auch das Brandschutzkonzept sein, das länger dauert, das kann die Verkehrserschließung sein, das liegt bei mir im Ressort, ist aber ein anderer Verwaltungsteil, das können auch andere Themen sein.

Die Bauverwaltung koordiniert dann auch noch die Anhörung der Beiräte, ein Thema, dem wir hier sehr viel Bedeutung beimessen. Es wird immer wieder großen Wert auf die Partizipation gelegt, die Akzeptanz zu erhöhen, indem man die Themen mit den Beiräten in Ruhe erörtert. Häufig sagen Beiräte, wir können das nicht so schnell entscheiden, wir müssen uns in der folgenden Sitzung noch einmal damit befassen, und das Thema wird dann verschoben. Alle diese Abstimmungen sind Prozesse, die die Mitteilung von bestimmten Bauentscheidungen verzögern.

Die Bauverwaltung - und das gilt für mein Ressort genauso wie für das Bauamt Bremen-Nord - ist dann oft der Überbringer schlechter Nachrichten: Wir sind noch nicht fertig, irgendein Abstimmungsprozess ist noch nicht geleistet. Das heißt aber nicht, meine Damen und Herren, dass die Bauverwaltung immer daran Schuld hat, das wäre ein völliger Irrglaube. Deswegen möchte ich Sie auch bitten, dass Sie diesem Irrglauben nicht weiter aufsitzen.

Worum geht es jetzt beim Lesum-Park? Es ist ein großes wirtschaftsstrukturpolitisches Pilotprojekt, vom Wirtschaftssenator federführend betrieben.

Er hat es gesagt, wir unterstützen das mit unseren Fachkompetenzen. An diesem Projekt sind eine Reihe von Akteuren beteiligt, das Wirtschaftsressort, das ist die WFB, das Bauamt Bremen-Nord als ein weiterer kleiner Spieler, ein Zulieferer, das ist die Stiftung Friedehorst, und es ist schließlich der Projektentwickler. Es gibt dort eine Lenkungsgruppe. Ob diese immer perfekt und effizient gearbeitet hat, darüber habe ich unterschiedliche Stellungnahmen gehört, da möchte ich mich jetzt einer Bewertung enthalten. Die gute Nachricht ist, wir haben wieder mit den Ressorts zusammengesessen und haben die Strukturen wieder geklärt. Es ist wieder klar, wer diese Lenkungsgruppe leitet. Das Gute ist die Nachricht, es ist nicht der Investor, der diese Lenkungsgruppe leitet, wie es zwischenzeitlich den Anschein hatte, denn der Investor hat natürlich eigene Interessen, die nicht unbedingt deckungsgleich sind mit den Interessen der Stadtpolitik, die in den Dingen, die ich genannt habe, niedergeschrieben werden.

Jetzt hat es einen politischen Auftrag gegeben, hier soll ein Sondergebiet Gesundheitswirtschaft entwickelt werden. Das ist das, wofür sich alle Rednerinnen und Redner ausgesprochen haben, ich auch. Ich bin auch dafür, dass wir dies machen. Wir sind dann damit konfrontiert worden, dass plötzlich der Vorschlag kommt, wir können ja auch mehr Wohnungen bauen oder den Einzelhandel vergrößern. Das ist etwas anderes als die Gesundheitswirtschaft. Es muss dann geprüft werden, ob das mit den vorhandenen Regelwerken übereinstimmt.

Bei diesem sehr komplexen Vorhaben - es geht um eine große Fläche, um viele Akteure, das hatte ich gesagt - geht es um verschiedene Fragen, zum Beispiel wie die Kanalisation gestaltet wird. Da kommt plötzlich von der hanseWasser eine Anforderung, dass man die neue Kanalisation des Lesum-Parks nicht einfach mit der alten Kanalisation der Stiftung Friedehorst zusammenflanschen kann. Die beiden müssen sich zusammensetzen und klären, wie sie ein einheitliches funktionierendes Kanalisationssystem nach heutigem Standard zustande bekommen.

Welche Schwierigkeit besteht hier? Sie wissen alle, wir hatten vor Kurzem bei der Stiftung Friedehorst einen Führungswechsel, das heißt, da ist über längere Zeit kein Ansprechpartner oder keine Ansprechpartnerin vorhanden gewesen, um dies konsequent voranzubringen. Es gibt dort auch ein gewisses Finanzierungsproblem, das heißt, dass man möglicherweise bei dem, was man als notwendig erkennt, aus finanziellen Gründen erst einmal schauen muss, wie man das darstellt. Das sind Probleme, das sind aber nicht Probleme des Bauamts Bremen-Nord. Das sind weder Proble-

me, die das Bauamt Bremen-Nord verursacht hat, noch Probleme, die es lösen kann, sie führen aber zu Verzögerungen.

Wir haben dann die Situation, dass wir das Zentren- und Einzelhandelskonzept haben, das uns sagt, an der Stelle können höchstens 800 Quadratmeter Verkaufsfläche geschaffen werden. Das Bauamt Bremen-Nord ist damit konfrontiert, dass 50 Prozent mehr beantragt wird, nämlich 1 200 Quadratmeter. Was erwarten Sie denn dann vom Bauamt Bremen-Nord? Dass es das einfach durchwinkt? Ich erwarte das nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin nicht nur der zuständige Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, ich bin auch der Vorsitzende des Kommunalverbundes. Meine Damen und Herren, Sie haben hier in Bremen vor geraumer Zeit das Zentren- und Einzelhandelskonzept für Bremen beschlossen. Sie haben in der letzten Stadtbürgerschaftssitzung beschlossen, dass Sie dem regionalen Zentren- und Einzelhandelskonzept beitreten wollen, und Sie haben mich beauftragt zu verhandeln, dass wir diesen Vertrag unterschreiben. Das wollen wir am 4. Juni 2013 - jetzt in drei Wochen - machen. Ich rede im Moment mit Engelszungen in den Nachbargemeinden und versuche, möglichst viele Bürgermeister dazu zu bewegen, dass mit zu unterschrieben, auch wenn sie Bedenken haben. Sie schauen auch, was ich mache. Sie schauen, was wir hier machen. Darüber können wir uns doch nicht einfach hinwegsetzen und sagen, es ist uns egal, welches Zentren- und Einzelhandelskonzept wir haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Zumal wir es gemeinsam beschlossen haben! - Abg. Oppermann [SPD]: Darum geht es doch gar nicht!)

Wir hatten, das ist richtig, diese vier Bauvoranfragen, nicht Bauanträge, wie es die Abgeordnete Neumeyer gesagt hat. Es ist auch nicht so, dass wir sie nicht beschieden haben, sondern dass wir auf drei dieser vier Bauvoranfragen zunächst einmal eine abschlägige Auskunft gegeben haben. So, wie es beantragt ist, können wir es nicht genehmigen. Meine Damen und Herren, das ist ein ganz normaler Vorgang.

Wir sind in einem Genehmigungsverfahren mit klaren Regeln. Jeder Investor, der bei gesundem Menschenverstand ist, wird versuchen, das Maximum auszureizen, er wird versuchen, ob er nicht ein bisschen weiter gehen kann als das, was die Regeln aussagen, ob es sich um Gesundheitswirtschaft, Einzelhandel, die Baudichte handelt, er geht ein bisschen weiter und schaut dann, ob er

damit durchkommt. Die Bauverwaltung schaut dann, ob sie dem folgen kann oder nicht, und wenn sie sagt, das geht absolut zu weit, dann wird sie das erst einmal abschlägig bescheiden. Die Bauvoranfrage dient ja genauso dazu, dass man das dann miteinander bespricht, dass man das miteinander klären kann. Ähnlich ist es mit anderen Fragen.

Ich kann Ihnen sagen, ich bin froh, und ich stelle mich auch vor diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass wir standfeste und aufrechte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bauamt Bremen Nord haben, die ihren Auftrag korrekt ausführen. So wünschen wir uns eine Bauverwaltung, und ich möchte nicht, dass ständig versucht wird, die Autorität dieser Bauverwaltung zu untergraben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist in den Beiträgen ein Vorhaben angesprochen worden, das wir hier vor fünf Monaten diskutiert haben, ein Bauvorhaben im Sandkuhlenweg. Eine große Katastrophe! Es hat Monate gedauert, bis man sich geeinigt hat. Wir haben eine Einigung mit dem entsprechenden Antragsteller herbeigeführt, vielleicht hat auch die Bürgerschaftsdebatte hier geholfen, da haben beide Seiten sich noch einmal ein bisschen bewegt. Soll ich Ihnen sagen, was seitdem passiert ist? Nichts! Es ist überhaupt nichts passiert. Es gibt eine Einigung, es gibt eine Baugenehmigung, aber es wird nicht gebaut. Ja, wie groß war denn vorher das Problem, wenn hinterher überhaupt keine Eilbedürftigkeit gegeben ist, um das Vorhaben zu realisieren?

Ein zweites Beispiel, meine Damen und Herren! Ein Hörgeräteakustiker in der Fußgängerzone in Vegesack hat einen barrierefreien Eingang für sein Geschäft beantragt, er hat gesagt, das ist wichtig für meine Kundschaft. Das haben wir eingesehen. Wir haben aber nicht eingesehen, dass er den Raum in der Fußgängerzone verbauen wollte. Wir haben ihm einen anderen Vorschlag gemacht - es gibt Know-how und Beratung beim Bauamt Bremen-Nord -, wie er eine andere Zuwegung machen kann, das wurde hin und her diskutiert. Man hat sich geeignet. Das ist jetzt ein knappes Jahr her. Was ist seitdem passiert? Nichts! Auch das ist offenbar nicht so eilig gewesen. Über welche Probleme reden wir hier eigentlich, wenn wir immer sagen, das Bauamt Bremen-Nord steht auf der Leitung und macht eine Verhinderungspolitik? Es ist einfach nicht wahr!

Ich will Ihnen Folgendes sagen: Das Bauamt Bremen-Nord entscheidet nicht nach Geschmack, sondern nach Recht und Gesetz, und es entscheidet auch nicht im Alleingang. Jede Entschei-

derung des Bauamts Bremen-Nord, die in der Weise strittig ist, dass sie hier debattiert wird, wird durch mein Ressort qualitätsgesichert. Das habe ich Ihnen schon einmal berichtet. Deswegen möchte ich auch nicht, dass Sie immer wieder diese Vermutungen anstellen, es wären einzelne Sachbearbeiter, die nach Geschmack Projekte verhindern oder genehmigen. Die Anfrage nach Paragraph 34 Baugesetzbuch ist anhängig. Es mag so sein, weil wir uns über das genaue Wording nicht verständigen - es ist nicht so, dass wir das nicht beantworten können, ich beantworte das gern, ich beantworte Ihnen das auch hier -, dass wir in Bremen-Nord mehr strittige Fälle haben, aber meine Damen und Herren, das liegt nicht daran, dass das Bauamt Bremen-Nord anders urteilt, sondern es liegt daran, dass wir dort andere Anträge bekommen, und daran, dass auch anders agiert wird von den Akteuren. Es hilft nicht, dass man immer gleich die große Politik einschaltet, wenn man sich eigentlich in einem Verwaltungsverfahren befindet und versucht, sich mit der Verwaltung zu einigen, wie Regeln, die in der Stadt gelten, auszulegen sind.

Ich gestehe zu, auch wir haben möglicherweise einen Anteil an manchen dieser Schwierigkeiten. Wir arbeiten daran, unsere Kommunikation zu verbessern, das räume ich offen ein. Wir arbeiten intern daran, und ich lege auch großen Wert darauf, dass wir dort Fortschritte machen, und Fortschritte, meine Damen und Herren, machen wir auch.

Herr Pohlmann hat gefordert, wir sollen Projekte erfolgreich umsetzen. Ich kann Ihnen hier eine gute Nachricht überbringen. Wir haben über das, was Kollege Günthner eben schon gesagt hat, hinaus nicht zwei, sondern drei der vier Bauvoranfragen inzwischen friedlich geeint, und in dem vierten Fall haben wir eine einvernehmliche Zurückstellung erwirkt. Das ist jetzt nicht entscheidungsbedürftig, es ist gesagt worden, das stellen wir ein Stück zurück. Das ist ein großer Erfolg.

Wir haben einen weiteren Erfolg. Wir werden im Juni den Bebauungsplan, der angekündigt ist, der Deputation vorlegen, auch das entspricht dem Zeitplan, wie er sich entwickelt hat. Wie gesagt, das ist ein sehr komplexes Vorhaben, ich will Sie jetzt nicht zu sehr strapazieren mit all den Schwierigkeiten, die es da gab. Wir kommen auch hier voran, und das ist mir auch wichtig.

Ich möchte Sie bitten, dass Sie künftig davon Abstand nehmen, auf die Bauverwaltung einzuschlagen und sie zum Sündenbock machen für Dinge, die die Bauverwaltung nicht zu verantworten hat. Wenn wir falsche oder schlechte Anträge bekommen, dann können wir zu denen nicht Ja

sagen. Wenn die Antragsteller beratungsresistent sind, wenn wir mehrmals mit ihnen zusammensitzen und sagen, so viel geht, so viel geht nicht, so hoch geht es, so hoch geht es nicht, und sie dann trotzdem versuchen, etwas anderes zu beantragen, dann geht es nicht, dann dauert es länger.

Es gibt Akteure, das möchte ich offen sagen, die sorgen dafür, dass sich Bauvorhaben in die Länge ziehen. Eine Akteurgruppe sind die Antragsteller, die sich partout nicht an das halten wollen, was wir ihnen erklären, wie die Regeln sind, was sie bedeuten und wie sie auszulegen sind. Es gibt eine zweite Gruppe von Akteuren, die dafür sorgen, dass die Verfahren länger werden. Das sind diejenigen, die einflussreich sind in der Politik und ständig solchen Investoren das Gefühl geben, es könnte sich lohnen, auf die Bauverwaltung einzuschlagen, weil man dann mehr bekommt. Das führt zu nichts, das führt zu Verhärtungen und zu Verlängerungen.

Ich sage Ihnen auch, wer glaubt, dass man das Bauamt Bremen-Nord schließen sollte, der wird nur ein Ergebnis sehen: Die Wege werden länger. Die Entscheidungen werden nicht anders ausfallen, das verspreche ich Ihnen. Das heißt, lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass wir die Kommunikation verbessern und keine falschen Begehrlichkeiten bei Antragstellern wecken, denen wir am Ende nicht nachkommen können. Wer dies tut, der handelt grob fahrlässig, weil es am Ende keine Genehmigung geben wird. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Unterrichtsausfall an Bremer Schulen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 4. Februar 2013
(Drucksache 18/284 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 12. März 2013
(Drucksache 18/307 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 18/307 S, auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE Kenntnis.

Stadtteile am Fluss über den Fluss verbinden

Antrag der Fraktionen der SPD und
Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. April 2013
(Drucksache 18/317 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren jetzt, könnte man sagen, mit den Fährverbindungen von Bremen-Nord über die Lesum und die Weser. Ich möchte einen inhaltlichen Bogen spannen. Zu dem von der Koalition eingebrachten Antrag möchte ich sagen, Bremen ist eine Stadt am Fluss und eine Hafenstadt. Auf einer Flusslänge von 42 Kilometern gibt es vier Fährverbindungen, und seit dem 1. Mai dieses Jahres gibt es an Sonn- und Feiertagen die Fährverbindung zwischen Gröpelingen, Walle und Woltmershausen, die mit großer Resonanz angenommen worden ist.

Ich möchte für alle, die sie noch nicht kennen, diese wunderbare Karte und auch den Flyer hervorheben, auf denen dies noch einmal dargelegt wird. Dies ist eine tolle und sehr gute Aktion der Akteurinnen und Akteure, der Initiativen vor Ort und der Beiräte auf beiden Seiten der Weser, die dazu beigetragen haben, dieses Projekt unter nicht einfachen Rahmenbedingungen zu realisieren. Dafür noch einmal von unserer Fraktion herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Fährverbindungen haben eine wichtige Funktion in den Verkehrsbeziehungen unserer Stadt. Mit ihnen kann es gelingen, die Stadtteile am Fluss und auch über den Fluss hinweg besser zu verbinden. Wer noch die Zeiten kennt, als auf der AG „Weser“ Schiffe gebaut wurden und im rechtsbremischen Hafenbereich noch viel Umschlag stattgefunden hat, der konnte sehen, welche wichtige Bedeutung die Fährverbindung zwischen Woltmershausen, Gröpelingen und Walle und die Fährverbindungen im Bereich des Europahafens für unsere Stadt früher hatten.

Sie haben auch in Zukunft eine große Bedeutung für unsere Stadt, zum einen im Hinblick auf die Verkehrsbeziehungen. Die Fährverbindungen bieten sich an für Pendlerinnen und Pendler und haben unbestritten - so steht es auch in unserem Antrag - einen sehr hohen Stellenwert im Bereich der

Freizeitgestaltung. Wer die Möglichkeit hatte, persönlich bei den Verkehrstagen anwesend zu sein, konnte sehen, wie die Fähren von Familien mit Kindern und von Fahrradfahrinnen und Fahrradfahrern genutzt wurden. Dies ist ein absolut ermutigender Praxisbeweis dafür, dass eine solche Orientierung richtig ist.

Die städtebaulichen Potenziale an der Weser zu nutzen und die traditionellen Stadtteile des Bremer Westens, Gröpelingen und Walle, mit der Überseestadt und Woltmershausen über die Weser zu entwickeln, erfordert weit mehr als eine Fährverbindung, nämlich auch eine inhaltliche Konzeption, die deutlich macht, dass wir niemanden ausschließen wollen. Wir haben hier Debatten geführt, ob die Überseestadt nur ein Gebiet ist, in dem Besserverdienende wohnen. Das ist zurzeit noch der Fall, aber ich hoffe, dass es mit der Umsetzung unserer Wohnungsbaukonzeption, Herr Kollege Strohmann, uns gemeinsam gelingt, dort auch bezahlbaren Wohnraum zu realisieren.

Wichtig ist jedoch auch, dass es uns gelingt, für die neu Hinzugezogenen, aber auch für die Einwohner der traditionellen Stadtteile Woltmershausen, Gröpelingen und Walle mit einer Fähre Rahmenbedingungen zu schaffen, damit man sich gegenseitig besucht. Diejenigen, die als Abgeordnete daran teilgenommen haben, sind begeistert, dass es sich auch in der Praxis als sehr erfolgreich erwiesen hat.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion sieht große Potenziale und Möglichkeiten. Erstens, diese Fährverbindung entspräche genau dem Selbstverständnis Bremens als einer Stadt der kurzen Wege. Zweitens, der Ausbau dieser Verbindung hätte auch große Effekte - ich habe es soeben angerissen - für den touristischen Bereich, insbesondere für den Fahrradtourismus, denn es wären neue Querverbindungen möglich, und man könnte sich von Huchting kommend von Woltmershausen übersetzen lassen und weiter in das Blockland fahren. Das sind Routen, die sich uns neu erschließen und mit denen wir werben können, und das sollte man nicht unterschätzen.

(Beifall bei der SPD)

Drittens, die Beiräte - ich habe es soeben angeführt - aus Woltmershausen, Walle und Gröpelingen haben diese Aktion mit einer eigenen Ausfallbürgerschaft abgesichert. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern diese drei Stadtteilbeiräte haben hier sehr verantwortungsbewusst gehandelt und damit auch eine Fährverbindung an dieser traditionellen Stätte ermöglicht.

Mit dem vorliegenden Antrag der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen möchten wir

den Senat auffordern, zunächst im Prozess der laufenden Verkehrsentwicklungsplanung - einige von uns hatten ja heute das Vergnügen, vor der Bürgerschaftssitzung den Projektbeirat zu besuchen - zu untersuchen, welche Potenziale es im Bereich der Fährverbindungen gibt und insbesondere auch, ob ein regelmäßiges Fährsystem auf der Weser möglich ist.

Darüber hinaus sollte der Senat eine regelmäßige Fährverbindung auf der Längsachse der Weser prüfen. Ich sage einmal, angefangen im Bereich der Schlachte und weiterführend zum Weserstadion. Wenn wir heute schon sehen, welche positiven Erfahrungen wir bei den Werder-Heimspielen haben, Gott sei Dank auch in der nächsten Saison wieder in der ersten Liga -

(Beifall bei der SPD - Glocke)

Herr Präsident, ich komme zum Schluss! -, dann sollten wir das auf jeden Fall auch im Hinblick auf die berechnete Option in Richtung Bremen-Nord prüfen.

Es ist sehr wichtig, dass diese Projekte nicht nur auf der Beschlusslage der Beiräte und aufgrund der finanziellen Absicherung durch sie basieren. Wir möchten auch prüfen lassen, ob die Aufnahme in das Tarifsystem der BSAG beziehungsweise des VBN, also in das Gesamtnetz des ÖPNV, anzustreben ist. In Hamburg ist dies möglich, und es sollte auch bei uns in Bremen möglich sein. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Werner.

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schön, dass wir auch über positive Aspekte der Stadtentwicklung sprechen können, die auch Bremen-Nord betreffen, aber jetzt ist Herr Bensch schon draußen. Im Jahr 1987 sind die Grünen in den Bürgerschaftswahlkampf gezogen mit der Parole „Mit dem Gesicht statt mit dem Arsch zur Weser“.

Nach der Wahl beschrieb der Abgeordnete Fücks damals hier im Parlament eine Vision für das Jahr 1999 mit einer Reise von Hemelingen bis Blumenthal - das liegt in Bremen-Nord - entlang der Weser, vorbei an Wohnungen, Gründerzentren, alternativer Energieerzeugung, Filmstudios, und einem innerstädtischen Schiffs pendelverkehr über die Weser. Laut Herrn Fücks - so erzählt er es jedenfalls heute - soll damals der Abgeordnete Wedemeier dazwischengerufen haben: „Das ist eine Rede ge-

gen Bremen!“ Der damalige Präsident der Bürgerschaft wollte Herrn Fücks das Wort entziehen.

Das Thema war jedoch in der Welt, und mit dem Verein Weserlust des Bremischen Vereins Hal über und vielen kleinen Projekten auch in Gröpelingen, Walle und Bremen-Nord begann es. Das ist lange her, und es hat etwas länger gedauert, als bis zum Jahr 1999, als es eigentlich erst richtig begann. Es wurde vorher noch mit Verve dort ein Großmarkt gebaut, der aber auch nichts mehr verhindern konnte. Heute kann man sagen, dass ziemlich viel von dem, was Herr Fücks vor 26 Jahren hier zusammengespinnen hat, so ähnlich eingetreten ist, und darüber sind wir froh, und wir sind stolz darauf. Die „Stadt am Fluss“ lebt, funktioniert und ist ein großer - der wichtigste, wie ich finde - Erfolg der Stadtentwicklung Bremens in den vergangenen Jahrzehnten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Deshalb haben wir uns sehr über den Antrag von Herrn Pohlmann und der SPD-Fraktion gefreut. Über den Antrag im letzten Jahr zur „Stadt am Fluss“ haben wir uns ja auch schon gefreut. Aus dem Fücks'schen Filmstudio sind das Pier 2 und ein Varietétheater geworden, und manche hoffen darauf und arbeiten dafür, dass auch noch ein Museum hinzukommt. Die schöne Idee des Schiffs pendelverkehrs aber wollen wir mit Herrn Fücks und allen Bremerinnen und Bremern, die davon noch träumen, gern weiterverfolgen, weil es viel mehr als eine schöne Idee ist. Herr Pohlmann hat es soeben sehr ausführlich beschrieben, das alles will ich gar nicht wiederholen. Die Weser ist wieder zum Gesicht, zum Zentrum der Stadt geworden.

Viele Akteure und Initiativen in Gröpelingen, Woltmershausen und Walle haben sich aufgrund der großartigen Entwicklung der Überseestadt und der schönen, erschlossenen Grünanlagen und Wasserlagen in Pusdorf in den letzten Jahren wieder verstärkt für Fährverkehre eingesetzt. Bei allen, die es nicht nur gefordert haben, sondern auch durch ihre oft ehrenamtliche Arbeit in den Stadtteilen, der Kultur, den Beiräten und den Nachbarschaften schon an den Aktionstagen in den vergangenen Jahren immer wieder ermöglicht haben und dieses Jahr zum ersten Mal sogar einen regelmäßigen Fährverkehr an den Sonn- und Feiertagen ermöglichten, möchte ich mich hier sehr herzlich bedanken!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Genau solche Modelle und Erprobungen braucht die Stadtentwicklung auch und immer wieder. Man muss es einfach einmal machen, und dann sieht man, dass es auch anders gehen kann, als es immer schon ging, und in diesem Fall ging es ja sogar ganz früher schon einmal. Wir wollen das Experiment deshalb politisch begleiten und schauen, was die Fähren über die und entlang der Weser neben der Freizeit und der konkreten nachbarschaftlichen Verbindung von Stadtteilen vielleicht auch für den ÖPNV und die Entwicklung der Wohnlagen und der Arbeitsstätten in der Überseestadt, in Gröpelingen und in Woltmershausen bedeuten können und was sie für die Durchmischung der Stadtteile bewirken können, über die wir häufig sprechen und an der wir arbeiten.

Lassen Sie es uns konstruktiv und zukunftsgerichtet anschauen und herausfinden. Fahren Sie dazu als Erstes einmal an einem Sonntag einfach mit, und stimmen Sie bitte unserem Antrag zu! - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe ehrlicherweise lange nachgedacht, wie man sich zu diesem Antrag verhalten kann. Grundsätzlich ist es eine schöne Sache, so, wie Sie beide es vorgebracht haben. Ich fahre auch gern mit der Fähre, wenn ich vom Pier 2 zum Weserstation zum Fußball fahre. Das ist hervorragend: Man ist schnell und nicht im Gedränge einer Straßebahn. Das alles ist prima, das finde ich gut. Ich finde auch die Durchmischung gut, dass sich die Gröpelinger intensiver mit den Woltmershausern treffen könnten und dass ich meinen Freund Frank Imhoff viel schneller besuchen könnte, das ist keine Frage.

Aber einmal im Ernst! Welche finanziellen Auswirkungen hat das eigentlich, was Sie da fordern? Es sind nur Prüfaufträge, und ich weiß, was bei Ihnen mit Prüfaufträgen passiert, nämlich gar nichts. Wie soll es aber funktionieren?

(Abg. Pohlmann [SPD]: Es steht doch darin!)

So, wie Sie es berichtet haben, soll es ein regelmäßiges öffentliches Fährverbindungssystem werden. Soll es eine städtische Gesellschaft werden, soll es die BSAG noch hinzubekommen? Man muss nur drei und drei zusammenzählen, um zu erkennen, dass es Unsummen verschlingen wird.

(Abg. Werner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie viel denn?)

Viele Unsummen! Was kostet es? Dann sagen Sie es mir doch! Belehren Sie mich doch jetzt!

(Abg. Werner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir lassen prüfen!)

Im Sommer mag es ja funktionieren. Jetzt einmal ganz im Ernst! Sie reden hier von Tourismus. So schön Woltmershausen und Gröpelingen sind, werden sie vermutlich keine Tourismusmagnete, die mehrere Tausende anziehen. Der PRIMARK vielleicht, das kann möglich sein!

Wir halten dieses ganze Modell für ziemlich un-ausgegoren, und außerdem sehe ich auch eine Gefahr. Wenn Sie es letztlich nur noch als touristisches Modell behandeln, um auf der Weser entlang zu fahren, ist es eine staatliche Konkurrenz zu den privaten Anbietern für solche Flussfahrten. Wenn man sich einmal den Bericht des Rechnungshofs anschaut, dann haben wir in dieser Stadt andere Sorgen. Wenn ich mir überlege, dass wir 240 Millionen Euro benötigen, um den Sanierungsstau im Straßennetz zu beseitigen, und Sie eröffnen hier schon wieder eine neue Baustelle!

Das ist im Grunde die Hauptkritik, weil es wieder ein subventioniertes Projekt werden wird, das schön und nett ist - so, wie viele andere Dinge -, aber bei den eigentlichen Regelaufgaben, auf die Sie sich konzentrieren sollten, zum Beispiel den Straßenerhalt und solche Projekte, passiert wieder nichts. Deswegen glaube ich, dass es nicht in Ordnung ist.

Heute ist es ja plötzlich in den Verkehrsentwicklungsplan aufgenommen worden, wie wir heute der Präsentation entnehmen konnten. Wie konnte das ohne einen Antrag passieren? Aber gut, das mag ja so sein! Wenn Sie sich anschauen, welche Probleme wir in dieser Stadt haben, brauchen wir kein zusätzliches Problem. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen! - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Einerseits teile ich die Bedenken von Herrn Strohmann, dass wir dort ein Projekt entwickeln, das entweder mangels Geldes niemals realisiert wird oder auf Kosten von

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Haushaltsstellen realisiert wird, die meiner Meinung nach das Geld dringender brauchen. Ich schließe mich den genannten Sanierungsproblematiken an, die in den nächsten Jahren größer werden, und ich erinnere auch daran, dass wir Stadtteile haben, in denen man statistisch fünf Jahre früher stirbt und in denen fast jeder Zweite unter einem Armutsrisiko leidet.

Wir müssen meines Erachtens zumindest aufpassen, dass wir uns nicht einerseits das schöne, sonnige Bremen voller Radfahrer und Fähren nutzen der Menschen an der Schlachte und in bestimmten Stadtteilen schaffen, aber andererseits ein unter Armut und letztendlich Verwahrlosung leidendes Bremen haben. Wir müssen ernsthaft prüfen, ob wir nicht zu häufig solch schönen Träumen nachhängen und dabei bestimmte Stadtteile wie Sebaldsbrück oder Tenever vernachlässigen.

Andererseits bin ich für den Antrag, weil ich weiß, dass Fähren ein ökologisches Verkehrsmittel sind und dass man zumindest prüfen sollte, ob man den Fluss nutzen kann, ob es eigentlich möglich ist, und wie teuer es wird. Dann muss man sich dafür verantworten, wie man sich letztendlich entscheidet. Es nicht zu prüfen, wäre meines Erachtens genauso ein Fehler, wie von vornherein zu sagen, wir machen es sowieso. Deswegen werden wir dem Antrag zustimmen,

(Beifall bei der SPD)

obwohl ich, wie gesagt, immer befürchte, dass man sich an einer bestimmten Stelle ein schönes Bremen schafft und andere Stadtteile vernachlässigt, aber bislang ist hier noch nichts beschlossen.

Eine Sache ist mir nicht klar, vielleicht muss man sie in das Konzept aufnehmen! Das Konzept und die geschilderten Anlegestellen enden beim Weserstadion, aber die Weser geht noch ein Stück weiter. Ich weiß, dort ist eine Schleuse, sie macht es etwas schwieriger, aber wenn man ein Konzept erstellt, sollte man zumindest einmal prüfen, ob nicht auch denkbar ist, Stadtteile wie Sebaldsbrück aufzunehmen, denn von dort aus, nicht nur von der Überseestadt, kann man auch mit dem Schiff zum Weserstadion fahren. Mit dieser Anregung, die vielleicht aufgenommen wird, bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit! - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin ein großer Freund von Fährverbindungen auf Flüssen in

Städten. Ich bin in einer Stadt groß geworden - das wissen die meisten von Ihnen -, in der man damals auf Elbe und Alster im Linienverkehr fahren konnte. Ich habe erlebt, dass er auf der Alster eingestellt wurde, in den Hamburger Verkehrsverbund integriert wurde und es nur noch Ausflugsfahrten gab. Ich hatte ihn bis dahin häufiger genutzt, um mich in der Stadt zu bewegen, und ich nutze noch heute gern die Elbfähren in Hamburg. Ich würde mich sehr freuen, wenn Bremen es schaffen würde, so etwas dauerhaft zu installieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe mir am letzten Wochenende die veruchsweise Einrichtung der Verbindung von der Überseestadt zur Waterfront und hinüber nach Woltmershausen angeschaut. Ich habe gesehen, dass sie gut genutzt wird, bei trockenem Wetter dann auch von Menschen mit Fahrrädern und so weiter. Das heißt, sie wird zumindest zu diesen bestimmten Zeiten angenommen, und ich finde das sehr erfreulich.

Ich kann bestätigen, dass wir im Moment dabei sind, den Bedarf für solche Fährverbindungen systematisch zu erheben, und zwar nicht erst seit drei Tagen, seitdem wir die Fragestellung der CDU kennen, sondern schon seitdem wir den Verkehrsentwicklungsplan, VEP, ins Leben gerufen haben. Wenn Sie auf die Internetseite unter „Sonstiges“ schauen, werden Sie auch sehen, dass dort von Nutzern der Webseite BREMEN BEWEGEN Anregungen eingegangen sind. Das heißt, wir haben das Thema schon seit Längerem auf dem Plan.

Wir müssen unterscheiden - das wurde, glaube ich, von Herrn Pohlmann gesagt - zwischen der Längs- und der Querverbindung entlang und über die Weser, die wir uns systematisch anschauen müssen. Dies werden wir in den Szenarien, die wir im VEP entwickeln, und den Bedarfserhebungen systematisch überprüfen.

Es geht natürlich auch darum, wie die Nachfrage beschaffen ist. Ist sie kontinuierlich in bestimmten Bereichen, zum Beispiel durch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Arbeitsstelle schnell erreichen wollen? Auch dafür gibt es in Hamburg ein Beispiel. Dort gibt es eine Werksbarkasse der EADS, die von Teufelsbrück hinüber nach Finkenwerder fährt. Das heißt, bei Betrieben ab einer bestimmten Größe und einer bestimmten Nutzerzahl lohnt sich so etwas tatsächlich. Es ist durchaus lohnenswert, so etwas zu prüfen. Man muss dann schauen, ob es in privater Regie oder über einen Verkehrsverbund angeboten wird.

Die Ergebnisse dieser Prüfung für Bremen erwarten wir Ende des Jahres 2013, und natürlich werden darin die Nutzerzahlen des Fährbetriebs einfließen, den wir momentan zwischen dem Pier 2 an der Waterfront, Walle/Überseestadt am Molenturm und Woltmershausen haben. Wir werden die Bedarfswerte dieser Erhebungen mit dem abgleichen, was tatsächlich empirisch beobachtet wird.

Bei der Integration in das Tarifsystem der BSAG oder des VBN ist natürlich die Frage, ob es ein Regelbetrieb wird, den man in einen solchen Verkehrsverbund integrieren kann, oder ob es besondere Ausflugsverkehre sind, die unter Umständen deutlich schwieriger zu integrieren wären. Ich möchte darauf verweisen, dass im Jahr 2008 schon einmal Gespräche zwischen Hal über und Beluga Shipping und den Betreibern der Fähren geführt worden sind. Schon damals hat man versucht, die Fähren zu integrieren, aber die Einrichtung eines regelmäßigen Personenverkehrs ist wegen der Insolvenz von Beluga Shipping nicht zustande gekommen.

Dafür gibt es seit dem Jahr 2010 bei Hal über ein Kombiticket für die Strecke von Bremen nach Bremerhaven oder Bremerhaven nach Bremen, in dem die Anfahrt inbegriffen ist. Wer die eine Richtung gebucht hat, kann die andere Strecke mit dem ÖPNV in Verkehrsmitteln des VBN zurücklegen. Es gibt also schon Ansätze.

Es wurden auch Gespräche mit den Betreibern der Fähre von Bremen nach Stedingen geführt über die Einbeziehung der Fähren in Bremen-Nord. Dort hat man Verkaufsstatistiken ausgewertet mit dem Ergebnis, dass die Nutzerzahlen bisher relativ gering sind und die Anbindung der Fähranleger an die Haltestellen des ÖPNV nicht optimal ist. Es sind einfach so lange Wege, dass es sich für den täglichen Weg nicht gerade aufdrängt.

(Abg. Strohmann [CDU]: Da machen wir einen Ringbus! - Abg. Senkal [SPD]: Nichts gegen einen Ringbus!)

Wir können auch einen Ringbus einrichten, damit haben wir Erfahrung. Auch diese Ansätze schauen wir uns noch einmal an.

Ich sage Ihnen noch einmal, dass ich dem Ganzen positiv gegenüberstehe, aber wir bekommen in diesen Tagen wieder deutliche Signale vom Stabilitätsrat, dass wir uns weitere Luxusprojekte im Moment nicht leisten können, das müssen wir einmal klar sehen. Das heißt, wir müssen schauen, wo eine Nachfrage besteht, die das zumindest kostendeckend trägt, denn eine dauerhafte Subventionierung halte ich im Moment für unwahrscheinlich, so schön ich es auch finde.

So viel von meiner Seite! Wir werden natürlich berichten. Wenn wir Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres die Verkehrsanalysen vorliegen haben, können wir das Thema gern noch einmal aufrufen und schauen, wie wir mit den Ergebnissen umgehen wollen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachennummer 18/317 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Parkplatzsituation für Menschen mit Behinderungen verbessern

Antrag der Fraktion der CDU vom 16. April 2013 (Drucksache 18/319 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse, ihm beigeordnet Frau Staatsrätin Friderich.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grönert.

Abg. Frau **Grönert** (CDU)^{*)}: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor diesem Antrag hatte die CDU-Fraktion eine Kleine Anfrage zum Thema Parkplatzsituation für Menschen mit Behinderungen an den Senat gerichtet. Auf die Frage, ob Behindertenparkplätze auch wirklich barrierefrei sind und nicht zum Beispiel durch Stufen im Umfeld oder fließenden Verkehr nur eingeschränkt nutzbar sind, bekamen wir folgende

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Antwort: „Behindertenparkplätze werden nur dort eingerichtet beziehungsweise angeordnet, wo die Barrierefreiheit auch im Bereich des Zugangs gewährleistet ist. Dem Senat liegen keine Erkenntnisse vor, dass Behindertenparkplätze diese Anforderungen nicht erfüllen.“

Daraufhin schickte mir jemand eine E-Mail, deren Inhalt ich hier gekürzt wiedergeben will: „Ich habe die zuständige Behörde über mehrere Jahre immer wieder wegen Barrieren an Behindertenparkplätzen angesprochen, zum Beispiel weil sie zu schmal waren. Da fast keine Verbesserungen auf meine Beschwerden erfolgten und auch zugesagte Korrekturen oft nicht realisiert wurden, habe ich diesen Weg aber nach einigen Jahren aufgegeben. Bei meiner letzten Arbeitsstelle habe ich die Behörde trotz mehrfacher Bemühungen nicht dazu bewegen können, den extra auf meinen Antrag hin eingerichteten Behindertenparkplatz breiter als zwei Meter einzuzeichnen, obwohl er so an den meisten Tagen für mich nicht nutzbar war.“

Des Weiteren: „Ich habe schlussendlich kapituliert und einen anderen Behindertenparkplatz in der Nähe genutzt. Auf diesen musste ich allerdings in den fließenden Verkehr aussteigen oder ausladen. Mehrfach habe ich Mängel gemeldet, unter anderem im Rahmen des Projekts ‚Bremen baut Barrieren ab‘. Ich bin sicher, dass ich längst nicht die Einzige bin, die sich über Barrieren oder Mängel an den Behindertenparkplätzen beschwert hat.“ Die E-Mail endet mit der Feststellung: „Es ist doch erstaunlich, dass der Senat trotzdem vertritt, ihm lägen keine Erkenntnisse vor, dass Behindertenparkplätze die Anforderungen der Barrierefreiheit nicht erfüllen.“

Allgemeine Behindertenparkplätze sollten natürlich den Anforderungen der Menschen genügen, die sie nutzen werden, und diese Anforderungen sind in DIN 18040 eindeutig geregelt. Hier besteht, zumindest nach Auffassung der CDU-Fraktion, dringender Handlungsbedarf, und deshalb beantragen wir, alle neu einzurichtenden Parkplätze direkt an dieser Norm auszurichten und in den nächsten fünf Jahre möglichst alle öffentlichen Behindertenparkplätze, soweit räumlich möglich, an die Anforderungen dieser Norm anzupassen und auch entsprechend optisch kenntlich zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus sollten natürlich auch persönlich zugewiesene Parkplätze am Arbeitsplatz oder am Wohnort für schwerbehinderte Menschen in Absprache mit ihnen entsprechend ihren persönlichen Bedürfnissen, wenn nötig und irgend mög-

lich, ebenfalls gemäß DIN 18040 eingerichtet und kenntlich gemacht werden.

Zudem muss die Seite auf dem Internetportal „Verkehrsinfo-Bremen“, auf der man eine Übersicht über die Behindertenparkplätze des Innenstadtbereichs und für Bremen-Nord finden kann, dringend überarbeitet werden. Wenn es schon eine solche Internetseite gibt, dann sollte sie selbstverständlich aktuell und vollständig sein und alle nötigen Informationen enthalten. Bisher gibt es hier keinerlei Maßangaben, sodass ein Rollstuhlfahrer vorher nie weiß, ob der von ihm auf der Internetseite ausfindig gemachte barrierefreie Parkplatz auch wirklich barrierefrei ist und ob er dort auch problemlos parken und aus- und einsteigen kann.

Ein weiterer wichtiger Punkt unseres Antrags ist die Nutzungsdauer eines solchen Parkplatzes. Wenn eine solche Vorgabe gemacht wurde, ist sie scheinbar eng an die allgemeine Nutzungsdauer anderer Parkplätze angelehnt. Für schwerbehinderte Menschen, besonders für Rollstuhlnutzer und schwer gehbehinderte Menschen, ist es aber unrealistisch, dass sie zum Beispiel Einkäufe oder Behördengänge gerade in der Stadt schnell erledigen können. Sie brauchen aufgrund von barrierebedingten Umwegen, Fahrstuhlnutzungen, aber auch durch eventuelle Toilettengänge oft erheblich länger als die meisten anderen Menschen. Dies sollte bei der Bemessung der Nutzungszeit auf jeden Fall berücksichtigt werden.

Die Anliegen schwerbehinderter Menschen in unserer Stadt sind sehr vielfältig, und nicht alle lassen sich einfach in die Tat umsetzen. Trotzdem gibt es auch in diesem Bereich Punkte, an denen man vonseiten der Politik und der Behörden eigentlich recht unkompliziert zeigen kann, dass man alle Menschen mit ihren Anliegen ernst nimmt. Wir würden uns über eine Zustimmung zu diesem Antrag sehr freuen.

Persönlich möchte ich am Rande meiner Rede noch anmerken, dass ich es schade finde, dass sich die Bezeichnung „Behindertenparkplatz“ eingebürgert hat. Ich mag diesen Begriff eigentlich gar nicht, und obwohl ich ihn hier mehrfach verwendet habe, würde ich doch dafür plädieren, dass man den Namen ändert und vielleicht einfach von „barrierefreien Parkplätzen“ spricht. Dies würde genau das beschreiben, was Parkplätze ausmacht. - Danke!

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Schmidtke.

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Antrag der CDU und den Ausführungen von Frau Grönert ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Allerdings ist nur den wenigsten Menschen bewusst, wie hinderlich und einschneidend das Fehlen bedarfsgerechter Parkplätze gerade für Menschen mit gravierenden Gehbeeinträchtigungen ist. Das ist keine Kritik an den Planern, sondern es liegt auch in der Verantwortung der Betroffenen, ihre Erfahrungen und Bedarfe zu vermitteln. So begreife ich auch heute meinen Auftrag hier.

Unser Pflegesohn ist auf umfassende Hilfe angewiesen. Als er noch klein war, war die Problematik eines bedarfsgerechten Parkplatzes kein Thema. Er wurde zum Aussteigen aus dem Auto auf den Arm genommen und in seinen Reha-Buggy gesetzt. Selbst nachdem er aus dem Buggy herausgewachsen war, konnten wir ihn zu zweit leicht mitsamt seinem damals noch kleinen Rollstuhl aus dem Auto tragen.

Mit zunehmendem Alter wurde dieser Kraftakt zu einer wahren Herausforderung. Also kauften wir einen Kleinbus, der rollstuhlgerecht hergerichtet wurde. Nun kam der Test für behindertengerechte Parkplätze! Beim Ein- und Aussteigen mussten am seitlichen Teil des Busses die Schiebetür geöffnet und Schienen als Rampe angelegt werden. Bei anderen Pkw liegt der Ein- und Ausstieg im Heck des Wagens, aber immer wird eine Rampe beziehungsweise eine Schiene benötigt. Diese Schienen benötigen Platz.

Deutlich wird, dass die Rampe eine Neigung aufweisen muss, die sowohl dem Sicherheitsbedürfnis des Rollstuhlfahrers als auch dem zumutbaren Kraftaufwand für die Begleiter gerecht werden muss. Wäre die Neigung der Rampe zu groß, bekäme der Helfer den Rollstuhl samt Mann an Bord nicht in den Wagen geschoben und beim Verlassen des Autos bekäme der Rollstuhlfahrer trotz Hilfe ein so viel höheres Tempo, dass der Bremsweg entsprechend lang wäre. Unfälle wären vorprogrammiert. Auch dies ist ein Argument, an ausreichenden Platz zu denken.

Hier wird verständlich, dass die Forderung nach größeren Parkflächen für Menschen mit Beeinträchtigungen nicht nur eine nette Geste ist, sondern eine unverzichtbare Maßnahme,

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

deren Umsetzung zwingend und dringend geboten ist. Diese Forderung gilt für Parkhäuser eben-

so wie für Parkplätze außerhalb der Parkhäuser. Die Umsetzung dieses Beschlusses ist eilig und dringend, denn es kann nicht sein, dass wir wesentlich Menschen von der berechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgrenzen, weil wir ihnen die aufgrund ihrer Beeinträchtigung benötigten Parkräume verweigern.

Seit vielen Jahren suchen wir die Ziele unserer Familienausflüge nach dem Vorhandensein entsprechend großer Parkflächen aus, das schränkt uns ein und schafft Verdruss, uns und allen Familien mit behinderten Angehörigen ebenso. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die vorhandenen behindertengerechten Parkplatzangebote aktualisiert auszuweisen, um auch ortsfremde Besucher, Touristen mit Beeinträchtigungen in unsere Stadt einzuladen und sie herzlich willkommen zu heißen.

Lassen Sie mich bitte noch einen Satz sagen! Wenn wir demnächst soweit sind, dass wir nicht mehr über zu wenige und zu kleine Parkplätze für Menschen mit Behinderungen debattieren müssen, weil alles entsprechend des Antrags abgeändert wurde, nützt es uns, den Menschen mit Behinderungen, und uns, den Menschen, die keinen behinderten Menschen ausgrenzen wollen, überhaupt nichts, wenn weiterhin Menschen gedankenlos oder rücksichtslos Fahrzeuge mit dem Behindertensymbol blockieren, weil sie nicht bedenken, dass diese Fahrzeuge für das Ein- und Aussteigen ihrer Fahrgäste die Rampen ausfahren müssen und dafür mehr Platz benötigen,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

oder wenn Menschen unberechtigterweise die gekennzeichneten Parkplätze belegen und dafür ein Ordnungsgeld von nur 35 Euro schulterzuckend in Kauf nehmen. Dieses Verhalten ist nicht nur unverständlich, sondern asozial und rücksichtslos.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich beantrage für die SPD-Fraktion die Überweisung dieses Antrags an die zuständige städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie. Dort soll er intensiv beraten werden, dort kann auch unser Landesbehindertenbeauftragter Herr Dr. Steinbrück mitreden, mitberaten und seine Kompetenz einbringen.

Uns ist dieses Thema wichtig. Deshalb beantragen wir diesen Weg, der eine Forderung der Verbände aufgreift, nicht über Menschen mit Behinderungen zu reden, sondern mit ihnen zu reden.

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

Nach dieser sicher umfassenden kompetenten Beratung bin ich gern bereit, hier an dieser Stelle zu einem sicher gemeinsam getragenen Beschluss zu gelangen. Ich bitte Sie, unserem Antrag auf Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation zuzustimmen. - Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ihre Initiative, Frau Grönert, geht in die richtige Richtung. Wir werden auch zustimmen, diesen Antrag an die zuständige Deputation zu überweisen. Ich glaube, diese Schleife ist notwendig, weil einige Punkte, die wichtig sind, noch nicht erfasst sind. Wir müssen die Betroffenen beteiligen, wir müssen die Betroffenen hören, und das können wir machen. Wir müssen eine Bestandsanalyse durchführen, denn im Augenblick hat leider keiner so richtig Ahnung, wie eigentlich die Situation bezüglich Behindertenparkplätze in Bremen ist. Sie werden erst seit dem Jahr 2000, glaube ich, systematisch erfasst, von den anderen hat man im Augenblick schlichtweg keine richtige Ahnung. Bis auf die Tatsache, dass es sie gibt, dass viele von ihnen zu schmal und zu kurz sind, weiß man eigentlich herzlich wenig über sie.

Barrierefreiheit ist ein hohes Gut in einer modernen Großstadt. Sie ist auch in Bremen noch längst nicht erreicht. Wir müssen da besser und besser werden. Es ist ein Manko, dass bislang nur in der Innenstadt und in Bremen-Nord Behindertenparkplätze systematisch erfasst worden sind und die Abmessungen nicht kommuniziert werden. Das wird eine alternativlose Sisyphusarbeit werden, aber ich glaube, sie ist wirklich alternativlos, da müssen wir jetzt herangehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Frau Grönert, Sie haben schon die DIN-Norm erwähnt. Es muss geschaut werden, ob es nennenswerte Abweichungen von dieser gültigen DIN 18040 gibt, die eine Breite von 3,50 Metern vorsieht. Es wird auch zu prüfen sein, ob diese Behindertenparkplätze, von denen wir noch gar nicht genau wissen, wo es sie gibt, wie viele es davon gibt, überhaupt gut sichtbar sind und ob in angemessener Entfernung ein barrierefreier Zugang zu anliegenden Gehwegen zu finden ist. Davon haben wir im Augenblick keine Kenntnis, wir sind einigerma-

ßen ahnungslos bezüglich dieses ganzen Themas. Man muss dann perspektivisch bewerten - Stichwort demografischer Wandel -, wie es weitergeht. Wie müssen wir das Angebot eigentlich perspektivisch ausweiten? Es ist völlig klar, wir brauchen mehr und bessere Behindertenparkplätze.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie haben das Internetportal Verkehrsinfo Bremen erwähnt. Ich würde es gut finden, wenn wir im Internetportal aufnehmen würden, wo es Behindertenparkplätze gibt und welche Maße sie haben. Ich glaube, das reicht nicht ganz aus, da können wir, glaube ich, auch noch ein bisschen mehr machen.

Es wird ein neuer Stadtführer für Menschen mit Behinderungen vorbereitet, darin, finde ich, kann so etwas auch aufgenommen werden. Wenn Menschen solch einen Parkausweis beantragen, kann es gut und wichtig sein, dass sie eine Broschüre in die Hand bekommen, wo sich Behindertenparkplätze befinden, damit sie planen können, wie sie dorthin kommen, wo sie hinkommen möchten.

Eines wurde ja auch schon erwähnt, nämlich die Genehmigung. Ich finde es sehr erfreulich, dass das bei uns unheimlich schnell geht. Wenn Sie eine Genehmigung beantragen für einen Behindertenparkplatz, dann können Sie in der Regel, wenn Sie alles mitgebracht haben, was Sie dafür benötigen, die Genehmigung gleich mitnehmen, das finde ich sehr gut, und wenn der Antrag schriftlich eingereicht wird, dann hat derjenige, der die Genehmigung beantragt hat, sie nach drei Tagen in den Händen. Ich finde, da sind wir schon auf einem ganz guten Weg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich habe gesagt, dass wir in Sachen Barrierefreiheit besser und besser werden müssen. Eine Optimierung der Behindertenparkplätze ist dafür ein wichtiger Baustein. Wir haben in der letzten Bürgerschaftssitzung die Große Anfrage, „Wem gehört der Gehweg?“, debattiert: Er gehört ganz eindeutig den Fußgängerinnen und Fußgängern! Auf dem Fußweg gibt es immer mehr Menschen, die mit einem Rollator, einem Rollstuhl, aber auch mit einem Kinderwagen unterwegs sind. Sie verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit, und sie verdienen auch unseren besonderen Schutz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ihre Wege müssen ohne viele Barrieren, Blockaden, Einengungen und hohe Absätze und Kant-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

steine organisiert sein, als Fahrradfahrer sind auf dem Gehweg nur kleine Kinder erlaubt. Zur Barrierefreiheit gehören in besonderem Maße ebenerdige Querungen, das sei in diesem Zusammenhang aus aktuellem Anlass erwähnt, auch in diese Richtung des Hauses. Die drei Ampeln an der Kurfürstenallee beziehungsweise Richard-Boljahn-Allee und die vierte, die jetzt hinzukommt, sind im Sinne der Barrierefreiheit eine Notwendigkeit,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

und zwar für eine moderne Stadt. Man würde es nie wieder so planen, wie man es geplant hat. Ich habe die ganze Aufregung nicht verstanden. Wenn Sie da einmal unterwegs sind oder mit Ihren Kollegen von der CDU sprechen, die sich ja auch dafür ausgesprochen haben, dass diese vierte Ampel kommt, dann verstehe ich nicht, warum man nicht Barrierefreiheit als höchstes Gut begreift und die Geschwindigkeit und das Problem, dass es etwas länger dauert, einfach hintanstellt. Dies ist mir ein Rätsel geblieben, und das werden Sie mir wahrscheinlich auch nie erklären können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Aus aktuellem Anlass! Wer Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen nachhaltig und wirksam in den Fokus nimmt, der wird über die Reduzierung der Geschwindigkeit in der Stadt nachdenken müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber noch einmal das Kompliment: Ihr Antrag ist ein richtig guter Anfang! Ich hoffe, dass Sie die Wege, die ich skizziert habe und die wir gehen müssen, dann als CDU auch im Sinne einer barrierefreien Stadt mitgehen werden. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Sinne einer Debatteneffizienz werde ich jetzt nicht 23 verschiedene Themen in diesem Zusammenhang ausführlich diskutieren, sondern mich auf den Antrag beschränken, der hier gestellt worden ist.

Die Parkplatzsituation für Menschen mit Behinderungen soll verbessert werden. Dass sie verbes-

serungsbedürftig ist, haben wir in den vergangenen Debatten gehört. Wir wissen nicht, wie viele Parkplätze wir für Menschen mit Behinderungen haben und wo sie sich eigentlich befinden, zumindest nicht genau. Es gibt offensichtlich auch keine Bedarfsabschätzung. Das sind zwei Punkte, mit denen man sich befassen muss und um die ich diesen Antrag erweitern möchte.

Ich glaube, wir brauchen so etwas wie einen Kataster mit Parkplätzen für Menschen mit Behinderungen, wir brauchen aber auch eine Bedarfsanalyse neben den Informationen. Als Anregung, glaube ich, lässt sich auch feststellen, dass eine Bedarfsanalyse aus zwei Gründen wichtig ist. Einerseits brauchen wir genug Parkplätze für Menschen mit Behinderungen, andererseits ist es auch ärgerlich, wenn wir davon zu viele haben und eine andere Nutzung dann nicht mehr möglich ist. Deswegen wäre da so ein Feintuning sehr gut.

Ich habe mir überlegt, obwohl ich davon nicht betroffen bin, dass es vielleicht Tage, Gegenden und Uhrzeiten am Tag gibt, wo man auch temporär solche Flächen schaffen kann, wo man die Anzahl der Parkflächen unter Umständen zu bestimmten Zeiten vergrößert und wieder verringert. Dies ist nur eine Anregung, vielleicht kann man so etwas auch mit einbeziehen, weil Platz - ob auf der Straße oder auf den Gehwegen - nur ein knappes Gut ist, und deswegen muss man damit vorsichtig umgehen. Selbstverständlich hat Barrierefreiheit Vorrang.

Einen allgemeinen Hinweis auf unsere Anfrage hinsichtlich der DIN 18040! Wir haben ein Merkblatt des Magistrats gefunden, das besagt, diese sei für Bremen noch gar nicht eingeführt worden, sodass zurzeit eine ganz andere DIN gilt. Wenn die DIN 18040 allerdings voranschreitet, bin ich sehr wohl dafür, dass man sie jetzt schon im Geiste vorwegnimmt und dass man sie sobald wie möglich auch hier in Bremen einführt, damit entsprechend danach gebaut werden kann. Wir werden selbstverständlich der Überweisung an die Deputation zustimmen. - Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen offen sagen, dass ich es außerordentlich begrüße, dass wir dieses Thema hier in dieser Form, auch in dieser Ernsthaftigkeit besprechen, denn die Barrierefreiheit und die Verbesserung der Barrierefreiheit in Bremen sind auch mir ein ganz wichtiges Anliegen meiner Arbeit.

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Die gebaute Infrastruktur, die uns umgibt, hat ein langes Gedächtnis, das sage ich an verschiedenen Stellen immer wieder, und wenn wir heute in bestimmten Bereichen feststellen, dass sie unzulänglich ist gemessen an dem, was wir von dieser Infrastruktur erwarten, dann ist es eine Aufgabe, dass wir da herangehen, es ist aber auch eine langwierige Aufgabe, die wir uns dann nach Prioritäten einteilen müssen, sodass wir sie auch bewältigen können.

Wir haben heute, und das ist gut so, das sage ich ausdrücklich, andere Anforderungen an Barrierefreiheit, es ist ein viel wichtigeres Thema geworden. Ich erinnere mich noch an Zeiten, da wurden Menschen mit Behinderungen eher in Hinterzimmern versteckt, als dass man ihnen im öffentlichen Raum die Möglichkeit gegeben hat, sich zu bewegen, ein Recht, das alle anderen Menschen auch haben. Ich begrüße es außerordentlich, dass wir heute das Augenmerk auf die Barrierefreiheit lenken, und ich begrüße es auch, dass wir stetig daran arbeiten die Informationen zu verbessern, damit Sie wissen, Frau Schmidtke, wenn Sie Ausflüge machen wollen, an welcher Station Sie barrierefrei den Zug besteigen können oder nicht, wo Sie mit dem Auto hinfahren und auch Be- und Entladevorgänge vornehmen können und dergleichen.

Unsere gebaute Infrastruktur entspricht diesen Anforderungen in vielen Fällen noch nicht, und wir haben auch noch nicht die zentrale Datenhaltung, die wünschenswert wäre, das sage ich auch. Die Daten sollten verfügbar sein, auch kurzfristig. Wir haben sie schlicht noch nicht, weil wir in der Vergangenheit auf diese Dinge nicht so geachtet haben, wie wir heute darauf achten.

Im Jahr 2008 hat es eine Erhebung zu den Behindertenparkplätzen gegeben, die sich auf den vorhandenen Internetdarstellungen findet, sie ist natürlich nicht mehr aktuell. Ich habe jetzt mit der Fachabteilung in meinem Ressort gesprochen. Sie hat gesagt, wenn wir kurzfristig eine vollständige Darstellung bis zum Jahresende zur Verfügung stellen wollten, dann müssten wir ein Gutachten für 60 000 Euro vergeben. Ich überprüfe das noch einmal. Ich bin aber nicht sicher, ob das der richtige Weg ist, denn so erzeugen wir einen neuen Datenfriedhof, der wieder veralten wird. Das heißt, ich werde noch einmal intern klären, ob wir es nicht - das ist eigentlich meine Erwartung - in die Routineabläufe besser integrieren können, sodass die Straßenmeisterinnen und Straßenmeister, wenn sie herumgehen, quasi kontinuierlich schauen, wo solche Parkplätze sind, sie aufnehmen und wir die Daten auf diesem Weg kontinuierlich einspeisen. Das ist meiner Meinung nach der bessere Weg.

Frau Grönert, die Ihnen zugeleitete E-Mail kann man mir auch zuleiten, daran merke ich, dass un-

sere Informationssysteme noch nicht gut genug sind. Ich habe von solchen Problemen keine Kenntnis und sage Ihnen, dass da irgendwo in den Tiefen meiner Verwaltung oftmals solche Prozesse stattfinden, dass Menschen drei, vier Anläufe unternehmen, drei- oder viermal darauf hinweisen. Es mag ja Gründe geben, warum an einer bestimmten Stelle dann ein solcher Wunsch nicht realisierbar ist, aber wir können unsere Abläufe noch verbessern, das erkenne ich deutlich an dieser Debatte.

Ich sage Ihnen auch, ich sitze regelmäßig mit dem Landesbehindertenbeauftragten zusammen, wir haben einen Jour fixe, bei dem er auch Themen vorbringt. Herr Dr. Steinbrück hat dieses Thema dort noch nicht vorgebracht, das heißt, aus irgendwelchen Gründen hat das Thema noch nicht an allen Stellen die Radarschwelle, die Wahrnehmungsschwelle so weit erreicht, dass die Menschen sagen, so, das packen wir jetzt an. Das ist ab heute anders, deswegen finde ich es gut, dass wir das hier diskutieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir arbeiten, und das wissen Sie, an der kontinuierlichen Verbesserung der Barrierefreiheit oder Barrierearmut in allen Bereichen der gebauten Infrastruktur dieser Stadt. Wir führen Architektenwettbewerbe durch, mit denen wir schauen, wie wir die vorhandene Wohnbebauung, in der man damals keine Aufzüge eingebaut hat, im Zusammenhang mit unserem Wohnbauprogramm barrierefrei erschließen können, indem man ein Gebäude danebenbaut. Die GEWOBA hat einen solchen Wettbewerb ausgeschrieben unter dem Stichwort „Ungewöhnlich weiter wohnen“. Durch das Bauen eines weiteren Gebäudes mit einem Aufzug schafft man die Möglichkeit, auch vorhandene Bebauung barrierefrei zu erschließen. Das wird enorme Verbesserungen bringen, wenn so etwas realisiert wird und wir damit vorankommen.

Wir haben das Programm zur Umgestaltung der Bahnhöfe, mit dem wir, glaube ich, von 19 Bahnhöfen inzwischen 14 entweder fertig umgestaltet haben oder uns im Prozess befinden, sie auch barrierefrei zu erschließen. Wir haben im vergangenen Jahr den Bahnhofsvorplatz mit dem Blindenleitsystem neu der Öffentlichkeit übergeben, auch in enger Abstimmung mit den Behindertenverbänden und mit dem Landesbehindertenbeauftragten. Ich sage Ihnen hier zu, wir werden uns jetzt auch dieses Thema der Behindertenparkplätze systematisch ansehen.

Ich bin auch der Meinung, dass der Vorschlag, das in die Deputation zu überweisen und sich das dort anzusehen, der richtige Weg ist, weil wir uns die Standards und die Regelwerke anschauen

müssen, nach denen wir dies beurteilen. Bisher haben wir hier in Bremen einmal die Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen, die sogenannte RASt 06, die Bestimmungen enthält, und wir haben die bremische Barrierefreiheitsrichtlinie, die wir anwenden. Sie heißt mit langem Namen die Richtlinie der Freien Hansestadt Bremen zur barrierefreien Gestaltung baulicher Anlagen des öffentlichen Verkehrsraums, öffentlicher Grünanlagen und öffentlicher Spiel- und Sportstätten. Das sind für uns die Grundlagen.

Es mag gewisse Abweichungen geben zwischen der DIN 18040 und diesen Richtlinien, die im Moment die geltenden Regelwerke sind, und wir sollten das dann so zusammenführen und überarbeiten, dass wir dann den notwendigen Platzbedarf vorhalten können. Sie haben es ja eindrücklich geschildert: Auch wenn ich eine Rampe anbringen will an einen VW-Bus oder an einem anderen Fahrzeug, braucht das seinen Platz, weil man ein gewisses Gefälle dort nicht überschreiten darf.

Wir müssen bei allem auch die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung einhalten, deswegen gibt es zum Teil auch Grenzen, was die Umsetzbarkeit der Vorschläge zu persönlichen Parkplätzen angeht, aber auch das, schlage ich vor, schauen wir uns in der Deputation an, dann müssen wir das hier nicht erschöpfend diskutieren. Auch die Frage der zeitlichen Nutzbarkeit können wir uns noch einmal ansehen, auch da gibt es bestimmte gesetzliche Regelungen. Wir können uns anschauen, welche in jedem Fall gelten, welche wir von uns aus verändern können, und wo wir die Möglichkeit haben, das zu tun.

Ich sage jedoch abschließend noch einmal - und Sie wissen das, Sie konnten es auch der Presse entnehmen -, ich schaue mir bestimmte neuralgische Punkte, wo die Barrierefreiheit in Bremen nicht ausreichend ist, auch persönlich an. Ich hatte letzte Woche ein solches Erlebnis, bei dem ich wirklich gemerkt habe, wie Rollstuhlfahrer Angst haben, bestimmte Wege, die ihnen als vermeintlich gangbar erklärt werden, zurückzulegen. Wir standen oben auf der Brücke an der Richard-Boljahn-Allee, und eine Dame im Rollstuhl sagte: „Ich will hier nicht weiterfahren.“ Sie schaute von dieser Brücke herunter und sagte: „Ich will hier nicht weiterfahren.“ Wir haben sie zu dritt gehalten, weil sie fragte, ob wir umdrehen könnten. Ich habe ihr gesagt, wenn wir jetzt umdrehen, ist es genauso steil. Da wurde sie blass, und das ist für mich ein sehr beeindruckendes Erlebnis gewesen.

Ich sage Ihnen, das sind Punkte, die wir ändern wollen und müssen. Ich bin froh, wenn wir hier uns in diesem Hause einig sind, dass wir das ge-

meinsam machen. In der Deputation können wir diese Fragen dann weiter vertiefen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vorgesehen.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Zukunftsweisendes Konzept für Bremens Grünflächen vorlegen - Kein Personalabbau, keine Reduzierung der Grünanlagen und keine Absenkung der Pflegestandards

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 17. April 2013
(Drucksache 18/321 S)

Wir verbinden hiermit:

Attraktive Grünflächen erhalten - Umweltbetrieb Bremen neu aufstellen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. Mai 2013
(Drucksache 18/330 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegin-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

nen und Kollegen! Der Umweltbetrieb Bremen, jetzt im Wesentlichen bestehend aus der ehemaligen Abwasserverwaltung und Stadtgrün, steht vor einem meines Erachtens sehr ernstem Problem, und damit steht auch Bremen in mehrfacher Hinsicht vor einem sehr ernstem Problem.

Erstens: Der Umweltbetrieb Bremen ist zuständig für die Pflege der Grünflächen und der Friedhöfe. Zweitens: Der Umweltbetrieb Bremen ist zuständig für den sogenannten Totholzschnitt, also sie schneiden Äste aus Bäumen und fällen Bäume, die tot sind und bei denen die Gefahr besteht, dass sie beim nächsten Sturm einknicken oder abbrechen, sodass sie den Verkehr und die Sicherheit von den Menschen gefährden, die sich dort bewegen.

In der Auswertung der jetzigen Situation sind zwei Punkte klar. Erstens: Der Standard für viele Grünflächen ist schon gesenkt, und viele Grünflächen werden nicht mehr so gepflegt, wie sie es unserer Meinung nach verdient hätten. Zweitens: In der Deputation wurde auf eine Anfrage des Kollegen Saxe, wenn ich mich nicht irre, erklärt, dass es deutliche Engpässe im Totholzschnitt gibt. Das bedeutet - ich interpretiere jetzt einmal das Wort Engpass -, dass wir die Verkehrssicherheit jetzt gerade noch so gewährleisten können und dass wir die Standards bei der Grünpflege schon relativ weit abgesenkt haben.

Die Beschäftigten des Umweltbetriebs Bremen sagen manchmal, wir können sparen, wenn wir einmal weniger mähen. Da sagt jeder, das ist doch eine gute Idee, dann haben wir schnell etwas gespart. Ich wage es, zwei Dinge einzuwenden: Erstens, wenn man eine Weile nicht gemäht hat, ist es deutlich schwerer. Zweitens, einmal weniger mähen ist bei manchen Stellen in Bremen meiner Meinung nach schon kein Mal mehr, weil diese Flächen sowieso nur noch einmal im Jahr gemäht werden. Das ist also keine Alternative. Es ist keine Alternative für die Lebensqualität und für das Mikroklima, weil ich ziemlich sicher bin, dass Bremen diese Grünflächen mit ihren Bäumen, mit ihren Parks, aber auch die Friedhöfe, die ja den Charakter einer Grünfläche haben, eigentlich dringend braucht und dass wir es uns einfach nicht leisten können, diese Grünflächen noch weiter zu reduzieren.

Wir können es uns auch nicht leisten, sie in irgendeiner Weise verwahrlosen zu lassen. Das ist vielleicht nicht so schlimm für das Mikroklima, aber für die Lebensqualität der Menschen hier - sie wird ja an anderer Stelle immer beschworen, wenn man um Einwohnerinnen und Einwohner wirbt und sich darstellt - sind es keine guten Aussichten. Meines Erachtens geht es überhaupt

nicht, einen Zustand vorzufinden, bei dem die Sicherheit nicht mehr gegeben ist oder wo das Maß der Sicherheit sinkt, weil die Gefahr besteht, von einem umstürzenden Baum oder herabfallenden Ast erschlagen zu werden. So etwas kann man nicht gutheißen.

Jetzt will man diesen Umweltbetrieb neu organisieren. Erstens will man dringend die zwei Geschäftsführerstellen, zumindest aber eine Stelle wieder besetzen. Im Augenblick hat der Umweltbetrieb Bremen keinen Geschäftsführer, und wenn ich richtig gezählt habe, sind von sieben Bereichsleiterstellen fünf mehr oder weniger vakant, sie werden in Zukunft wohl nicht mehr besetzt sein. Da haben wir also auch ein internes Problem. Zweitens, es gibt ein Gutachten der Unternehmensberatung Ellendt & Herold, das auch besagt, dass man die Tatsache, dass der Umweltbetrieb Zuschüsse braucht, hervorragend wie folgt ändern kann: Wir reduzieren die Grünflächen und bauen von 482 Stellen 81 Stellen in den nächsten zehn Jahren ab, und dann läuft das alles wie geplant. Das kann man durch Schwerpunktsetzung und durch Nutzung von Synergieeffekten erreichen. Ich halte das für einen sehr gefährlichen Weg.

Insbesondere kann man den mittlerweile doppelten Aufwand für die Sicherstellung der Verkehrssicherheit nicht mit weniger Personal lösen. Es ist festgestellt worden, dass man früher Bäume alle vier bis fünf Jahre beschneiden musste, heute muss man es alle zwei Jahre machen, das steht in der Vorlage der Deputation. Das will man jetzt mit deutlich weniger Personal machen, obwohl man es heute schon nicht schafft. Das muss man hier erklären! In manchen Bereichen haben wir zwar durch Automation oder neue Geräte einen gewissen Platz, um Prozesse vielleicht ein bisschen effektiver zu gestalten, aber gerade für den Holzschnitt sind sie, glaube ich, schon sehr gut ausgestattet. Den Holzschnitt kann man auch nicht automatisieren, also einen Roboter durch die Gegend fahren lassen, ganz zu schweigen davon, dass er auch Geld kostet.

Es funktioniert nicht, dieses Konzept der Personalkürzung umzusetzen, ohne die Verkehrssicherheit, die Lebensqualität in Bremen und die Anzahl der Grünflächen zu gefährden.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt sagen manche, dass wir demnächst weniger Friedhöfe benötigen werden, diese Flächen müssen dann weniger als ein Friedhof gepflegt werden. Wir wollen aber doch daraus keine Parkplätze machen, sondern wir wollen möglicherweise diese Friedhöfe als Grünflächen erhalten, also ist

die Reduzierung der Friedhöfe auch nicht unbedingt der Königsweg. Deswegen haben wir den Antrag vorgelegt, mit dem wir ein Konzept für den Umweltbetrieb fordern, das eben nicht im Wesentlichen auf Personalkürzung, Verringerung der Grünflächen und Senkung der Standards setzt, sondern ein Konzept, das als Erstes sicherstellt, dass die Standards nicht gesenkt werden, dass die Grünflächen erhalten bleiben und dass der Personalabbau gestoppt wird.

Der Personalabbau kann so nicht weitergehen, schon deswegen nicht, weil in der Vergangenheit schon Personal abgebaut worden ist und mittlerweile die meisten Beschäftigten deutlich über 40 Jahre alt sind. Der Altersdurchschnitt liegt, glaube ich, gerade bei 52, 53 Jahren. Das ist ein Zustand, in dem man dringend neue Beschäftigte einstellen muss, die angelernt werden müssen. Sie müssen lernen, wie man die Arbeiten durchführt. Man braucht einen Übergang zwischen den Generationen. Es geht nicht, wenn man nur ungefähr jede zweite Stelle oder nur 60 Prozent der Stellen wieder besetzt und das auch nur vielleicht!

Als Letztes, und ich komme damit zum Schluss, meines Erachtens können die Probleme des Umweltbetriebs Bremen nicht durch die Verringerung der Aufgabenwahrnehmung gelöst werden, sondern die Lösung lautet, über neue Aufgaben zu streiten, zum Beispiel ein Konzept zu entwickeln, das den Umweltbetrieb Bremen, erneuerbare Energien und die ökologische Wirtschaft umfasst. Solche Konzepte brauchen wir und kein Konzept der Kürzung. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abg. **Gottschalk** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man genügend Geld hat, dann kann man damit nahezu jedes Problem zudecken, gelöst hat man das Problem damit allerdings noch nicht, und das gilt insbesondere auch für strukturelle Probleme. Zumeist ist es deshalb umgekehrt: Erst wenn nicht mehr genügend Geld vorhanden ist, muss man unweigerlich die strukturellen Probleme angehen, und so ist es auch ein Stück weit beim Umweltbetrieb Bremen.

Es ist daher aus unserer Sicht grundsätzlich richtig, dass beim Umweltbetrieb Bremen untersucht wird, wie Synergien im grünen Bereich besser erschlossen werden können, wie nicht mehr benötigte Friedhofsflächen reduziert und umgenutzt werden können und wie der Umweltbetrieb Bremen als Ganzes effizienter organisiert werden

kann. Das alles sind Aufgaben, die erledigt werden müssen und die eigentlich schon früher und mit mehr Nachdruck hätten angegangen werden müssen. Bei der Lösung dieser Aufgaben sind aber aus unserer Sicht insbesondere drei Punkte stärker zu beachten.

Erster Punkt: Die Aufgabe der besseren Organisation und Steuerung ist nicht nur eine Frage der Arbeitsebene des Betriebes, sie ist vor allem auch eine Frage der Führungsebene. Klar ist, der Betrieb braucht so schnell wie möglich eine neue und auch eine qualifiziertere Geschäftsführung. Damit allein ist es aber nicht getan.

Es gibt strukturelle Probleme in der Steuerung und der Führung des Betriebs, die gelöst werden müssen. Es muss insbesondere geklärt werden, wie eigenständig dieser Eigenbetrieb eigentlich operieren soll, wie die Arbeitsteilung zwischen Ressort und Umweltbetrieb Bremen optimiert werden kann, wie die Schnittstellen zwischen Ressort und Umweltbetrieb Bremen reduziert und insbesondere auch klarer definiert werden können und wie die Steuerungsinstrumente für den Betrieb insgesamt weiterentwickelt werden können. Das ist eine vordringliche Aufgabe, die unbedingt in nächster Zeit angegangen werden muss.

Der zweite Punkt! Bremen kommt nicht umhin, die Pflegestandards für die Grünflächen zu überprüfen. Diese Frage kann aber nicht allein betriebswirtschaftlich auf der Ebene des Umweltbetriebs entschieden werden. Die Pflegestandards wirken sich auf den Erlebniswert dieser Flächen und die Werterhaltung aus, und - Herr Rupp hat dies sehr ausführlich angesprochen - sie haben natürlich Folgen für die Verkehrssicherheit. Vor allem diese Frage ist in der Tat sehr sensibel.

Es gibt eingeständenermaßen schon jetzt Engpässe, und aufgrund des Klimawandels und des zunehmenden Alters des Baumbestands werden die Anforderungen an die Pflege in der nächsten Zeit noch weiter zunehmen. Es muss daher bei allen Überlegungen zu den Pflegestandards vor allem eines gewährleistet werden: Die Verkehrssicherheit darf darunter nicht leiden. Deshalb können nicht allein Zahlen über die weitere Entwicklung der Arbeitskräfte entscheiden, sondern es muss auch vermittelt werden, welchen Einfluss sie auf das Arbeitsvolumen und die Struktur dieser Arbeit haben. Da, glauben wir, muss noch einiges nachgearbeitet werden.

Dritter Punkt! Der Umweltbetrieb Bremen steht in personeller Hinsicht vor großen Problemen. Die Altersstruktur ist extrem unausgewogen und die Belegschaft zunehmend überaltert. Gleichzeitig weist sie nicht zuletzt aus diesem Grund einen

sehr hohen Krankenstand mit erheblichen Ausfallzeiten auf. Es ist daher zum einen nötig, dass eine ausgewogenere Altersstruktur geschaffen wird, insbesondere auch durch die Übernahme der Lehrlinge, die nach ihrer Lehrzeit in möglichst großer Zahl übernommen werden sollten. Zum anderen ist es dringend nötig, dass ein neues und auch effektiveres Gesundheitskonzept erarbeitet wird. Dieses Gesundheitskonzept sollte unserer Meinung nach gemeinsam mit dem Personalrat erarbeitet werden.

Wir glauben auch, dass nicht nur dieses Konzept mit dem Personalrat erarbeitet werden sollte. Mit der Berufung einer neuen Geschäftsführung sollte zugleich auch insgesamt ein Neuanlauf für eine bessere Kooperation zwischen der Geschäftsleitung und dem Personalrat in diesem Betrieb versucht werden, denn der Umweltbetrieb Bremen hat dies bei all den Herausforderungen, vor denen er steht, bitter nötig. - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Umweltbetrieb Bremen übernimmt eine Vielzahl von Aufgaben als Eigenbetrieb. Die 550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Bereich der Grünpflege, der Grünplanung, der Friedhofspflege und -verwaltung, in Bremen-Nord für die Straßenreinigung, für die Stadtentwässerung und im Bereich der Deponie und Abfallentsorgung tätig.

Das ist zum Teil eine Mammutaufgabe, vor allem, wenn man bedenkt, dass das zum Beispiel die Baumpflege - das wurde ja angesprochen - und damit auch die Wahrung der Verkehrssicherungspflicht von fast 400 000 Parkbäumen und 67 000 Straßenbäumen bedeutet. Insofern möchte ich zunächst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltbetriebs Bremen meine absolute Wertschätzung und Anerkennung für ihre tägliche Arbeit aussprechen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch ein Eigenbetrieb muss jedoch zukunfts- und konkurrenzfähig am Markt agieren können. Er darf kein starres, unflexibles Gebilde sein, denn auch der Umweltbetrieb Bremen muss sich zum Teil gegen privatwirtschaftliche Betriebe behaupten können, zum Beispiel bei der Vergabe von Aufträgen zur Grünpflege für Sportvereine. Auch der Umweltbetrieb Bremen muss mit seinen Finanzen

und dem Haushalt auskommen, daran führt kein Weg vorbei.

Umstrukturierungsmaßnahmen werden hierbei zu einem effizienten Betrieb führen. Ich weiß, dass die Gewerkschaft befürchtet, dass weitere Einsparungen beziehungsweise Umstrukturierungen die Zukunftsfähigkeit des Betriebs gefährden könnten, aber in der Form, in der der Betrieb jetzt aufgestellt ist, ist er meiner Meinung nach nicht zukunftsfähig. Um die Zukunftsfähigkeit zu sichern, ist eine Umstrukturierung unumgänglich. In der Umstrukturierung liegt auch eine riesige Chance, die man wahrnehmen sollte. In jedem größeren Betrieb werden regelmäßig und stets unter Beteiligung engagierter Betriebsräte Umstrukturierungsmaßnahmen durchgeführt, um überlebensfähig zu sein, auch hier in Bremen, also sollte sich auch der Umweltbetrieb Bremen auf den Weg machen.

Was genau bedeutet das Wort Umstrukturierungsmaßnahmen? Herr Rupp hat auf das Gutachten von Ellendt & Herold hingewiesen. Ich möchte daraus einige Punkte hervorheben, die hier noch keine Erwähnung gefunden haben. Grünpflegeeinheiten, Parks und Friedhöfe sollen zusammengefasst werden. Ich finde das sehr sinnvoll, denn wer Hecken und Bäume in einem Park pflegen kann, kann dies auch auf Friedhöfen tun. Das bedeutet zum Beispiel, dass im Krankheitsfall das Personal viel flexibler in den Bereichen eingesetzt werden kann.

Die Einsatzgebiete und damit auch die Einsatzteams pro Standort sollen vergrößert und zusammengefasst werden. Auch hier gilt wieder: mehr Flexibilität im Einsatz, weniger vorzuhaltende Geräteschuppen, weniger Fahrzeuge und Maschinen und damit auch geringere Kosten bei gleicher Leistung. Es soll mehr gemeinsame Sammelstellen für Grüngut und Kompost geben. Anstatt auf jedem Friedhof oder in jedem Park eine Sammelstelle zu haben, soll es zukünftig eine zentrale Grünschnittsammelstelle geben, und die dort gesammelten Materialien sollten, wenn es nach uns geht, möglichst auch energetisch verwertet werden.

Die Friedhofsentwicklungsplanung ist vorhin auch schon angesprochen worden. Wir haben aufgrund der großen Anzahl von Urnenbestattungen mehr Friedhofsflächen zur Verfügung als benötigt, daher müssen diese meiner Meinung nach effizienter genutzt werden. Das heißt, Gräber sollen nicht weiträumig verteilt, sondern konzentriert angelegt werden, um den Pflegeaufwand auf den restlichen Flächen zu optimieren. Ich bleibe dabei, dass sich diese Flächen hervorragend als Kompensations- oder Ausgleichsflächen eignen würden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Generell gilt, dass das Grünpflegekonzept und der entsprechende Arbeitsaufwand überdacht werden müssen, darin stimme ich meinen beiden Vorrednern zu. Weniger Pflegeaufwand muss aber nicht zwangsläufig immer negativ sein, im Gegenteil, oftmals kann eine Reduzierung des Pflegeaufwands, zum Beispiel durch geringere Mähfrequenzen, einer extensiveren Bewirtschaftung oder einer robusten, pflegeleichteren Bepflanzung, zu einer ökologischen Aufwertung der Fläche führen. Ich bin dafür, dass man alle Flächen in Bremen genau unter die Lupe nimmt.

Ich erinnere mich an die Begehung, die wir letztes Jahr mit einigen Abgeordneten und dem Umweltbetrieb Bremen vorgenommen haben. Der Park in der Neustadt direkt an der Eisenbahnbrücke, in den überhaupt keine Bürgerinnen und Bürger gehen,

(Abg. Frau Krümpfer [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

kann meines Erachtens deutlich extensiver bewirtschaftet werden. Verkehrsinseln müssen meines Erachtens nicht mit hohen Kosten und hohem Arbeitsaufwand mehrmals im Jahr neu bepflanzt und die alten Blumen - jetzt sind es gerade die Stiefmütterchen - nach kurzer Zeit wieder herausgerissen und entsorgt werden. Das ist auch eine Form von Wert- oder Geldvernichtung. Es gibt gute Beispiele aus anderen Städten, in denen Verkehrsinseln liebevoll mit insektenfreundlichen mehrjährigen Pflanzen bepflanzt werden.

Ich bin dafür, dass man sich für neue Grünpflegekonzepte öffnet, das heißt, auch die Hilfe und das Engagement von Bürgerinnen und Bürger annimmt, Baumpatenschaften ernsthafter betreibt. Ein wichtiger Punkt ist, wenn man Gelder akquiriert, dass man auch Transparenz in den Leistungs- und Kostenkatalogen vorlegen muss. Für uns ist die Wahrung der Verkehrssicherungspflicht von Bäumen oberstes Gebot, aber wenn das langfristig - und das war ja Teil des Berichts in der Deputation - nicht vom Umweltbetrieb Bremen gewährleistet werden kann, dann muss man auch über Fremdvergaben nachdenken.

(Glocke)

Ich komme sofort zum Schluss, Herr Präsident!

Der Umweltbetrieb Bremen ist absolut reformbedürftig hinsichtlich der Effizienz, der Optimierung von Arbeitsabläufen, der Finanzierung, eines extrem hohen Krankenstands und des Betriebsklimas. Daher müssen die Steuerungs- und Führungsstrukturen des Betriebs überprüft und opti-

miert werden. Natürlich wollen wir langfristig eine ausgewogenere Altersstruktur, auch durch die Übernahme der Auszubildenden, und ein Gesundheitskonzept, da sich kein Betrieb einen Krankenstand von zwölf Prozent betriebswirtschaftlich leisten kann.

Natürlich muss im Rahmen der längerfristigen Planung geprüft werden, ob die Eingliederung beziehungsweise Verlagerung weiterer Aufgaben in den Umweltbetrieb Bremen, UBB, sinnvoll ist. Natürlich wird man dabei auch eine mögliche Rekommunalisierung der Abfallentsorgung und der Straßenreinigung in Betracht ziehen müssen. Ich erwarte aber - und damit komme ich zum Schluss - von allen Beteiligten, von uns aus der Politik, von der Geschäftsführung, aber auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Bereitschaft, konstruktiv und verantwortungsvoll die Zukunft des Eigenbetriebs zu gestalten, und das beinhaltet auch die Bereitschaft zu Veränderungen. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff (CDU)**¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde Bremen toll. Bremen ist eine lebenswerte Stadt,

(Beifall bei der CDU)

das wird uns auch immer wieder in verschiedensten Umfragen bescheinigt. Dass sie so lebenswert ist, liegt auch an unseren Grünanlagen, unseren tollen Parks und an dem Grüngürtel um Bremen herum.

(Abg. Hinners [CDU]: Aber nicht an den Grünen!)

Unser ganzes Grün muss natürlich auch gepflegt werden - jeder, der einen Garten hat, weiß das -, denn wir leben hier in einer Kulturlandschaft und nicht in einer Naturlandschaft. Bisher hat diese Pflege Stadtgrün durchgeführt, mittlerweile ist sie vom Umweltbetrieb Bremen übernommen worden. Dabei hat die Grünpflege in den letzten 15 Jahren auch viele Veränderungen und Umstrukturierungen erlebt, und wie es bei Umstrukturierungen nun einmal immer so ist, gibt es Sonnen- aber auch Schattenseiten.

Die jetzige Situation ist schwierig. Umfangreichere Flächen werden von weniger Personal bewirtschaftet, der Krankenstand sowie der Altersdurchschnitt sind hoch. Die vollmundige Verspre-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

chung des Umweltressorts, dass mit der Neugründung des Umweltbetriebs Bremen alles besser werden würde, hat sich wieder einmal nicht bewahrheitet. Hier muss unbedingt etwas geschehen. Optimierte werden müssen die Arbeitsebene, die Führungs- und Steuerungsebene und die Schnittstellen zur Behörde.

Herr Senator, Sie müssen sich schon einmal die Frage gefallen lassen, warum es noch keinen neuen Geschäftsführer gibt! Seit eineinhalb Jahren wissen wir, dass der alte Geschäftsführer nicht mehr zur Verfügung stehen wird, jetzt ist er ausgeschieden. Ich möchte von Ihnen gern wissen, wann denn endlich ein neuer kommt. Wann wollen Sie das endlich einmal einleiten? Nicht zu handeln ist kontraproduktiv, Herr Senator!

Ich komme zunächst zum Antrag der LINKEN! Herr Rupp, Ihrem Antrag können wir nicht zustimmen, denn Sie machen es sich wie immer zu leicht. Sie möchten, dass alles so bleibt wie bisher, nur mit mehr Personal und mehr Geld. Ende der Achtzigerjahre hatten wir so etwas schon einmal hier in Bremen, und die Situation hatte sich damals schon nicht verbessert. Deswegen wünsche ich mir, dass Sie kreativ neue Wege mit uns beschreiten, anstatt solche Anträge zu formulieren.

Den Antrag der Koalition finden wir in weiten Teilen richtig, aber wir beantragen getrennte Abstimmung, denn dem Punkt 2 des Antrags können wir nicht zustimmen, darin heißt es: „Es soll überprüft werden, ob eine ökologische Aufwertung von Flächen zu effizienterem Pflegeaufwand führt.“ Das haben Sie ja schön verklausuliert. Sie hätten auch schreiben können: Weniger pflegen und mähen bedeutet mehr Ökologie.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das stimmt ja auch, daran ist etwas Wahres!)

Seit Jahren ist die CDU-Fraktion der Meinung, dass unser Straßenbegleitgrün, unsere Parks und unsere Grünanlagen in großen Teilen nicht gut genug gepflegt sind, und Sie kommen daher und wollen noch weniger pflegen. Das wird die CDU-Fraktion nicht unterstützen! Gerade weil wir uns als Tourismusstandort verstehen, müssen wir doch Wert darauf legen, ein gepflegtes Stadtbild zu haben. Blumen vor der Wallmühle reichen da nicht aus.

Lassen Sie mich zuletzt noch etwas zur Ziffer 7 Ihres Antrags sagen! Zu prüfen, ob der Umweltbetrieb Bremen weitere Aufgaben übernehmen soll oder nicht, ist in Ordnung, doch bezüglich Ihres Begehrens nach Rekommunalisierung möchte ich den Antragstellern empfehlen, sich einmal im Ar-

chiv des „Weser-Kuriers“ zu informieren, denn in den Neunzigerjahren, als die Abfallentsorgung noch in kommunaler Hand war, gab es fast jeden Monat einen Skandal. Das wollen wir alle nicht, und deswegen bitten wir Sie darum, dass wir Ihre Unterstützung bekommen, die Ziffer 2 Ihres Antrags abzulehnen und die Ziffer 7 dementsprechend auch mit Bedacht auszuführen. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Imhoff, manchmal lohnt es sich zu lesen, was wir beantragen, und nicht schon zu vermuten, dass man, allein wenn auf dem Antrag DIE LINKE steht, schon weiß, was da steht, weil Sie ausnahmsweise einmal Unrecht haben.

Wir wissen, dass wir oft mehr Geld für verschiedene Dinge fordern, aber wir haben gesagt, wir wollen ein Konzept, in dem die Standards nicht gesenkt werden. Da sind Sie mir jetzt fast gefolgt. Wir wollen auch, dass die Grünflächen als solche erhalten bleiben, da sind Sie mir gefolgt.

Dann sagen wir, wir wollen nicht mehr Personal, sondern wir wollen den weiteren Personalabbau stoppen. Für mich ist das ein Unterschied, weil ich weiß, dass wir eigentlich jetzt schon zur Lösung der Aufgaben zu wenig Personal haben, und wir wissen, dass die Aufgaben mehr werden, und wenn ich dann noch Personal reduziere, verstehe ich die Logik nicht.

(Abg. Imhoff [CDU]: Aber es gibt auch andere Wege!)

Wir haben nicht gesagt, mehr Personal, wir haben gesagt, wir müssen jetzt den Personalabbau stoppen, weil ich davon überzeugt bin, dass man den zweiten Schritt nicht vor dem ersten machen darf.

Ich bin sehr dafür, dass man einen Teil dessen, was in dem Gutachten steht, umsetzt. Man kann gern prüfen, ob man mit weniger Pflege ökologische Standards hebt, man kann gern prüfen, was man mit überflüssigen Friedhofsflächen macht. Das alles ist völlig unbenommen, das finde ich notwendig, und es ist auch richtig. Es jedoch andersherum zu machen, also erst zu sagen, wir bauen in zehn Jahren 60 Stellen ab, um dann zu schauen, wie wir das mit dem reduzierten Perso-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

nal noch irgendwie hinbekommen, halte ich für den falschen Weg.

Ich halte es für den richtigen Weg zu sagen, wir haben dort ungefähr 480 Arbeitsplätze, das sind gute Arbeitsplätze, das sind Arbeitsplätze mit qualifiziertem Personal mit Know-how, und diese Arbeitsplätze gilt es meines Erachtens zu erhalten. Man kann sie erhalten, indem man unter Umständen den Materialaufwand senkt, indem man Synergieeffekte nutzt und die frei werdenden Arbeitskapazitäten dazu nutzt, als erstes den Druck auf die Beschäftigten zu senken, und wenn man dann noch Personal hat, dann kann man schauen, ob man sich noch zusätzliche Aufgaben holt. Auslagerung führt in der Regel nicht zu einer deutlichen Verbilligung der Kosten, es sei denn, man nimmt Mindestlohn und prekäre Beschäftigung in Kauf. Es ist die Meinung in diesem Hause, dass man das genau nicht will.

(Vizepräsidentin Schön übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen lehnen wir auch den Antrag der Koalition ab, weil er unserer Meinung nach die falsche Reihenfolge beschreibt.

Wir müssen zunächst dafür sorgen, dass das Know-how und die Arbeitsplätze des Umweltbetriebs Bremen erhalten bleiben, dass die Beschäftigten dort nicht mehr unter den jetzigen Bedingungen arbeiten müssen, dass die Sicherheitsstandards und die Grünflächen erhalten bleiben, möglicherweise andere, als wir sie jetzt haben. Wenn wir das erreicht haben, können wir schauen, was wir sonst noch machen, wenn wir denn Personal übrig haben. Das ist, finde ich, ein zukunftsgerichtetes Konzept, und - das habe ich eben gesagt - ein Konzept, das diesen Ansatz nicht mitträgt, ist zu wenig.

Allerdings bin ich gespannt, was aus dem Antrag der Koalition wird, wir werden den Prozess des Umweltbetriebs Bremen weiterhin kritisch begleiten. Ich habe zumindest registriert, dass ein Großteil der Probleme angekommen ist. Auch wenn wir unterschiedliche Lösungen vorschlagen, ist es ja möglicherweise ein erster Schritt. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abg. **Gottschalk** (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden die Entwicklung der Zahl der Arbeitskräfte diskutieren, und zwar vor allen auch im Zusammenhang mit anfallenden Arbeiten und mit den Standards, die wir dort gesetzt haben wollen. Das muss zusam-

men diskutiert werden, nicht das eine vom anderen gelöst, das gehört zusammen und ist aus unserer Sicht der richtige Weg.

Ich möchte aber gern noch ein anderes Thema ansprechen, das hier schon angeklungen ist, und zwar haben wir in Ziffer 7 unseres Antrags die Forderung aufgenommen, dass bei einer längerfristigen Planung, die wir für den Umweltbetrieb brauchen, auch berücksichtigt werden muss, dass im Jahr 2018 die Konzessionen für die Abfallentsorgung und die Stadtreinigung auslaufen. Da ist es aus unserer Sicht ganz klar, dass die Stadt Bremen in Richtung auf das Jahr 2018 überlegen muss, ob sie diese Abfallentsorgung und Straßenreinigung rekommunalisieren will, wenn ja, in welchem Umfang und wie das funktionieren soll oder funktionieren könnte.

Herr Imhoff, es kommt aber noch ein zweiter Punkt hinzu: Sie lesen alte Zeitungen und leiten daraus bestimmte Erwartungen für die Zukunft ab.

(Abg. Imhoff [CDU]: Nur dass Sie es verstanden haben, wir stimmen dem Punkt zu! - Heiterkeit)

Gut, das ist sehr schön, dann werde ich Ihnen auch noch ein zusätzliches Argument dafür liefern, dass Sie denn auch zustimmen!

(Abg. Strohmann [CDU]: Versauen Sie es jetzt nicht! - Heiterkeit)

Herr Strohmann, vielen Dank für den Hinweis! Sie kennen Herrn Imhoff am besten, das weiß ich, aber ich versuche es trotzdem!

Wir müssen einfach Folgendes bedenken: Im Jahr 2018 kann es von der Gesamtsituation her passieren, selbst wenn wir auf die Rekommunalisierung verzichten würden, dass die ENO in dieser Form den Auftrag nicht mehr bekommen würde. Wir müssen vor diesem Hintergrund sehen, dass es einen Vertrag der Beschäftigten gibt, dass sie in solch einem Fall, wenn die ENO in Insolvenz gehen würde, in den öffentlichen Dienst zurückkehren können. Dann stünden wir vor der Frage, wo rund 300 Arbeitskräfte untergebracht werden und mit welchen Tätigkeiten sie betraut werden. Es ist völlig klar, wenn man sich das anschaut, dass man das auch gerade aus der Perspektive des Umweltbetriebs Bremen überlegen muss, denn es sind keine anderen Möglichkeiten im Raum, wie wir das zu handhaben hätten.

Man könnte sagen, das Jahr 2018 ist noch weit weg. Tatsächlich ist es aber so, dass wir spätestens im Jahr 2016 bereits wesentliche Grundfragen beantworten müssen. Deshalb ist es aus unserer Sicht so, dass es jetzt bereits höchste Zeit

ist, um mit den Vorbereitungen und den Vorarbeiten zu beginnen.

In der Summe ist aus unserer Sicht noch einmal festzuhalten, und das ist uns sehr wichtig, uns liegt sehr daran, dass der Umweltbetrieb Bremen fit für die Zukunft gemacht wird, dass er auch fit gemacht wird für zusätzliche Aufgaben gerade auch im Bereich der möglichen Rekommunalisierung.

Aus diesem Grunde, Herr Rupp, haben Sie zwar das Verdienst, dieses Thema hier eingebracht zu haben, das finde ich gut, aber ich meine, dass Ihr Antrag zu kurz greift, wir werden ihm deshalb nicht zustimmen. Ich bitte um die Zustimmung zu unserem Antrag! - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, zu Beginn meines Wortbeitrags muss ich einmal mit ein paar Märchen aufräumen, die ich hier in der letzten Dreiviertelstunde gehört habe.

Das erste Märchen ist, dass der Umweltbetrieb Bremen keinen Geschäftsführer hätte. Er hat einen Geschäftsführer, der bis zum 15. Juni 2013 im Amt ist, danach müssen wir eine Lösung finden. Es ist nicht so - wie hier vermutet wurde von denjenigen, die es besser wissen könnten, da sie selbst Mitglied im Betriebsausschuss sind und sich dort aus erster Hand informieren können -, dass wir schon seit zwei Jahren wissen, dass der Geschäftsführer bis zum 15. Juni 2013 im Amt ist, sondern es ist so, dass wir das seit zwei Monaten wissen. Jetzt frage ich Sie, was Sie eigentlich von mir erwarten, was für eine Personaldisposition wir im Ressort betreiben, dass wir für Stellen, von denen wir wissen, sie werden in zwei Jahren vakant, jetzt schon Personal rekrutieren und Nachfolgelösungen haben, das kann ja gar nicht funktionieren.

Das zweite Märchen ist, dass wir jetzt mit Kürzungen der vergangenen Jahre zu tun hatten. Ja, es hat einmal Kürzungen gegeben, aber nicht in den vergangenen Jahren. In den vergangenen Jahren haben wir Budgets gesteigert, das heißt, wir tun mehr und nicht weniger für die Grünpflege, wir tun mehr und nicht weniger für die Verkehrssicherungspflicht. Das Budget betrug im Jahr 2009 8,8 Millionen Euro, im Jahr 2013 stehen 10,1 Millionen Euro zur Verfügung, für die Jahre 2014/2015 sind wir gerade dabei, den Doppelhaushalt aufzustellen. Unser Ressort hat sich unter Mühen und

Schmerzen - Sie wissen, wie eng die Haushaltsaufstellung ist - durchgerungen, die Mittel noch einmal sehr deutlich aufzustocken, und zwar um 400 000 Euro für die Pflege der Straßenbäume. Hinzu kommt natürlich noch die Tarifierhöhung, mit der wir rechnen, das werden auch noch einmal 240 000 Euro sein. Das heißt, wir geben hier mehr und nicht weniger Geld für die Grünpflege und für die Verkehrssicherung aus. Ich würde mich freuen, wenn das von denjenigen, die im Betriebsausschuss sitzen und dort diese Zahlen aus erster Hand bekommen, dann hier auch richtig vorgetragen würde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein drittes Märchen, mit dem ich aufräumen möchte, ist, dass die Verkehrssicherheit nicht mehr gegeben ist: Das ist falsch! Richtig ist, dass die Verkehrssicherungspflicht ein ernstes Thema ist, mit dem wir uns beschäftigen müssen und bei dem wir merken, dass die Reserven im Moment weniger werden, und deswegen müssen wir uns diesen Bereich genau anschauen. Ich kenne das aber auch aus anderen Städten, das ist nicht nur hier in Bremen ein Thema, das war auch in Kassel ein Thema, wo ich vorher tätig war. Man legt dort immer eine entsprechende Vorgehensweise fest, indem man Prioritäten bildet, welche Bereiche besonders gefährdet sind, und indem man dort systematische Pläne entwickelt und Schwerpunkte setzt, wie die Verkehrssicherungspflicht dort aufrechterhalten werden kann, damit eben nicht die Verkehrssicherheit gefährdet ist.

Richtig ist auch: Wenn wir an den Strukturen nichts ändern, konkurriert der Aufwand, den wir da vermehrt betreiben müssen, solange wir nicht mehr Geld in den Haushalt einstellen, mit dem Aufwand, den wir in der sonstigen Grünpflege noch leisten können. Deswegen müssen wir sehen, dass wir die richtigen Schwerpunkte setzen und auch die Strukturen entsprechend anpassen.

Eines wurde angesprochen, und das ist richtig, und damit müssen wir uns auch auseinandersetzen: Der Altersdurchschnitt der Belegschaft des UBB ist im Moment relativ hoch. Wir haben einen hohen Krankenstand, und das hängt auch mit der Arbeitsverdichtung und den Überlastungsphänomenen in bestimmten Bereichen, nicht überall, zusammen, und deswegen müssen wir uns diesem Thema widmen.

Es ist aber auch so, dass wir unter den allgemeinen Sparzwängen, unter denen wir stehen, systematisch Jahr für Jahr der PEP-Quote unterliegen, der Personaleinsparquote, die wir in vielen Bereichen der Verwaltung beklagen. Es ist so, dass wir unseren Haushalt in dieser Weise konso-

lidieren müssen, allerdings ist die Situation im UBB weniger drastisch als in anderen Bereichen der Verwaltung, weil er die niedrigere Personaleinsparquote für die dienstleistungs- und kunden-nahen Ämter tragen muss, das heißt, er hat nicht die hohe Einsparquote, die wir in der inneren Verwaltung realisieren müssen. Wir schauen uns aber die Altersstruktur und auch die Frage, wie der schrittweise Personalabbau zu verkraften ist, systematisch an, sowohl im Ressort als auch im Betriebsausschuss, in dem einige von Ihnen ja auch vertreten sind.

Ich möchte an dieser Stelle einmal einen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UBB aussprechen! Sie machen trotz der schwierigen Bedingungen hervorragende Arbeit. Ich freue mich auch über den guten Zustand der Grünanlagen in vielen Bereichen der Stadt. Bremen hat ganz hervorragende Grünanlagen vorzuweisen, die die Lebensqualität und die Attraktivität dieser Stadt ausmachen und die diese Stadt auch für Touristinnen und Touristen so attraktiv machen, dass wir uns in den letzten Jahren über stetig steigende Besucherzahlen freuen konnten.

(Glocke)

Vizepräsidentin Schön: Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rupp?

Senator Dr. Lohse: Ja, das können wir einmal machen!

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Schön: Bitte sehr, Herr Rupp!

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Herr Senator, ich entnehme einer Vorlage der Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr, dass sich das Auftragsvolumen für Straßenbaumpflege von 2005 bis 2012 verdoppelt hat. Glauben Sie persönlich, dass man durch entsprechende technische Maßnahmen den doppelten Arbeitsumfang mit weniger Personal erledigen kann, oder halten Sie das für schwierig?

Senator Dr. Lohse: Ich werde im weiteren Verlauf meines Vortrags auf diese Frage eingehen!

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Dann bin ich ja beruhigt!)

Wir haben jetzt unter Einschaltung eines externen Beraters - und auch das kennen Sie, Herr Rupp - Vorschläge erarbeitet, wie wir die Organisations- und die Kostenstruktur des Umweltbetriebs Bremen verbessern können. Wichtig ist mir an dieser Stelle, dass wir von Anfang an den Personalrat daran beteiligt haben. Deswegen war ich auch ein

bisschen verwundert, als vor einigen Wochen der Personalrat zu einem Zeitpunkt zu einer Demonstration aufgerufen hat, als wir im konstruktiven Gespräch miteinander waren, wie wir Maßnahmen ergreifen können. Ich hätte mir gewünscht, dass man sich tatsächlich auch konstruktiv weiter miteinander zusammensetzt, wir werden das aber auch von uns aus weiter tun.

Das Ziel ist die Erhaltung einer ausreichenden Grünpflege, die Nutzbarkeit der Grünanlagen und die Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht. Der Betriebsausschuss hat die Vorschläge des Gutachters am 19. April 2013 zur Kenntnis genommen. Es wird dort - Herr Rupp, damit komme ich auch zur Beantwortung Ihrer Frage - gewisse Umstrukturierungen geben, die die Schaffung größerer Personaleinheiten betreffen, die bislang sehr kleinteilig sind, und auch die Neufassung sowie die Zusammenlegung von bestimmten Bezirken und Zuständigkeitsbereichen.

Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele! Wir werden, wenn wir die Vorschläge so umsetzen, die Verkehrssicherungspflicht anders organisieren. Wir werden sie in einem zentralen Referat zusammenfassen und damit etwas vermeiden, was im Moment eintritt: Wir haben verschiedentlich die Situation, dass sich eine Gruppe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in einer Grünanlage befindet, dort die Hecke schneidet oder den Rasen mäht, und dann müssen auch noch Bäume geschnitten werden, der Hubsteiger ist aber noch nicht da. Dann müssen sie warten, bis der Hubsteiger kommt, das heißt, es gibt Leerlaufphasen, in denen mehrere Beschäftigte nicht hundertprozentig effektiv tätig werden können. Das wollen wir organisatorisch verändern, indem wir die Einheit, die die Verkehrssicherungspflicht großräumiger realisiert, anders organisieren, so dass die Beschäftigten immer dann, wenn sie vor Ort sind, auch das Werkzeug vor Ort haben, denn nur dann kann man effizient arbeiten.

Im Moment ist mit der Zusammenlegung von Betriebshöfen schon begonnen worden, und das wird die Situation auch vereinfachen. Im Augenblick hat jeder Friedhof seinen eigenen Betriebshof, und wir haben noch circa zehn - ich weiß die Zahl nicht ganz genau - Betriebshöfe im sonstigen Stadtgebiet. Das heißt, der Bereich der Grünpflege hat seine Betriebshöfe, die Friedhöfe haben ihre Betriebshöfe, und das sind sehr viele. Man muss sich natürlich anschauen, ob das eine effiziente Struktur ist, oder ob das effizienter betrieben werden kann, indem Maschinen und Werkzeuge in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden, aber auch das Personal, um diese Aufgaben erledigen zu können. Es geht bis hin zu der Frage, ob auf Friedhöfen, auf denen circa zehn Be-

stattungen im Jahr stattfinden, das ganze Jahr Personal anwesend sein muss, um den Friedhof zu betreuen. Ich mache zumindest ein Fragezeichen dahinter. Es muss möglich sein, sich solche Prozesse anzuschauen und zu sehen, ob wir das anders organisieren können.

Genau das sind die Vorschläge, die der Gutachter erarbeitet hat und die wir jetzt umsetzen wollen. Wir werden das auch weiter mit dem Betriebsausschuss abstimmen und mit dem Personalrat und den Beschäftigten besprechen und umsetzen.

Meine Damen und Herren, ich sage hier ganz deutlich, wir werden der Situation nicht entgegen können, indem wir rufen, wir brauchen mehr Geld und mehr Personal. Damit werden wir hier nichts erreichen, wir müssen uns mit den Veränderungen auseinandersetzen. Im Detail wird es Gestaltungsspielräume geben. Es ist an keiner Stelle das letzte Wort gesprochen, aber wir werden die Vorschläge des Gutachters zur Verbesserung der Kosten- und Organisationsstruktur umsetzen.

Es ist noch etwas zu den Pflegekonzepten für Grünanlagen gesagt worden, das auch so nicht stimmt. Die Pflegestufen werden mit den Ortsbeiräten jeweils im September für das folgende Jahr abgestimmt. Wir werden dort schauen müssen, ob wir alle Pflegestandards so erhalten können, wenn die Mittel knapper werden. Es muss aber auch erlaubt sein zu schauen, ob das, was wir bisher für richtig gehalten haben, auch künftig der allein selig machende Weg ist oder ob es auch andere Wege gibt, zum Beispiel durch eine gewisse Extensivierung die Qualität zu verbessern. Das werden wir uns ansehen.

Ich möchte deshalb hier an dieser Stelle empfehlen, den Antrag der LINKEN abzulehnen, weil wir das, was in dem Antrag gefordert wird, schon dort umsetzen, wo es sinnvoll ist, und auf andere Dinge bin ich eingegangen. Den Antrag der SPD-Fraktion und der Grünen empfinde ich als sehr konstruktiv, denn er geht auf den Prozess, auf die Vorhaben ein, die wir jetzt tatsächlich angehen wollen.

Wir werden die Geschäftsführung nachbesetzen, so zügig es geht, aber Sie wissen alle, dass Personal nicht beliebig auf der Straße aufzusammeln ist, sondern wir müssen diese Stellen ausschreiben, und dann müssen wir schauen, wer sich bewirbt. Ich bin froh, dass nach einem Jahr Vakanz morgen die neue Senatsbaudirektorin ihr Amt antreten wird, im Juni letzten Jahres hatte Herr Höing uns verlassen. Ich hoffe nicht, dass es beim UBB so lange dauern wird, und wir werden auch alles daransetzen, dass es schneller geht, aber das haben wir nicht ganz allein in der Hand.

Ich finde es richtig, eine ausgewogenere Altersstruktur im Betrieb anzustreben. Auch das ist aber nicht ganz einfach. Wenn man sich die Altersstruktur der jetzigen Belegschaft anschaut und sieht, in welchem Grad eine Erneuerung dort stattfinden kann, dann wird das einige Jahre dauern. Das muss man realistisch sehen, denn wenn wir Personal abbauen müssen, dann können wir nur einen Teil der frei werdenden Stellen neu besetzen. Wir können uns mit Ihnen gemeinsam noch einmal anschauen, ob es dort Strategien gibt, um diesen Prozess zu beschleunigen, denn auch hier werden wir das Personal nicht beliebig ausweiten können. Das Ergebnis wäre ansonsten, dass ich dort eine große Mitarbeiterzahl älteren Jahrgangs habe. Das schauen wir uns an!

Wie gesagt, ich begrüße den Antrag von SPD und Grünen, aber ich sage Ihnen auch, weiter wie bisher wird es beim UBB nicht gehen. Es wird Veränderungen geben, und ich hoffe stark darauf und setze darauf, dass sich das auch mit dem Personalrat und mit der Belegschaft gemeinsam gestalten lässt, denn nur dann werden wir gute Lösungen finden, und darauf vertraue ich. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/321 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Abg. Dr. Korol [fraktionslos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Hier ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Ziffern 1 und 3 bis 7 abstimmen.

Wer den Ziffern 1 und 3 bis 7 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Abg. Dr. Korol [fraktionslos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt den Ziffern 1 und 3 bis 7 zu.

Nun lasse ich über die Ziffer 2 abstimmen.

Wer der Ziffer 2 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(Abg. Dr. Korol [fraktionslos])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Ziffer 2 zu.

Brandschutz in der Fläche gewährleisten - Zügig mit dem Bau einer neuen Wache im Bremer Nordosten beginnen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 23. April 2013
(Drucksache 18/325 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Mäurer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)¹⁾: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren hier nun zum wiederholten Mal die Situation der Feuerwehr in der Stadtgemeinde Bremen. DIE LINKE hat ziemlich genau vor einem Jahr hier an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, dass

die Politik in Bremen, die unter anderem immer wieder Kürzungen in allen öffentlichen Bereichen vorsieht, auch den Brandschutz in Bremen gefährdet.

Bremen hat sich selbst Feuerwehrstandards gegeben, die von Experten nicht anerkannt sind, die viel zu schlecht und auch nicht rechtssicher sind. Diese Nachricht hat vor einem Jahr viele Menschen in Bremen erschüttert, denn einen schuldengebremsten Haushalt, der dann nicht einmal mehr die bundesweiten Standards der Feuerwehr erlaubt, will kein Bürger und keine Bürgerin in dieser Stadt.

Daraufhin hat der Senat eine Überprüfung der Feuerwehreinsätze begonnen. Erste Ergebnisse liegen jetzt vor.

(Abg. Senkal [SPD]: Zwischenbericht!)

Erste Ergebnisse, Herr Senkal! Die Fakten sind dramatisch und bestätigen die Kritik der LINKEN. Zwanzig Prozent aller Einsätze werden mit zu wenigen Feuerwehrleuten gefahren. Es fielen im vergangenen Jahr 62 000 Überstunden an. Im Haushalt sind 523 Feuerwehrleute vorgesehen, aber nur 506 Stellen sind besetzt. Es fehlt an allen Ecken Personal, um die gesetzlich vorgeschriebenen Brandschutzstandards einzuhalten, und es gibt mindestens eine Feuerwache zu wenig, wehrte Kolleginnen und Kollegen, um in allen Stadtteilen in der Stadtgemeinde Bremen gleichen Schutz zu gewährleisten, und darum geht es uns in unserem Antrag heute.

Im Bremer Osten liegt der sogenannte Zielerreichungsgrad, also die Zahl der rechtzeitig eingetroffenen Feuerwehrfahrzeuge, zum Teil unter 50 Prozent. So steht es in der Vorlage des Senators für Inneres und Sport für die Sitzung der Deputation am 3. April dieses Jahres. Genau genommen konnte nur jeder dritte Löschzug in Borgfeld und in Oberneuland jeder zweite rechtzeitig ankommen, und auch Horn-Lehe hat schlechte Zielerreichungsgrade. Diese Stadtteile sind in den vergangenen Jahren extrem gewachsen. Straßenbahnlinien wurden verlängert, Schulen und Kindertagesstätten vergrößert oder gebaut, im Technologiepark der Universität entstehen monatlich neue Gebäude, nur die Feuerwehr ist nicht entsprechend mitgewachsen. Die Folge ist, wenn es in Borgfeld einmal brennt, dann wird es richtig eng, und zwar auf der Stelle.

Ich zitiere aus der Vorlage des Senators für Inneres und Sport, denn in allen Ortsteilen sollen vergleichbare Standards hinsichtlich des zeitlichen Schutzziels erreicht werden: „In jedem Fall ist davon auszugehen, dass dieses Ziel mit den jetzi-

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

gen Standorten nicht erreicht werden kann.“ Im Klartext, liebe Kolleginnen und Kollegen, heißt das, neue Wachen müssen so schnell wie möglich gebaut werden. Der Bau einer solchen Wache ist ein größeres Projekt, das wissen wir, das dauert länger. Es muss geplant werden, ein Grundstück muss gefunden werden, es muss ab dieser Größenordnung europaweit ausgeschrieben werden, und es muss gebaut werden. Ein solcher Bau dauert mindestens vier Jahre, im schlimmsten Fall sogar noch ein Jahr länger. Es ist umso wichtiger, dass wir jetzt unverzüglich mit dem Planungsprozess beginnen.

Nun hat der Senat vor Kurzem aber auch die Haushaltseckwerte für die Jahre 2014 und 2015 beschlossen, zumindest hat er vorgelegt, was er zu beschließen gedenkt. Wie die Eckwerte für die einzelnen Ressorts aussehen, wissen wir immer noch nicht. Wir haben aber die Pressemitteilung des Senats gelesen und die Vorlage des Beschlusses des Senats durchgesehen, und wir finden in diesem Beschluss kein Geld für eine neue Feuerwache, weder für ihre Planung - damit könnte man ja erst einmal zufrieden sein - noch für ihren Bau. Wir sind der Meinung, dass dieser Fehler korrigiert werden muss, und nichts anderes beantragen wir heute.

Im kommenden Haushalt müssen die Mittel für die Planung und die Ausschreibung vorhanden sein, und es muss beschlossen werden, dass ab dem Jahr 2016 endlich gebaut werden kann, denn so lange dauert die Planungs- und Ausschreibungsphase ohnehin. Das heißt auch, die Mittel für die Baukosten müssen abgesichert werden. Dafür haben die Haushaltspolitiker die Möglichkeit der sogenannten Verpflichtungsermächtigung als Vorgriff auf kommende Haushalte. So wird es auch immer wieder bei Bauten für Schulen oder anderen langfristigen Projekten gemacht.

DIE LINKE beantragt heute etwas, das dankenswerterweise auch der Senator für Inneres und Sport in den Haushaltsberatungen angemerkt hat, und deshalb haben wir die besten Argumente sogar hier auf unserer Seite. Mit dem Schreiben vom 15. Januar 2013 hat er genau diesen Bau angemeldet, nur leider wurde in den unendlich langen Verhandlungsrunden der offensichtliche und dringende Bedarf einer zusätzlichen Wache wieder gestrichen. Im Papier der Senatorin für Finanzen für die Sitzung des Senats am 9. April findet sich kein Wort über den Neubau einer Feuerwache. Da hat offensichtlich wieder einmal der Kürzungswahn des Finanzressorts zugeschlagen.

Wir sagen an dieser Stelle aber unmissverständlich, dass der Brandschutz nicht unter einem Finanzierungsvorbehalt steht. Auch Borgfeld und

Oberneuland müssen sich darauf verlassen können, dass Löschzüge rechtzeitig eintreffen. Wir sehen nicht ein, dass der Bau einer Feuerwache nicht in den kommenden Haushalt eingestellt wird, nicht die Planung, nicht die Ausschreibungsphase, und sich die Situation in den Stadtteilen, die schnell wachsen, daraufhin auf unbestimmte Zeit ins Ungewisse verlängert. Wir bitten Sie also deshalb: Stimmen Sie unserem Antrag heute zu! - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Senkal.

Abg. **Senkal** (SPD)¹⁾: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE! Wir wissen, dass der Bremer Nordosten aktuell deutlich schlechtere Zielerreichungsgrade als die anderen Bremer Stadtteile hat. Das haben Sie auch in Ihrem Antrag aus der Vorlage der Deputation für Inneres und Sport richtig beschrieben. Aber dass die Deputation für Inneres und Sport einstimmig entschieden hat, eine weitere Analyse abzuwarten, bevor für Bremen äußerst kostenintensive Entscheidungen getroffen werden, haben Sie in Ihrem Antrag leider unterschlagen.

Es scheint in der Fraktion DIE LINKE beim Thema Feuerwehr deutlich verschiedene Interessen und Interessenten zu geben. Auf der einen Seite gibt es Herrn Tuncel, den ich sehr schätze, der als Mitglied der Deputation für Inneres und Sport in den fachlichen Diskurs der Themenfelder involviert ist und in der Deputation für Inneres und Sport die Entscheidung mitgetragen hat, die Anzahl der Bremer Feuerwachen und ihre Lage im Stadtgebiet erst einmal zu prüfen, bevor über den Neubau von Feuerwachen entschieden wird.

Auf der anderen Seite gibt es Frau Vogt, die entgegen dem einstimmigen Beschluss der Deputation für Inneres und Sport erneut versucht, sich mit einem Antrag in der Bremischen Bürgerschaft zu profilieren. Das kann man zwar machen, aber es ist für die verlässliche politische Arbeit ziemlich schwierig, wenn fachlich inhaltliche Verabredungen getroffen und einstimmige Beschlüsse von Fachpolitikern gefasst werden und dann Fraktionsvorsitzende - wie hier die der Fraktion DIE LINKE - Anträge einbringen, die diesen fachlichen Entscheidungen zuwiderlaufen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Liebe Fraktion DIE LINKE, die Koalition hat im Winter, nachdem es von den Personalräten und von ver.di Kritik am Brandschutzziel für Bremen-Nord gegeben hatte, das Thema Schutzziel und Zielerreichungsgrad von Löscheinsätzen der Bremer Feuerwehr transparent in die Deputation gebracht, dort diskutiert und einen Lösungsweg erarbeitet. Mit diesem Thema beschäftigt sich ferner eine Arbeitsgruppe des Senators für Inneres und Sport unter Beteiligung der Verantwortlichen der Feuerwehr und der zuständigen Personalräte, die auch hier sind und die ich herzlich begrüßen möchte! Diese Arbeitsgruppe wird in den kommenden beiden Jahren das Brandschutzziel und die regionalen Zielerreichungsgrade in der Freien Hansestadt Bremen genau analysieren und dabei überprüfen, ob die Anzahl der vorhandenen Wachen und deren Lage im Stadtgebiet ausreichend sind.

Frau Vogt, wenn Sie bei der entscheidenden Sitzung der Deputation für Inneres und Sport anwesend gewesen wären oder sich von Herrn Tuncel hätten berichten lassen, wie gut diese Arbeitsgruppe mit den Personalräten zusammenarbeitet, dann hätten Sie diesen Antrag wohl kaum gestellt, sondern wären ebenso wie die Mitglieder der Deputation für Inneres und Sport zu der Erkenntnis gelangt, dass die sehr vernünftige Entscheidung getroffen wurde, der Arbeitsgruppe die notwendige Zeit zu geben, um ein Brandschutzkonzept für Bremen insgesamt zu entwickeln, bevor Entscheidungen im Einzelfall vorgezogen werden, wie Sie es hier fordern.

Die Deputierten haben den Senator für Inneres und Sport beauftragt, der Deputation im Herbst 2014 einen Abschlussbericht vorzulegen, der ein dezidiertes, verifiziertes Brandschutzkonzept für Bremen enthält. Auf der Grundlage dieses Konzeptentwurfs wird die Deputation für Inneres und Sport dann, wie beschlossen, spätestens im Jahr 2015 eine Entscheidung darüber treffen, ob der Neubau einer Feuerwache in Bremen benötigt wird oder ob es andere, kostengünstigere Lösungen gibt, um das neu entwickelte Brandschutzziel in allen Bremer Stadtteilen in hinreichendem Maße zu erreichen.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Sie wollen doch nur Zeit gewinnen!)

Sehr geehrte Fraktion DIE LINKE, die Einrichtung einer neuen Feuerwache, ohne gleichzeitig die Anzahl des Personals zu erhöhen, würde nichts bewirken!

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Das ist uns sehr wohl bewusst! Sie brauchen uns hier nicht für blöd zu erklären!)

Sie sind gleich an der Reihe, Frau Vogt!

Wenn die Arbeitsgruppe im Herbst 2014 ihren Abschlussbericht vorgelegt hat und er Ihnen nicht gefallen sollte, dann ist es natürlich Ihr gutes Recht, in der Bremischen Bürgerschaft Ihre Anträge zu stellen, aber konterkarieren Sie nicht das von den Fachpolitikern gemeinsam vereinbarte laufende Verfahren und den von den Fachpolitikern einstimmig beschlossenen Zeitplan!

Deswegen, sehr geehrte Fraktion DIE LINKE, lehnen wir Ihren Antrag ab und verfahren weiterhin so, wie Herr Tuncel es auch in der Deputation für Inneres und Sport gemeinsam mit den Fraktionen beschlossen hat. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Neumeyer.

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU)^{*)}: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, dass wir uns hier im Hause alle einig sind, dass für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger das in Bremen definierte Schutzziel sichergestellt werden muss. Ich danke den Feuerwehrfrauen und -männern in Bremen auf das Herzlichste, die hier tagtäglich Ihr Bestes geben! Da es aber im Laufe der Jahre zu veränderten Strukturen im Stadtgebiet gekommen ist - ich nenne als Beispiel Neubaugebiete und die dadurch veränderten Bevölkerungszahlen in den einzelnen Stadtteilen -, hat die Deputation für Inneres und Sport im Mai 2012 beschlossen, dass die Vorgaben des Brandschutzziels für die Stadtgemeinde und deren Einhaltung bis Ende des Jahres 2012 evaluiert werden.

Das ist geschehen, und nun liegen uns erste Ergebnisse vor. Es zeigt sich, dass personell, aber auch bei der Standortfrage erheblich nachgebessert werden muss, wenn in allen Stadtteilen das gleiche Brandschutzziel erreicht werden soll. Die Personalfrage wird schon in Angriff genommen, auch wenn dies zurzeit nur dazu führt, dass die Überstunden der bisherigen Beamtinnen und Beamten aufgefangen werden.

Kommen wir nun zum Bereich Nordost, der Gegenstand des Antrags der LINKEN ist! Hier ist durch Wohnbautätigkeit und eine dadurch ständig wachsende Bevölkerung eine völlig neue Struktur entstanden. Dies führt, wie wir in der Deputation für Inneres und Sport im Februar erfahren haben und wie wir es auch dem Schreiben „Investitionsplanung 2014/2015“ des Staatsrats für Inneres und

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Sport an den Staatsrat für Finanzen entnehmen können, dazu, dass das Schutzziel in diesem Bereich regelmäßig nicht eingehalten werden kann.

Ich zitiere Herrn Staatsrat Münch in seinem Schreiben an den Staatsrat für Finanzen, Herrn Lühr: „Es ist nicht zu vertreten, dass das Bremer Schutzziel hier regelmäßig nicht erreicht wird. Mit den bestehenden Feuerwachen ist dieses Problem nicht zu lösen. Aus diesem Grund kann das Schutzziel nur durch den Bau einer zusätzlichen Feuerwache unter gleichzeitiger Neuordnung der Ausrückbezirke für die bisher schon bestehenden Feuerwehren erreicht werden.“ Recht hat er!

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein Umstand, der nicht tragbar ist, und deshalb muss hier unverzüglich gehandelt werden. Um das Ziel wieder zu erreichen, ist der Neubau der Feuerwache Nordost dringend notwendig. Der Senator für Inneres und Sport hat die dafür erforderlichen Mittel in seine mittelfristige Investitionsplanung für die Jahre 2014 bis 2017 aufgenommen, jedenfalls stand es in der Vorlage 18/112 der Deputation für Inneres und Sport vom 22. Januar 2013.

Aber steht die Finanzierung wirklich, und wäre es nicht besser, mit der Planung schon Anfang des Jahres 2014 zu beginnen? Wir als CDU sehen es so, wie der Staatsrat gesagt hat: Es ist nicht zu vertreten, dass das Bremer Schutzziel hier nicht regelmäßig erreicht wird. Wir sehen es auch wie der Antragsteller, dass der Senat hier in der Pflicht ist, möglichst schnell die Voraussetzungen für den Neubau einer zusätzlichen Wache zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Senkal, Herr Senator Mäurer, wir sehen den Antrag der LINKEN als Unterstützung für Sie, um das, was Sie selbst wollen, bei den anderen Senatoren und im Senat durchzusetzen! Deshalb werden wir diesem Antrag der LINKEN zustimmen. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Fecker.

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 18. Januar 2000 hat der Senat beschlossen, dass im Brandfall mindestens sechs Feuerwehrleute und ein universell einsetzbares Hilfeleistungslöschfahrzeug sowie zwei

Feuerwehrleute mit einer Drehleiter regelmäßig innerhalb einer Fahrtzeit von zehn Minuten am Einsatzort sein sollen. Nach weiteren fünf Minuten soll ein zweites Hilfeleistungslöschfahrzeug mit weiteren sechs Beamten am Einsatzort eintreffen. Das hat der Senat im Jahr 2000 entschieden und im Jahr 2006 noch einmal bekräftigt.

Zu diesem bremischen Schutzziel gibt es abweichende Meinungen in der Bundesrepublik. Die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in Deutschland hat einen anderen Standard festgelegt und spricht von zehn Feuerwehrleuten, die innerhalb von acht Minuten am Einsatzort sein sollen. Dies vorausgeschickt!

Die Deputation für Inneres und Sport hat sich mit dem Erreichungsgrad der Schutzziele sowohl im Grundsatz als auch im Speziellen beschäftigt, weil das Thema Schutzziele sowohl vom Personalrat als auch vom Vertreter der Gewerkschaft noch einmal in die Deputation für Inneres und Sport getragen wurde und wir uns einig waren, dass wir uns, wenn die ganze Bundesrepublik ein anderes Schutzziel ausweist, sehr ernsthaft mit dem Thema befassen müssen.

Wir haben uns natürlich auch die regionalen Auswirkungen und Erreichungsgrade der Schutzziele angesehen, und im Bereich Borgfeld und Oberneuland ist die Erreichung des Schutzziels nicht akzeptabel. Wir sehen aber auch, dass wir bei künftigen Planungen nicht immer nur an Kitaplätze und Schulen denken dürfen, wenn neue Wohngebiete entstehen, sondern tatsächlich auch an den Bereich der Sicherheit denken müssen. Bei der Polizei haben wir, was Borgfeld angeht, ein ähnliches Problem, das durch einen entsprechenden Umzug des Reviers Horn an einen verkehrsgünstigeren Standort gelöst wurde.

Wir haben in der Deputation für Inneres und Sport anlässlich der Vorlage 18/127, die schon zum wiederholten Mal genannt wurde, gemeinsam verabredet, dass erstens der Senat bemüht ist, die Anzahl der Feuerwehrbeamtinnen und -beamten zu erhöhen, weil wir derzeit unter dem angestrebten Soll liegen, und dass wir zweitens versuchen, diesen Beruf für Berufseinsteiger beispielsweise durch entsprechende Zulagen attraktiver zu gestalten. Wir haben ferner verabredet, dass es eine aufgabenkritische Überprüfung der Tätigkeiten der Feuerwehr geben soll. Das ist ein Schritt, den auch die Polizei Bremen schon gegangen ist und der sinnvoll ist. Drittens haben wir uns darauf verständigt, dass man auch die Standorte der Feuerwachen überprüfen muss.

Ich glaube, wenn wir heute einen Stadtplan von Bremen nehmen würden, würden wir die Feuer-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

wachen an anderen Standorten im Stadtgebiet platzieren. Das gilt nicht nur für den Bereich Nordost, das kann man sich im Übrigen auch sehr gut für den Bereich Nord vorstellen. Wir haben uns ebenfalls darauf verständigt - deswegen kann ich das, was Herr Kollege Senkal soeben gesagt hat, unterstützen -, dass wir den bestehenden Brandschutzbedarfsplan fortschreiben und uns sehr genau anschauen wollen, an welchen Stellen welche Investitionen jetzt und in Zukunft notwendig sind. In diesem Prozess befindet sich die Behörde zurzeit.

Wir haben in der Deputation darauf gedrungen, dass der Spielraum bis zum Ende des Jahres 2014, den Herr Senkal soeben genannt hat, nicht ausgeschöpft wird, sondern auf Anregung der CDU-Opposition sehr deutlich gemacht, dass wir es begrüßen würden, wenn es diesen Bericht deutlich früher geben würde, und das hat der Senator für Inneres und Sport zugesagt. Wir sind bester Dinge, dass es auch so eintreten wird.

Ich glaube, dass wir diesen gemeinsamen Pfad nicht verlassen sollten, weil wir uns nicht isoliert um ein Problem, sondern um die Gesamtlage kümmern müssen. Ich bin froh, dass uns ein erster Schritt offensichtlich gelungen ist: In den Haushaltseckwerten des Senats ist zumindest für die Freiwillige Feuerwehr Lehesterdeich ein Neubau des Gerätehauses vorgesehen. Die Freiwillige Feuerwehr Lehesterdeich ist eine sehr leistungsstarke und engagierte freiwillige Feuerwehr mit Tagesalarmierung, die aber durchaus zu Recht schildert, dass sie in dem einen oder anderen Fall auch vor den Kollegen der Berufsfeuerwehr am Einsatzort ankommt. Das sollte uns bei den bevorstehenden Entscheidungen zu denken geben.

Alles in allem glaube ich, dass der vorgeschlagene Weg richtig ist und wir den eingeschlagenen Pfad nicht verlassen sollten. Ich schließe mich der Bitte von Herrn Senkal an, weil es uns schon häufiger passiert ist, dass wir Debatten inhaltlich in der Deputation für Inneres und Sport geführt haben und im Anschluss jedes Mal wieder im Parlament. Das macht es, finde ich, etwas problematisch, weil wir eine wirklich gute Diskussion hatten. Wenn ich daran denke, wie oft wir uns mit dem Thema Feuerwehr befasst haben, haben wir auch die Interessen der Beschäftigten im Hinblick auf das Schutzziel und die Sicherheit der Beamtinnen und Beamten mit einbezogen. Daher würde ich es begrüßen, wenn wir es künftig so fortführten. In diesem Fall lehnen wir Ihren Antrag allerdings ab! - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)^{*)}: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Werter Herr Kollege Senkal, es ist hier anscheinend mittlerweile Usus, dass einer Fraktion, die fünf Abgeordnete hat, gern einmal vorgehalten wird, bei der einen oder anderen Sitzung nicht in Doppelbesetzung anwesend gewesen zu sein. Es geht hier konkret um die Sitzung der Deputation für Inneres und Sport am 3. April 2013. Ich hatte zu jener Zeit selbst eine andere Ausschusssitzung, sonst hätte ich natürlich an der Deputationssitzung teilgenommen.

Mein Kollege Herr Tuncel hat einen Plan mit vereinbart, das ist wahr, und zwar - wie Sie hier zu Recht gesagt haben - dass man noch weiter evaluieren soll, wie viel Personal benötigt wird, wie die Erreichbarkeiten zu definieren sind und vor allem, was überhaupt nicht fortgeschrieben werden kann, weil es fehlt, dass endlich einmal ein Brandschutzbedarfsplan erstellt wird.

Wir sind allerdings, als er dort zugestimmt hat, von einer anderen Voraussetzung ausgegangen, denn uns lag das Schreiben des Innenressorts, von Herrn Staatsrat Münch vom 15. Januar 2013 vor, aus dem Frau Neumeyer und ich soeben zitiert haben. Darin steht weiter unten: „Für den Neubau sind rund 10 Millionen Euro zu veranschlagen, die auf drei Jahre zu verteilen wären. Insofern werden für das Jahr 2015“ - also für den Haushalt, den wir jetzt zu beschließen haben - „zunächst Planungsmittel in Höhe von 350 000 Euro veranschlagt.“ Das war die Voraussetzung, unter der wir die Sitzung der Deputation für Inneres und Sport für den 3. April 2013 vorbereitet haben. Insofern konnte mein Kollege Tuncel auch im guten Glauben den weiteren Vereinbarungen zustimmen. Dann hat uns aber am 9. April 2013 der Beschluss des Senats erreicht, in dem genau diese 350 000 Euro fehlen.

Das Entscheidende ist, wenn man eine Wache plant, den Bau ausschreibt und baut, dann dauert das vier bis fünf Jahre. Das wissen wir, das kennen wir von anderen Bauvorhaben. Dass sich in der Zwischenzeit natürlich das Innenressort mit dem Finanzressort zusammensetzen und beraten muss, wie man mehr Stellen bei der Feuerwehr schafft, das ist eine ganz andere Sache. Das steht auf einem anderen Blatt. Das muss auch passieren. Wir sind die Letzten, die sagen, dass es nicht passieren muss.

Hätten wir die Debatte nicht vor einem Jahr in die Bürgerschaft getragen, wäre es auch irgendwie in der Innendeputation nicht möglich, jetzt auf dieser

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Grundlage weiter zu diskutieren. Ich finde das ziemlich verlogen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich war doch in der Sitzung der Innendeputation im Mai letztes Jahr, an der sich noch nicht einmal die Personalräte beteiligen wollten.

(Abg. Senkal [SPD]: Das ist Quatsch!)

Hören Sie doch auf hier!

Fakt ist, am Tag der Deputationssitzung am 3. April sind wir noch davon ausgegangen, dass sich die Anmeldung des Innenressorts für den Neubau einer Wache auch in den Haushaltseckwerten niederschlägt. Ein paar Tage später mussten wir feststellen, dass das nicht der Fall ist. Diese Mittel sind nicht vorhanden. Wir wissen nun einmal selbst aus Erfahrungen des letzten Jahres, was passiert, wenn in einem Haushalt zu wenig Mittel vorhanden sind. Wir haben zweimal einen Nachtragshaushalt für das Bildungsressort eingebracht, beide wurden von der Koalition abgelehnt. Das wollen wir verhindern. Wir möchten, dass diese Wache geplant und gebaut wird und spätestens in vier bis fünf Jahren fertig ist. Deswegen möchten wir auch, dass der Innensenator die Möglichkeit hat, diese 350 000 Euro für die Planungsphase im Jahr 2015 in seinen Eckwerten wiederzufinden. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei so viel Unterstützung bin ich fast sprachlos.

(Abg. Frau Neumeyer [CDU]: Sehen Sie, das wollten wir!)

Gestatten Sie mir dennoch, das Thema Feuerwehr etwas ausführlicher zu bearbeiten. Die Feuerwehr in Bremen bedeutet für mich auf der einen Seite die Berufsfeuerwehr, die ich heute herzlich begrüße, und auf der anderen Seite die freiwilligen Feuerwehren. Über 500 Männer und Frauen stehen uns auf beiden Seiten zur Verfügung. Ich habe aus den Händen meiner Vorgänger sechs Feuerwachen übernommen, ich muss sagen, in einem sehr guten Zustand.

Die Große Koalition hat zuletzt im Jahr 2002 den bekannten Brandschutzbedarfsplan beraten und zur Grundlage der weiteren Arbeit gemacht. Eine Folge war gewesen - vielleicht erinnern sich noch

einige daran -, dass zwei Wachen geschlossen wurden, die Wache im Holzhafen und in Gröpelingen. Dafür wurde dann im Westen eine neue und schöne Wache bei den Stahlwerken gebaut. So erklärt sich die Anzahl von sechs Wachen.

Wenn man sich die Situation der Wachen anschaut, die ich nicht verändert habe, weder in der Neustadt, in der Benningensenstraße, Am Wandrahm, in Osterholz, dann sieht man natürlich auf den ersten Blick, dass die Verteilung nicht optimal ist. Würde man Bremen neu entwickeln, würde man vieles anders machen.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Die ganze Welt würde anders aussehen!)

Mit Sicherheit würde man auch die Orte für die Wachen anders wählen, aber das haben wir nicht. Deswegen war es immer wichtig gewesen, dass wir das Zusammenspiel zwischen Berufsfeuerwehr und freiwilliger Feuerwehr organisieren.

Es ist ja kein Zufall, dass es weder in Oslebshausen noch in Gröpelingen eine freiwillige Feuerwehr gibt, sondern freiwillige Feuerwehren waren irgendwie Bestandteil des Brandschutzes, ich sage einmal, auf dem flachen Land, und das ist ja heute auch noch so. Vorwiegend in Niedersachsen haben sie ja auch nicht innerhalb von fünf Minuten eine Berufsfeuerwehr vor der Tür, sondern es ist weitestgehend eine Sache der Kommunen, dass sie mithilfe der freiwilligen Feuerwehren die Sicherheit gewährleisten. So hat sich das auch in Bremen historisch entwickelt. Deswegen haben wir diese hohe Dichte der freiwilligen Feuerwehren in Bremen-Nord, im Bereich Borgfeld, Timmersloh und so weiter. Es zeigt sich immer dort, wo die Stadt in die Breite geht, dass wir dort nicht besonders gut aufgestellt sind.

Die Frage ist natürlich, wie wir aufgestellt sind. Ich muss sagen, wir haben einen Standard, der vorzeigbar ist. Es ist natürlich auch nur die halbe Wahrheit, wenn der Senat entschieden hat, dass wir das Ziel so definieren, dass wir mit acht Mann in zehn Minuten vor Ort sind. Dieses Ziel erreichen wir in Bremen in 95 Prozent aller Fälle. Das ist ein ganz hoher Zielerreichungsgrad. Jetzt sagen unsere Kritiker, ja, in anderen Städten erreicht man das Ziel in acht Minuten. Das ist das Ziel, das sich die meisten anderen Städte vorgenommen haben, auch Bremerhaven hat ein Ziel von acht Minuten. Die Wahrheit ist natürlich, dass man schauen muss, in wie vielen Fällen die anderen Städte dieses Ziel erreichen, normalerweise in 80 Prozent aller Fälle.

Das heißt, ich hätte überhaupt kein Problem, wenn wir bei der Fortschreibung unseres Brand-

schutzbedarfsplanes die Zahlen einfach umdrehen. Dann schreiben wir auch hinein, dass wir eine Zielerreichungszeit von acht Minuten haben wollen, das erreichen wir dann aber so, wie die anderen Städte auch. Das ist mehr Trickserie. Darum geht es dabei überhaupt nicht.

Ich habe im Jahr 2011 damit angefangen, mir die Frage zu stellen, wie wir diese Feuerwehr weiterentwickeln müssen. Mein erster Blick hat sich auf die freiwilligen Feuerwehren gerichtet, deren Bedeutung für uns wichtig ist. Gerade in den Randlagen braucht man eine gut organisierte, schnell eingreifende Feuerwehr. Wir haben ein neues Konzept für die nächsten 10 bis 15 Jahre entwickelt, das vorsieht, dass wir erstens dafür sorgen, dass die alten Fahrzeuge ausgetauscht werden, und das zweitens, das war das Wesentliche, sogenannte Schwerpunktwehren entstehen, die schlagkräftig sind, die personell gut aufgestellt und die insbesondere tagesalarmsicher sind. Das heißt, nicht alle freiwilligen Feuerwehren sind zu jeder Zeit erreichbar. Diese Schwerpunktwehren zeichnen sich dadurch aus, dass sie zwar keine Berufsfeuerwehr sind, aber schnell.

Wir haben entschieden, dass wir am Lehesterdeich eine Schwerpunktwehr für den Osten aufbauen. Das ist unsere Aufgabe, die wir weiterverfolgt haben. Dazu gibt es jetzt auch Beschlüsse des Senats. Ich gehe davon aus, dass die Bürgerschaft das auch so beschließen wird, sodass wir dann in den nächsten Jahren diese Schwerpunktwehr mit dem neuen Gerätehaus entwickeln können.

Thema Borgfeld! Hier muss ich auch die Große Koalition in Schutz nehmen. Im Jahr 2002 ist dort ein neues Gerätehaus für die freiwillige Feuerwehr gebaut worden. Das zeigt, dass man das Thema Borgfeld schon immer gesehen hat.

Noch ein Wort, wenn man heute so Tränen weint: Ich habe einmal bei Google Maps geschaut, die Entfernung vom Wandrahm zum Borgfelder Landhaus beträgt 14,2 Kilometer. Wenn man von der Bennigsenstraße aus startet, sind es 9,3 Kilometer. Wenn man ein bisschen rechnen kann und man weiß, dass Feuerwehren nicht fliegen, sondern mit ihren Leiterwagen dorthin müssen, ist es völlig klar, dass sie nie und nimmer in acht oder zehn Minuten diesen Weg überhaupt bewältigen können.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Nur mit Raketenantrieb!)

Das ist keine Erfindung der jetzigen Koalition, sondern das war auch schon in Ihrer Amtszeit so gewesen, Herr Abgeordneter. Diese Entfernungen haben sich nicht verändert.

Ich glaube, es ist heute eher noch schwieriger geworden, diesen Zielerreichungsgrad zu bewältigen. Deswegen haben wir gefragt: Was müssen wir tun? Unsere Antwort darauf war gewesen, dass wir eine Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes brauchen. Dazu gehört, dass wir uns die Standorte insgesamt anschauen. Die Geschichte zeigt uns ja, dass die Entwicklung der Wache West mit den städtischen Veränderungen verbunden war. Klar, wenn man keinen Hafen mehr in dieser Form braucht, schließt man dort die Wache.

Deswegen ist es die Aufgabe, und das hat der Senat letztlich beschlossen, dass wir in den nächsten Monaten eine Fortschreibung dieses Plans entwickeln, der uns Auskunft gibt, wie die Feuerwehr in den nächsten 10 bis 20 Jahren - das sind Entscheidungen, die wir für die Zukunft treffen - aussehen. Wollen wir wirklich diese sechs Standorte erhalten? Kann es sein, dass es irgendwo einen Standort gibt, der besser ist? Kann es sein, dass wir aus zwei Wachen eine Wache machen? Das sind alles Fragen, die man sehr sorgfältig prüfen muss, weil enorme Folgekosten damit verbunden sind. Es reicht nicht aus, eine Wache für fünf Millionen Euro zu bauen, sondern sie brauchen dann auch 50 Männer und Frauen, um diese Wache zu besetzen. Das heißt, in unserer Haushaltslage gehört es zu unseren zentralen Pflichten, auch dies reiflich zu überlegen.

Wir haben diesen Prozess angestoßen. Ich habe berichtet, was wir im Bereich der freiwilligen Feuerwehr machen. Im Bereich der Berufsfeuerwehr ist unser primäres Ziel, nun erst einmal die Mannschaftsstärke heraufzusetzen, damit wir dann auch wirklich sagen können, wir sind mit acht Mann vor Ort. Das ist das Erste. Sie haben beschrieben, welche Maßnahmen wir dazu ergriffen haben. Wir haben zum Leidwesen von Niedersachsen viele Feuerwehrbeamte abgeworben. Wir werden auch dafür sorgen, dass wir in diesem Jahr so viele Feuerwehrleute wie möglich einstellen.

Das ist unsere konkrete Antwort. Wir werden in den nächsten Monaten in unserer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit allen Beteiligten die Dinge weiterentwickeln, und wir werden in der Perspektive von einem Jahr einen Vorschlag machen, wie zukünftig dann die Feuerwehr im Land Bremen zu organisieren ist. Der Senat hat dies auch diskutiert und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass man in der Tat jetzt keine voreilige Entscheidung treffen darf, sondern dass man das Gesamte sehen muss. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir in dieser Koalition auch dieses Thema positiv zum Abschluss bringen. - Danke sehr!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/325 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(Abg. Dr. Korol [fraktionslos])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

**Bebauungsplan 2437
für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen
zwischen Saarburger Straße und Stößerstraße**
Mitteilung des Senats vom 23. April 2013
(Drucksache 18/326 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2437 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Mehr Wohnungen für Flüchtlinge statt Übergangwohnheime
Mitteilung des Senats vom 23. April 2013
(Drucksache 18/327 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Friderich.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohammadzadeh.

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen⁷⁾: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit der Initiative „Mehr Wohnungen für Flüchtlinge statt Übergangwohnheime“ von vor einem Jahr sollte die Lebenswirklichkeit der Flüchtlinge in Bremen entscheidend verändert werden. Es ging uns damals um eine zeitgemäße Neuordnung der Flüchtlingsunterbringung in Bremen.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Das ist eine einfache und schlichte Formulierung, aber keine so kleine Herausforderung, vor der die Stadtgemeinde Bremen steht, denn es ist bekannt, Wohnraum ist teuer und knapp, wenn bestimmte qualitative Standards gelten sollen. Wir wissen auch, die gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge über das Stadtgebiet ist angesichts der erheblichen strukturellen Unterschiede der verschiedenen Ortsteile einfacher gesagt als getan.

Während wir uns mit dem Aufbau und der Umsetzung des integrationspolitisch wichtigen Themas für Flüchtlinge befassen, überholt uns die Realität. Mehrere Krisengebiete in der Nachbarschaft Europas sorgen weiterhin für Flucht und Migration. Wir suchen weiter Unterbringungsmöglichkeiten für neu ankommende Flüchtlinge und Wohnungen für Flüchtlinge, die sich in Bremen aufhalten. Die Kapazitäten der Übergangwohnheime für Flüchtlinge in Bremen sind ausgeschöpft. Das Sozialressort bemüht sich, die steigende Anzahl der Asylsuchenden unterzubringen, zeitgemäß unterzubringen, das bedeutet, in sozial verträglicher Weise unter Berücksichtigung der sozialen, kulturellen Unterschiede und unter Vermeidung möglicher Konflikte im Wohnumfeld.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Wohn- und Betreuungskonzept, das uns vorgelegt wurde, wurde von einer interdisziplinären Steuerungsgruppe erarbeitet. Es wurde ein gutes Beteiligungsverfahren in Gang gesetzt, damit können die in Bremen tätigen Akteurinnen und Akteure das Konzept mit diskutieren und mitgestalten.

Wir wissen, die Zahl der Flüchtlinge, denen individueller Wohnraum zugewiesen wurde, hat sich gegenüber dem Jahr 2010 verdoppelt, und wenn man die Bedarfsgemeinschaft zugrunde legt, hat sie sich verdreifacht. Die Mietkaution wird für Flüchtlinge mit Duldung übernommen, und auch Berechtigungsscheine werden ausgestellt. Was nicht zu unterschätzen ist, die Wohndauer in Ge-

⁷⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

meinschaftsunterkünften wurde kräftig gesenkt. Sie beträgt drei Monate und das bei laufendem Asylantrag. Die abgelehnten Asylantragsteller müssen sich noch mit sechs Monaten zufrieden geben, das ist immer noch eine Halbierung der bisherigen Wohndauer.

Ich halte es für wesentlich, dass etwas mit der Beratung passieren soll. Es gibt zwei Schwerpunkte. Erstens, es wird eine ambulante Beratungsdienststelle geben, die sowohl für Flüchtlinge als auch für Vermieterinnen und Vermieter Orientierungshilfe anbietet. Zweitens, es wird auch in Gemeinschaftsunterkünften etwas getan, weil die Menschen, die dort leben, weitere Unterstützung benötigen. Sie sollen auf den Tag X vorbereitet werden, wenn sie in eine Wohnung umziehen und für alles selbst zuständig sind.

Mir ist es wichtig zu sagen, dass auch die sprachliche Betreuung in diesem Beratungsangebot integriert ist. Optimal ist auch der Einsatz von mehrsprachigen pädagogischen Fachkräften, die diesen Menschen bei der Wohnungssuche, im Umgang mit den Vermietern, anderen Mietern und mit dem Wohnumfeld helfen. Es wird auch Informationen geben, wenn es um Gesundheitsprobleme geht, an welche Einrichtungen sie sich wenden sollen, auch Informationen über Möglichkeiten der Mobilität vor Ort, Information über die Schulen, Kitas und die Spielmöglichkeiten vor Ort. Das alles muss fein abgestimmt werden und ist keine einfache Aufgabe. Die Personalausstattung muss den Erfordernissen selbstverständlich entsprechen.

Abschließend möchte ich betonen, in Bremen können wir eine Unterbringungs- und Flüchtlingspolitik, die ihr Mäntelchen nach dem Wind der politischen Stimmung im Land hängt, nicht gebrauchen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir brauchen in diesen Fragen Kontinuität, Stabilität und Initiativen. Ich denke, dass wir mit diesem Konzept die Voraussetzungen dafür geschaffen haben und für die Herausforderungen gewappnet sind, die in kommenden Jahren noch vor uns stehen. Davon bin ich überzeugt! - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Tuchel.

Abg. Frau **Tuchel** (SPD)¹⁾: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Koaliti-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

onsantrag „Mehr Wohnungen für Flüchtlinge statt Übergangswohnheime“ hatte die möglichst frühzeitige Vermittlung von Bewohnerinnen und Bewohnern der Gemeinschaftsunterkunft in eigenen Wohnraum sowie natürlich den stufenweisen Abbau von Gemeinschaftsunterkünften zum Ziel. Das ist das Ziel stadtbremischer Unterbringungs politik für Asylbewerber und Flüchtlinge und ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Schaffung von Teilhabe der Asylbewerber und Flüchtlinge am gesellschaftlichen Leben. Ich bedaure, dass die Zielrichtung, Übergangswohnheime stufenweise abzubauen, nicht im gewünschten Umfang umsetzbar ist. Das erklärt sich einerseits durch eine schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt und andererseits durch die derzeit steigenden Zuwanderungszahlen von Flüchtlingen.

Trotz des erhöhten Zuzugs von Flüchtlingen in den letzten Monaten wird dieses Ziel weiterhin intensiv verfolgt. Es ist anerkennenswert, dass die Anstrengungen der Sozialsenatorin und der beteiligten Träger und Initiativen dazu geführt haben, dass deutlich mehr Personen und Familien im vergangenen Jahr Wohnungen finden konnten. Ich erkenne ihre vielfältigen Anstrengungen an, diese Tendenz auch im Jahr 2013 zu verstetigen und zu steigern.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Sozialsenatorin hat nun nach vorheriger Abstimmung in der Steuerungsgruppe und der Durchführung eines Beteiligungsverfahrens mit Bremer Akteurinnen und Akteuren aus dem Flüchtlingsbereich ein Wohn- und Betreuungskonzept zur Neuorganisation und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen vorgeschlagen. Das Konzept soll tragfähige und dauerhafte Strukturen schaffen.

In diesem Zusammenhang ist es sehr positiv, dass es dem Sozial- und Bauressort gelungen ist, die Übernahme der Mietkaution für Asylbewerber und den Zugang von Flüchtlingen mit Duldungsstatus zu Wohnberechtigungsscheinen zu ermöglichen. Bremen hat meines Wissens mit dem zuletzt genannten Aspekt eine Vorreiterrolle, das begrüßen wir sehr.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es war eine unserer zentralen Forderungen, die Übernahme der Kosten der Miete analog der Regelung für Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII anzuwenden. Weiterhin wurde im März 2013 das Sachleistungsprinzip für die Erstaussstattung von Wohnungen aufgehoben.

Zur Frage der Wohndauer! Wie meine Kollegin gerade schon gesagt hat, die Herabsetzung der Wohndauer in den Gemeinschaftsunterkünften der Stadtgemeinde Bremen ist ein wichtiger Teil des vorgelegten Konzepts. Außerdem wurde im März 2013 die Wohnverpflichtung für Gemeinschaftsunterkünfte in der Stadtgemeinde Bremen aufgehoben, wenn die gesetzliche Wohnverpflichtung nach dem Asylverfahrensgesetz, maximal drei Monate, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, beendet war. Es ist natürlich schade, dass hiervon Personen ausgenommen sind, deren Asylantrag vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als unzulässig oder offensichtlich unbegründet rechtmäßig abgelehnt wurde. Diese Personen können nach einer Wohndauer von sechs Monaten eigenen Wohnraum beziehen.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Konzepts ist die Einrichtung eines verstärkten und ambulanten Betreuungsdienstes, um in der Stadt ein Netz von haupt- und ehrenamtlichen Betreuern und Lotsen aufzubauen. Die ambulante Betreuung ist ein wesentlicher Bestandteil des Konzepts, und ich begrüße sie sehr. Insbesondere die Mitarbeiter in der Verwaltung haben die besondere Verantwortung, die Ziele des Konzepts umzusetzen und mit Leben zu füllen.

Es wäre integrationspolitisch von großer Bedeutung, den unmittelbaren Zugang zu Integrationskursen sicherzustellen, denn sie sind für die Menschen von großem Wert, auch unter dem Aspekt des individuellen Wohnens. Das Defizit des mangelnden Zugangs zu Integrationskursen für Asylbewerber und Flüchtlinge wird von Bremen und anderen Bundesländern gegenüber dem Bund deutlich formuliert.

Es geht hier um die Verbesserung der Lebenssituation von Asylbewerbern und Flüchtlingen und ihr Ankommen in der Gesellschaft. Wer bei uns lebt, gehört zu uns. Deswegen steht eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft auch bei der Integrationspolitik an erster Stelle. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grönert.

Abg. Frau **Grönert** (CDU)¹⁾: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Grundsätzlich haben Sie hier ein wohlklingendes Papier vorgelegt. Flüchtlinge dürfen nun nach Ende der gesetzlichen Wohnverpflichtung, die drei Monate Wohnaufenthalt in einem Wohnheim vorschreibt,

in eine eigene Wohnung ziehen. Das unterstützt die selbstbestimmte Lebensführung der Betroffenen, und Gemeinschaftsunterkünfte könnten stufenweise abgebaut werden. Die Betroffenen sollen ambulant unterstützt und, wo nötig und gewünscht, auch gut betreut werden. Eine detaillierte Stellenbeschreibung für die gesuchten pädagogischen Fachkräfte liegt vor. Soweit die sicher gut gemeinte und auch gut klingende Theorie!

Folgende Punkte sind mir aber aufgefallen. Sie schreiben, dass durch, erstens, eine Übernahme der Mietkaution und, zweitens, durch die Umsetzung einer Regelung für die Ausstellung von Wohnberechtigungsscheinen, die sogenannten B-Scheinen, für geduldete Flüchtlinge tragfähige und dauerhafte Strukturen für die Unterbringung in Wohnungen geschaffen werden. Das haben meine Vorrednerinnen gerade auch sehr betont, doch tragfähig ist hier ein starkes, aber wenig begründetes Wort, denn meines Wissens ist der Wohnberechtigungsschein zwar nett gemeint, bringt den Geduldeten aber in der Praxis kaum Vorteile.

Der Wohnungsmarkt ist im preisgünstigen, sozial geförderten Segment in Bremen unglaublich eng geworden, wie Sie ja auch selbst zumindest in der Vorlage einräumen. Eine günstige Wohnung zu finden, ist allgemein ein großes Problem, und eine geförderte Wohnung mit B-Schein zu finden, ist ein noch viel größeres. Leider gibt es mit Blick auf erhoffte Verbesserungen durch Wohnungsneubau momentan sogar eher Stillstand, als dass sich eine Einlösung des Versprechens unseres Bürgermeisters von mindestens 1 400 neuen Wohnungen im Jahr 2013 in Bremen auch nur annähernd abzeichnet.

Das vorliegende Konzept ließ sich zwar schreiben, aber es lässt sich ohne zusätzliche Wohnungen nicht umsetzen. Alle Wohnungssuchenden stehen jetzt unglücklicherweise in gegenseitiger Konkurrenz, und das treibt die Mietpreise für Wohnungen weiter in die Höhe. Wenn Sie dieses Konzept für mehr Wohnungen für Flüchtlinge wirklich im Sinne der Menschen umsetzen wollen, dann muss Bremen bauen, und zwar noch mehr als je gedacht und als bereits versprochen wurde. Sie wollen ja nicht nur den Flüchtlingen das Wohnen in Wohnungen ermöglichen, sondern auch den Bewohnern von Obdachloseneinrichtungen und zusätzlich auch möglichst vielen Menschen, die bisher zum Beispiel in Wohneinrichtungen für Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Behinderungen leben. Die aktuelle Bremer Baupolitik lässt bisher jedenfalls nicht erkennen, dass sich mit ihr dieses Problem lösen lässt.

Nun möchte ich noch einmal auf die schon angesprochene ambulante Betreuung zurückkommen!

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

In der Stellenbeschreibung ist so viel aufgelistet, dass mir schon beim Lesen beinahe schwindelig geworden ist. Wie ich es verstanden habe, wird sich der Betreuungsschlüssel für die in eigenen Wohnungen lebenden Flüchtlinge aber nach den bisher in den Übergangwohnheimen gültigen Betreuungsschlüssel richten. Es ist aber allenfalls ein offenes Geheimnis, dass schon die bisherige Betreuung in den Wohnheimen nicht reicht, um den Anliegen und Nöten der Flüchtlinge nachzukommen.

Ich bezweifle, dass sich Ihre Stellenbeschreibung mit dem gleichen Betreuungsschlüssel bei ambulanter Betreuung in die Praxis umsetzen lässt, und das wäre wiederum sehr zum Nachteil vieler Flüchtlinge. Was nützt es einem denn, die schönste Beschreibung von Zukunftsvisionen zu haben, wenn sie in der Praxis mit kaum mehr als dem guten Willen hinterlegt ist?

Wie sollen denn die Fachkräfte von der Begleitung bei Behördengängen über Hilfestellungen beim Ausfüllen von Formularen, Konfliktmanagement, Wohnungssuche, Aufbau nachbarschaftlicher Beziehungen auch noch über Möglichkeiten am Arbeitsmarkt aufklären und Kontakte zu Kitas, Schulen, Kirchen, Rechtsanwälten, Trägern von Sprachkursen und so weiter herstellen und pflegen? Es steht noch viel mehr auf dem Zettel! Es sollen auch ein ehrenamtliches Unterstützernetz und ein Patenschaftsprojekt aufgebaut werden. Sollte Ihnen das alles in der Praxis gelingen, was sich mit der Zeit sicher zeigen wird, dann würde ich mich sehr wundern, aber für die Flüchtlinge würde ich mich natürlich freuen.

Es gibt in der Mitteilung noch ein paar weitere Punkte, zum Beispiel soll den Menschen nun grundsätzlich in Anlehnung an SGB XII Geld statt Sachmittel für zum Beispiel die Wohnungseinrichtung zur Verfügung gestellt werden. Für Flüchtlinge, deren Status geklärt ist und bei denen klar ist, dass sie länger bei uns bleiben werden, halten wir es auch für sinnvoll, doch bei denen, die damit rechnen müssen, Deutschland jederzeit wieder verlassen zu müssen, sehen wir es insgesamt kritischer. Letztlich sollte der Aufenthaltsstatus vom zuständigen Bremer Gericht schneller geklärt werden, damit die Personen, die in Wohnungen ziehen, wenigstens eine Duldung und nicht nur eine Aufenthaltsgestattung besitzen. Sie selbst stellen dieser Gruppe mit Hinweis auf den sehr unsicheren Aufenthaltsstatus zumindest keinen B-Schein aus.

Zum Schluss möchte ich noch einmal betonen, dass wir es richtig finden, dass die bisherige Wohnverpflichtung, drei Monate in einem Wohnheim wohnen zu müssen, aufgehoben wird, damit

sollte jedoch nicht die Möglichkeit aufgehoben werden - wenn es denn die Wohnungen gäbe -, eine Weile im Wohnheim zu wohnen. Es wird selten thematisiert, aber es gibt auch Flüchtlinge, die sich in ihrem Wohnheim wohlfühlen und die Anbindung und sozialen Kontakte sehr schätzen. Diese sollten nicht zu einem frühen Auszug gedrängt werden, sondern frei entscheiden dürfen, ob sie drei oder mehr Monate in der Einrichtung leben möchten. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

Abg. **Tuncel** (DIE LINKE)^{*)}: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde meinen Beitrag an dieser Stelle kurz halten, weil wir schon eine intensive Debatte in der Deputation geführt haben. Es waren sich in der Deputation weitgehend alle Parteien darüber einig, dass die richtigen Schritte erfolgen und dass auch noch eine Menge zu tun ist. Der Senat schreibt in seiner Mitteilung Folgendes: „Auch wenn durch den erhöhten Zuzug von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Flüchtlingen in den letzten Monaten eine Situation eingetreten ist, der durch die Schaffung neuer Gemeinschaftsunterkünfte entgegengewirkt werden musste und weiterhin muss, wird dieses Ziel weiterhin mit einer hohen Priorität verfolgt.“

Weiterhin erklärt der Senat, dass die Entwicklungen auf dem Bremer Wohnungsmarkt dem Ziel der Schaffung neuer Wohnungen für Flüchtlinge entgegenstehe beziehungsweise dieses erschwere, was meine Vorrednerin auch schon erwähnt hat. Die Auswirkungen der immer stärker steigenden Mieten in Ballungszentren und des immer knapper werdenden Wohnraums bekommen insbesondere diejenigen zu spüren, die nicht über ein höheres Einkommen verfügen. Das sind, wie wir alle wissen, insbesondere auch diejenigen, die aus anderen Ländern nach Bremen flüchten. Dieser Problemzusammenhang zeigt einmal mehr, wie wichtig eine soziale Stadt- und Wohnungsbauplanung ist. Er macht außerdem deutlich, dass, wenn wir ein Problem zu lösen versuchen, dabei meistens weitere Probleme auftauchen.

Ich möchte hier darauf aufmerksam machen, dass Bremen dringend mehr sozialen Wohnungsbau benötigt und dass insgesamt das Spekulieren mit Immobilien nachdrücklich verhindert werden muss. Wir möchten darauf hinweisen, dass wir den positiven Entwicklungen und Beschlüssen zugestimmt haben, wir jedoch auch den Satz,

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

dass das angestrebte Ziel, also mehr Wohnraum für Flüchtlinge zu schaffen, mit hoher Priorität verfolgt wird, sehr ernst nehmen. Wir werden es daher nicht akzeptieren, dass man sich dauerhaft auf die problematische Lage auf dem Wohnungsmarkt beruft, weil wir auch in diesem Bereich politisches Handeln erwarten und umsetzen wollen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Staatsrätin Friderich.

Staatsrätin Friderich: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist mir ein besonderes Vergnügen, heute dieses Thema des Sozialressorts vertreten zu dürfen. Sie haben sich ja in Ihrer Debatte jetzt schon sehr ausführlich mit der Thematik beschäftigt, ich möchte deswegen auch nicht auf die Inhalte eingehen, die Sie ausführlich erörtert haben.

Ich denke, für das Sozialressort ist es wichtig, dass mit dem vorgelegten Konzept ein guter Weg genau in die richtige Richtung beschritten wird, nämlich mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für die Asylbewerber und die Flüchtlinge zu ermöglichen sowie ordentliche, angemessene Wohnsituationen, eine breite Unterstützung und ein breites Beratungsangebot zu schaffen.

Die Probleme, die ja ganz unbestritten dabei vorhanden sind, nämlich die Nutzungskonkurrenzen des Wohnungsmarkts, haben Sie gerade auch schon erörtert. Ich denke aber, der Senat und die Bürgerschaft haben mit dem Wohnungsbauprogramm, das kürzlich beschlossen worden ist, die notwendigen Schritte eingeleitet, um den Wohnungsmarkt zu entspannen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das, was das Sozialressort jetzt in seinem Bericht anstrebt und angemeldet hat, nämlich einen Bericht, eine Evaluation zu gegebener Zeit über dieses Konzept, wird zeigen, wie das Konzept greift und an welchen Stellen gegebenenfalls noch nachjustiert werden muss.

Insgesamt, denke ich, sind wir hier auf einem sehr guten Weg, und ich glaube, dass die betroffene Gruppe, die Asylbewerber und die Flüchtlinge, sich hier auch gut aufgenommen fühlen können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich im Namen des Sozialressorts für die Anerkennung bedanken, die in Ihren Redebeiträgen für die geleistete Arbeit zum Ausdruck gekommen ist, und ich hoffe, dass es gelingt, diesem guten Konzept dann auch wirklich zur Wirkung zu verhelfen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 18/327 S, Kenntnis.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 18 vom 8. Mai 2013

(Drucksache 18/329 S)

Eine Aussprache dazu ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit hätten wir das Pensum, das auf der Tagesordnung stand, abgearbeitet. Ich bedanke mich recht herzlich und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18.19 Uhr)